

DA

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 34. JAHRGANG

210 | MÄRZ/APRIL 2012

EUR 1,50

AUS DEM INHALT

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Wenn der Chef verdampft 3

Interview mit Hans-Gerd Nottenbohm von der Kampagne „Betriebe in Belegschaftsband“

Die dritte Säule 4

Zur Konzeption einer kollektivbetrieblichen Bewegung



Mit dem Kopf in der Leistungsschraube 5

Psychische Belastungen durch Lohnarbeit nehmen weiter zu – zur psychologischen Dimension des Klassenkampfes

ZEITLUPE

Arbeitereliten und das Problem der Arbeit . . . 8

Anmerkungen zu Michael Seidmans „Gegen die Arbeit“



GLOBALES

Ein gelebter Traum? 9

Wie das andalusische Dorf Marinaleda mit Basisstrukturen dem Kapitalismus trotzt

Wenn der Schutzmann ums Eck kommt 10

Im mexikanischen Bundesstaat Guerrero wehrt sich die indigene Bevölkerung auf eigene Weise gegen Korruption und Machtmissbrauch der Behörden: durch eine andere Polizei



Bankrott von Staat und Bewegung? 11

Wie sich in Griechenland Proteste gerade jenseits von traditionellen politischen Linien formieren

HINTERGRUND

Wirtschaft und Demokratie gemeinsam denken . . . 12

„Selbstverwaltung“ war immer eine der Hauptforderungen und Herausforderungen der Arbeiterbewegung – ein Überblick über Theorie und Praxis

KULTUR

Clarkommen gegen die Tragik unseres Daseins . . . 14

Lena Stoehr faktor, Teil der Berliner HipHop Crew „Conexion Musical“, sprach mit der DA



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Übernimm mich von unten!

Mit der Krise stellt sich auch die Frage nach selbstverwalteten Betrieben neu

„Gründen wir doch ein Kollektiv!“

Mit dieser Aussage, vielleicht getätigt am Küchentisch einer Studenten-WG, begann so manche UnternehmerInnenlaufbahn.

In Deutschland wurden v.a. im Zuge der Alternativbewegung der 1970er und 80er Jahre viele Kollektive gegründet, meist um einem Leben im Normalarbeitsverhältnis und der kapitalistischen Wertungslogik zu entgehen. Doch schon wenige Jahre später hatten viele von ihnen – im täglichen Ringen mit den kapitalistischen Zwängen – den Betrieb dicht gemacht oder den äußeren Bedingungen angepasst. Selbstverwaltete Betriebe haben deshalb bei vielen Linken ein Imageproblem. Mit dem überstrapazierten Adorno-Zitat auf den Lippen, dass es „kein richtiges Leben im falschen“ gebe, wird die Idee selbstverwalteter Betriebe im Kapitalismus gerne als „Lohnarbeit light“ beiseite gewischt. Manchen gelten sie gar – mit ihrer Betonung der Selbstverantwortung – als Bahnbrecher des Neoliberalismus. Übersehen wird dabei oft, dass die deutsche Alternativbewegung zu einem großen Teil studentisch geprägt war und vielerorts einen mittelständischen Background hatte. Zuvor ging es darum, der behaglich-drögen Lebensperspektive etwas Alternatives entgegenzusetzen. Zweifelsohne gab es auch materielle Zwänge, im historischen und internationalen Vergleich waren sie jedoch eher gering ausgeprägt.

Das Beispiel Argentinien ist da schon anders gelagert. Als im Jahr 2001 die argentinische Wirtschaft kollabierte – damals wurden reihenweise Betriebe geschlossen und verweigerten die Banken den Zugriff auf Ersparnisse –, entstand eine soziale Bewegung, in deren Zuge viele Belegschaften die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufnahmen. Dabei ging es weniger um Selbstentfaltung als um Existenzhaltung. Tatsächlich konnten sich viele der besetzten Betriebe bis heute halten. Aktuelle Studien belegen allerdings auch, dass ein schleichernder Prozess der Anpassung an die kapitalistische Realität stattgefunden hat, auch wenn eine deutliche Mehrheit der Betrie-

be immer noch Kriterien der Selbstverwaltung erfüllt. Zudem wurden, nachdem sich die wirtschaftliche Situation wieder stabilisiert hatte, den selbstverwalteten Betrieben vom Staat gewisse Existenzsicherheiten zubilligt, womit sie auch einen Teil ihres subversiven Potentials verloren. Es ist daher nicht klar, ob sie heute eher ein Symbol für die Flexibilität des Kapitalismus darstellen oder eben



doch darauf verweisen, dass eine andere Wirtschaftsform möglich ist. Vermutlich trifft beides zu.

Diese Ambivalenz zeigt sich denn auch in den neuesten Diskussionen um alternative Ökonomien, die im Zuge der Wirtschaftskrise deutlichen Aufwind bekommen haben (siehe S. 4). Den einen gelten sie als positive Kompensatoren der kapitalistischen Defizite, andere sehen darin den Ansatz für eine gesellschaftli-

che Transformation. Die Frage nach dem transformatorischen Potential ist allemal berechtigt. Immerhin vernichtet die Krise zunehmend soziale Errungenschaften, Arbeitslosigkeit und Verarmung nehmen drastisch zu. Zwar hat dies große Protestbewegungen, allen voran in Griechenland hervorgebracht, doch einen Hebel zur Durchsetzung von Alternativen konnten sie bisher nicht finden. Selbst Generalstreiks und militante Kämpfe stoßen an ihre Grenzen, so dass eine Einflussnahme auf den Staat im Sinne einer sozialistischen Umgestaltung unrealistisch scheint. Ganz offensichtlich fehlt es der Linken an einer zielführenden Anti-Krisenstrategie von unten.

Die Idee vom Aufbau einer Gegenökonomie ist nicht neu. Teile der historischen Arbeiterbewegung kannten diesen Ansatz als Form des „konstruktiven Sozialismus“. Dass er sich nicht erfolgreich entfalten konnte, muss nicht heißen, dass er an sich nicht taugt. Es könnte vielmehr damit zu tun haben, wie er konkret umgesetzt und wie er in die Bewegung eingebettet wurde. Tatsache ist nämlich auch, dass lange Zeit die (gescheiterte) Idee von der Eroberung der politischen Macht dominierte und Konzepte eines „Sozialismus von unten“ an den Rand gedrängt wurden. Das Potential von Gegenökonomien wurde also niemals umfassend erprobt.

Selbstverwaltete Betriebe – seien sie Übernahmen oder Neugründungen – stellen gewiss kein Allheilmittel dar. Doch es gibt Anlass zur Annahme, dass sie über eine kurzfristige Kompensationsfunktion hinaus auch eine langfristige Perspektive bieten können. Dafür müssten sie aber Teil einer breiteren Strategie sein und im Wechselverhältnis mit einer vorwärtsstrebenden sozialen Bewegung stehen. Wenn diese es ernst meint, mit den kapitalistischen Realitäten brechen zu wollen, ohne erneut den Irrweg des „Staatssozialismus“ zu beschreiten, wird sie ohnehin nicht an jenem Feld vorbeikommen. Und welche Zeit könnte besser geeignet sein, damit anzufangen, als eine, in der ganze Betriebe danach schreien, weiter oder anders bewirtschaftet zu werden?

Robert Ortmann & Holger Marcks

Europa dreht am Rad

Basisorganisationen mobilisieren zu einem internationalen Aktionstag gegen die autoritäre Krisenpolitik

Der Wahnsinn in Europa schreitet voran. So scheint es für jemanden aus einem Land, das offiziell in einem Aufschwung steckt, während der Rest Europas in der Krise versinkt. Doch auch in Deutschland sagten bei einer Umfrage nur 25%, dass sie vom Wachstum profitieren. Wie viel wert ist ein solcher „Aufschwung“? Zudem steht zu befürchten, dass es zu einem Abschwung kommen könnte, wie ihn die KollegInnen überall in Europa gerade erleben. Der Sparkurs in vielen Ländern, verbunden mit Steuererhöhungen und Lohnkürzungen, führt dort zu einem Einbruch der Kaufkraft, der Exportmeister Deutschland teuer zu stehen kommen könnte, da 62,3% der Exporte in die EU gehen. Wird die deutsche Exportwirtschaft gerade durch jenen von der Bundesregierung erzwungenen Sparkurs ruiniert? In den hiesigen Diskursen sind Sinnsprüche wie „Man kann nur ausgeben, was man auch einnimmt“ äußerst beliebt. Wie wär's mit: „Man kann nur einnehmen, was andere ausgeben“?

Derweil suchen manche PolitikerInnen ihr Heil in nationalistischer Rhetorik und der Mobilisierung von Vorurteilen. Sie spielen auf der Klaviatur der Ängste

und provozieren damit eine faschistische, zumindest aber eine autoritäre Renaissance. Das Paradebeispiel ist sicherlich das profaschistische Ungarn, aber auch PolitikerInnen in Deutschland und allgemein erstarkende rechtspopulistische Parteien fordern den starken Staat gegen Bedrohungen. Das ist eine beliebte Krisenoption – v.a. dann, wenn die ArbeiterInnen nicht mehr mitspielen, wenn sie „nicht mehr können“ und sich wehren, wie Anfang des 20. Jahrhunderts oder in Griechenland heute. Autoritäre Modelle wie Technokraten-Regierung, Militärdiktatur oder Faschismus können attraktiv für das verunsicherte Kapital und Bürgertum werden, während die Bevölkerung ruhig gestellt wird, indem deren Ängste bedient und auf Minderheiten, Abweichter und Fremde kanalisiert werden.

Wenn die „Demokratie“ so vorgeht wie jetzt in Griechenland, dann ist sie offensichtlich keine Institution mehr, für die man die eigene Hand ins Feuer legen kann. Man kann sich schließlich nicht auf die Seite derer stellen, die die Verarmung der Bevölkerung aktiv vorantreiben. Als Alternative auf dem Parkett der Politik bleiben autoritäre Kräfte übrig, die versu-

chen, ihr Regime mittels demokratischer Wahlen zu errichten. Plötzlich wird die Mehrheitsdemokratie zum antidemokratischen Bumerang. Und es wird deutlich, dass ein Parlament noch lange kein Bollwerk der Freiheit ist.

Jedoch gibt es – anstelle der autoritären Krisenbewältigung – noch eine weitere Option, die allerdings auf dem parlamentarischen Spielfeld keinen Platz hat: „echte Demokratie“, „Basisdemokratie“, „freiheitlicher Kommunismus“. Die Hoffnung ist nicht verloren. Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt eine Bewegung von Arabien über Spanien bis zu den USA um den Globus zieht, die so manchem Diktator und Pseudo-Demokraten das Fürchten lehrt. Natürlich sind die Verhältnisse viel komplizierter. Das beginnt schon bei der Frage, wie man verhindert, dass Nationalisten aus den Krisenängsten Kapital schlagen. Wichtig ist es, die Ängste ernst zu nehmen, zu zeigen, wo die Probleme liegen und welche antiautoritären Alternativen es gibt. Zudem gilt es, die sozialen Kämpfe aus ihrer nationalen Isolation zu lösen. Dafür gibt es einen europäischen Aktionstag am 31. März (siehe Catwalk).

Thomas Winzer

CATWALK



Gegenökonomie als Krisenantwort?

Die europäische Wirtschaft sackt immer mehr in sich zusammen, Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu. Könnte da nicht die Entwicklung einer Gegenökonomie aus selbstverwalteten Betrieben eine Antwort sein? Welches Potential haben sie für die berühmte „Transformation“ der Gesellschaft? Sind sie womöglich nur ein Lückebüßer für die kapitalistischen Defizite? Diese ökonomische Gretchenfrage stellt sich die Direkte Aktion. Erfahrt alles über (Arbeiter-)Selbstverwaltung, alternatives Wirtschaften und Gegenökonomie in dieser Ausgabe.

Krise im Spotlight

Nicht alles, aber so manches Interessante über die Krise erfährt man auf dem Krisenblog. In lockerer Folge werden dort Beiträge und Hinweise veröffentlicht, von denen die Betreiber hoffen, dass sie dazu beitragen können, die aktuelle kapitalistische Krise zu verstehen, Widerstand zu dokumentieren und Alternativen aufzuzeigen.

Das Krisenblog – Krisennotizen in schwarz und rot www.krisenblog.org

Protestier dich glücklich!

M31 ist ein europaweites Bündnis basisorientierter Gewerkschaften, antifaschistischer Gruppen und Organisationen aus dem antiautoritären Spektrum, die am 31. März zu einem europaweiten Aktionstag u.a. gegen die herrschende Krisenpolitik der EU mobilisieren. Damit nicht genug: „Wir können das besser“, meinen die Initiatoren, die den Kapitalismus „nicht retten, sondern überwinden“ wollen. Mit dem M31, bei dem auch die FAU mitmischt, möchte man schon mal einen kleinen Schritt in diese Richtung gehen.



Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus
31. März 2012 | 14.00 Uhr
Hauptbahnhof | Frankfurt a.M.
Weitere Infos auf www.march31.net

DIREKTE AKTION · Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München
Deutsche Post AG · PVST · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

FAU-Ticker

+++ Bundesweit mobilisieren FAU-Syndikate zu den Protesten am „M31“ nach Frankfurt.+++ Die FAU Freiburg führte im Januar und Februar ihre ersten gewerkschaftlichen Beratungsstunden durch, und bietet dies auch weiterhin am 1. Donnerstag im Monat von 20-21Uhr im Strandcafé auf dem Grether-Gelände (Adlerstr. 12) an.+++ Am 11.02. unterstützte die FAU Freiburg die Demo „Wer bleiben will, soll bleiben – Gegen Abschiebung und Überwachung“ und ruft weitergehend zu einem Tag X-Konzept gegen Abschiebungen auf.+++ Für den M31 lud die FAU Freiburg ebenso zu einem lokalen Mobilisierungsbündnis ein.+++ Die FAU Berlin veröffentlichte im Februar eine Stellungnahme aufgrund der Debatte um Rechtsterrorismus und „NSU“ unter dem Titel „Rassismus ist Terror – jeden Tag“.+++ Ebenfalls unterstützte die FAU Berlin die Proteste zum Jahrestag der Liebig14-Räumung, an dem eine Demonstration gegen steigende Mieten stattfand.+++ Das FAU-Syndikat in Dresden hat sich an einem Bündnis gegen die Privatisierung von kommunalen Dresdner Krankenhäusern beteiligt, die Privatisierung konnte (vorerst) abgewendet werden.+++ Anlässlich des Massakers an Streikenden vom 16.12.2011 in Kasachstan beteiligte sich die FAU Berlin mit anderen GewerkschafterInnen an einer Protestaktion am 7. Februar vor der kasachischen Botschaft.+++ Weiteres aus der FAU bei den Meldungen auf Seite 7.+++



In der einen oder anderen Form ist das Thema Arbeiterselbstverwaltung allgegenwärtig: Am 4. Februar besetzten in der griechischen Stadt Kilkis ArbeiterInnen aus Protest gegen das brutale Spardiktat der Regierung ein örtliches Krankenhaus und betreiben es seitdem in Eigenregie weiter (mehr dazu auf S. 11). Auch hierzulande finden – wenn auch qualitativ auf einem ganz anderen Level – Diskussionen über alternative Betriebsstrukturen statt: In der Belegschaft des bankrotten Schlecker-Konzerns kursieren etwa Vorschläge zur Weiterführung des Unternehmens als Genossenschaft – ganz zum Missbehagen der ver.di-Spitzen (siehe auch S. 5).

Innerhalb der FAU und der libertären Öffentlichkeit bekam die Diskussion um Arbeiterselbstverwaltung einen neuen Schub, als der Historiker Michael Seidman im Oktober 2011 anlässlich der deutschen Erstübersetzung seiner bereits 1991 unter dem Titel Workers against Work erschienenen Studie über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38 eine Rundreise zur Vorstellung seines Buches antrat. Mehr zu Seidman und seinen kontroversen Thesen findet Ihr in dieser Ausgabe bei „Zeitlupe“.

Gerade in einer Krisensituation, die sich weltweit immer mehr verschärft, haben selbstverwaltete Ansätze wieder ihr Potential zur Selbsthilfe und Selbstermächtigung der bisher Ohnmächtigen bewiesen. Was liegt also näher, als eine Ausgabe der DA dem Thema (ArbeiterInnen-)Selbstverwaltung zu widmen? Von alternativen Betrieben und deren Vernetzung untereinander, über Modelle dörflicher und kommunaler Selbstverwaltung, über die Organisation von prekären Kulturschaffenden bis hin zur selbstorganisierten indigenen Polizei mit abwählbaren Beamten: Selbstverwaltung hat viele Facetten.

Auch der theoretische Rundumschlag soll nicht ausbleiben, denn vor Irrwegen und Sackgassen war und ist auch die Idee der Selbstverwaltung nicht immun. Eine Gesamtbetrachtung zu Theorie und Praxis der Selbstverwaltungsidee innerhalb der Arbeiterbewegung gibt es – wo sonst? – bei „Hintergrund“. Während etwa in Titos Jugoslawien eine realsozialistisch deformierte „Arbeiterselbstverwaltung“ Staatsprogramm war, zeichnet alternative Betriebe im Westen seit jeher ein Doppelcharakter aus: einerseits können sie praktisches Modell und Orientierungshilfe auf dem Weg in eine andere, solidarische Ökonomie sein, andererseits dienen sie oft genug als Lückenbüßer für die Unzulänglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft oder führen am Ende gar zur Selbstausbeutung der KollektivistInnen. Wie dieser Problematik konkret begegnet werden könnte, damit beschäftigt sich ein Positionspapier der FAU Hamburg, das wir Euch auf S. 4 näherbringen wollen.

Ein kleines Schmäckerl haben wir noch auf der Seite 7. Dort gewähren wir Euch Einblicke in die Selbstverwaltung aus unserer nächsten Nähe: Vier Kollektive aus dem Umfeld der FAU stellen sich vor.

Viel Spaß beim Lesen der neuen DA! Und darüber hinaus nicht vergessen: Am 31. März auf nach Frankfurt am Main!

Felix Zimmermann (Zeitlupe)

LOKALFÖDERATIONEN, SYNDIKATE UND KONTAKTE DER FREIEN ARBEITER/INNEN-UNION (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... Kontakt: <fause@fau.org>
 Bielefeld FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache“. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
 Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
 Bremen FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
 Flensburg..... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>
 Hamburg FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
 Hannover FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
 Kiel..... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
 Wismar..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozialpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION OST

Altenburg Kontakt über Leipzig
 Berlin FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <fau@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00-20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASJ), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <fau-soziales@fau.org>. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <fau-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <fau-bildung@fau.org>. Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <fau-bautec@fau.org>
 Dresden..... FAU Dresden, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04
 Gransee..... Kontakt über Berlin
 Halle/Saale..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
 Ilmenau Kontakt über Meiningen
 Leipzig VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
 Magdeburg..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemestr. 13, 39104 Magdeburg.
 Meiningen..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <faum@fau.org>
 Potsdam Kontakt über Berlin
 Südwestsachsen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION WEST

Aachen FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
 Bonn FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
 Dortmund FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
 Duisburg FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
 Düsseldorf FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
 Köln FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Mi im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>
 Krefeld Kontakt über Duisburg
 Moers FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
 Münster..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Treffen 2. bis 5. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
 Solingen FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortgruppen/solingen/

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt
 Darmstadt FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
 Dreieich Kontakt über Frankfurt/M.
 Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
 Freiburg FAU Freiburg, <fauf2@fau.org>, Treffen: jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr.103; jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Hobsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 06); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
 Karlsruhe..... FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe
 Kassel..... Kontakt über <fauffm@fau.org>
 Lich..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
 Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
 Mainz..... Kontakt über Frankfurt/M.
 Mannheim FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
 Marburg..... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
 München FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
 Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780, <faunw@fau.org>
 Nürnberg FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
 Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
 Stuttgart..... FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
 Wiesbaden GNL-Kontakt, über Frankfurt/Main

AG Jugend & ASJ

Berlin ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogspot.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
 Bielefeld ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogspot.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
 Bonn ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogspot.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
 Göttingen ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogspot.de
 Herne/ ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
 Recklinghausen c/o Schwarz & Weidendorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjrhrgebiet@riseup.net>, www.asjrhrpott.blogspot.de
 Köln ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogspot.de
 Leipzig ASJ Leipzig, Kolonnenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asj.blogspot.de
 Mainz..... ASJ Mainz, <asjzm@hotmail.de> www.asjmainz.blogspot.de
 Moers ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmoers@riseup.net>, www.asjmoers.blogspot.de
 NRW Regionaleföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogspot.de

BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
 Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
 Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>
 Ost: Berlin <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vikta, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

SCHWEIZ

Bern FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

ÖSTERREICH

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at

Die FAS besteht aus:

- .. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
- .. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
- .. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
- .. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Wenn der Chef verdampft

Interview mit Hans-Gerd Nottenbohm von der Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“

Die Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“ wurde 2007 im Umfeld von Attac gegründet, nahm aber erst 2010 ihre heutige Gestalt an. Sie zielt darauf ab, die rechtlichen Rahmenbedingungen für kollektive Betriebsübernahmen zu verbessern und Selbstverwaltungsprozesse zu unterstützen. Neben der „Initiative Solidarische Ökonomie“ und dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) wird die Kampagne u.a. von der Innova eG getragen, die bundesweit genossenschaftliche Neugründungen beratend unterstützt. Die DA sprach mit Hans-Gerd Nottenbohm von Innova.

Das Bio-Textilhandelshaus Hessnatur gilt als Leuchtturm eurer Kampagne. Wie entwickelte sich das?

Im Dezember 2010 erfuhren wir, dass Hessnatur an den Rüstungsinvestor Carlyle verkauft werden sollte – das wollte die gut 300köpfige Belegschaft nicht. Bis zum Sommer konnten wir eine Genossenschaft gründen, die in der Lage gewesen wäre, den Betrieb zu kaufen. Zugleich mobilisierten wir die Kunden: Tausende versicherten, sie wären zum Boykott bereit. Der Eigentümer setzte dann den Verkaufsprozess im Spätsommer aus, an die Genossenschaft wollte er nicht verkaufen. Seitdem hat sich nicht viel getan. Da der geplante Verkauf kein Notverkauf ist, ist kein Druck dahinter, damit das schnell über die Bühne geht. Das kann dauern. Wir versuchen nun, die Genossen und Partner bei Laune zu halten, so dass die Genossenschaft stabil bleibt.

Gibt es noch andere Betriebe, die die Kampagne unterstützt?

Im letzten Jahr hatten wir zwei andere Betriebe. Beide waren kleinere Unternehmen mit 14 bzw. 20 Beschäftigten. In der Größenordnung ist das zwar leichter zu handhaben, in beiden Fällen ist es dennoch gescheitert. Bei dem einen war es so, dass die Firma so verschuldet war, dass man nichts mehr machen konnte – es kam zur Insolvenz. Im zweiten Fall hat sich der Eigentümer entschlossen, die Mitarbeiter zu beteiligen, und es wurde zwar keine Genossenschaft, aber eine GmbH gegründet.

Welche Rechtsformen sind für Betriebsfortführungen möglich?

Der häufigste Fall ist die GmbH-Lösung, manchmal auch mit Kommanditisten, einer Schachtelkonstruktion. Dann ist es ein kleiner Personenkreis, der langfristig zusammenarbeiten will. Kompliziert wird es bei einem größeren Kreis, wenn also damit zu rechnen ist, dass Leute aus- und neue einsteigen. Es gibt auch Aktiengesellschaften, das ist wohl die zweitbeliebteste Art, einen Betrieb fortzuführen. Eine AG kann sich am Kapitalmarkt Geld besorgen, und bei größeren Unternehmungen ist das

zwingend notwendig. Aber ich meine, mit Hessnatur haben wir bewiesen, dass wir auch als Genossenschaft das Geld aufbringen können.

Der Vorteil des Genossenschaftsansatzes besteht auch in der Möglichkeit einer kostenlosen betriebswirtschaftlichen Prüfung durch den Verband, oder?

Das machen Genossenschaftsverbände i.d.R. nicht kostenlos. Wenn man eine Genossenschaft gründen will, muss man sich einen der 36 Prüfungsverbände in der BRD aussuchen, und den beauftragt man, ein Gutachten zu erstellen. Die Kosten dafür hängen von der Größe der zu gründenden Genossenschaft ab. Wenn im Fall von Hessnatur das Gutachten hätte bezahlt werden müssen, hätte das bis zu 30.000 Euro kosten können. Dieses wurde jedoch vom ZdK gesponsert. Besonders bei kleineren Genossenschaftsgründungen sagen die Verbände oftmals: Okay, ihr braucht für das Gutachten nichts zu bezahlen.

Wenn mein Chef in Ruhestand geht, kein Nachfolger da ist und meine 20 KollegInnen dem Kollektivgedanken aufgeschlossen sind. Welche konkreten Hilfestellungen könnt ihr bieten?

Da sind wir zunächst behilflich, die finanziellen Grundlagen des Betriebs auseinanderzudröseln, um sagen zu können, ob es machbar ist oder ob sie sich da in etwas reinreiten. Dann ist zu gucken, ob die Leute das überhaupt wollen. Manchmal sind es nur Einzelne, die das fortführen wollen, und das Gros der Belegschaft will gar nicht mitziehen. Drittens gilt es natürlich, die Leute zu schulen, um ihnen die Fähigkeiten mit auf den Weg zu geben, die sie brauchen. In den meisten Fällen sind das ein, zwei Monate intensiver Arbeit.

Welche Probleme können sich bei der Betriebsübernahme noch ergeben?

Wenn es sich um größere Betriebe handelt, ist natürlich die Finanzierung ein gravierendes Problem, weil relativ große Geldbeträge aufgebracht werden müssen. Das muss der Betrieb nachher auch hergeben, das muss entsprechend gründlich überprüft werden. Ansonsten ist es sehr wichtig, dass keine versteckten betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten bestehen, z.B. eine unterlassene Renovierung oder ein zu alter und unvollständiger Maschinenbestand, Tücken also, die es unmöglich machen, den Betrieb weiterzuführen.

Sind selbstorganisierte Betriebe ein Ausweg für Erwerbslose? 2005 berichtete die Innova von solchen Genossenschaftsgründungen. Gibt es die noch?

Es gibt einige Betriebe, die noch immer von ehemals Arbeitslosen geführt werden. Allerdings ist dieser Prozess nicht einfach, weil die gesetzlichen Regelungen, die mit der Arbeitsmarktpolitik zu tun haben, Genossenschafts-

gründungen schlichtweg nicht vorsehen. Es gibt den Gründerzuschuss für Arbeitslose, die sich selbstständig machen, aber in den letzten zehn Jahren gab es den nie für Genossenschaften – ein erheblicher Nachteil. Daneben gibt es andere ungünstige Detailbestimmungen in den Sozialgesetzbüchern. In vielen anderen europäischen Ländern wird da mehr Rücksicht



Protest bei Hessnatur.

auf den produktivgenossenschaftlichen Ansatz genommen, z.B. Frankreich, Spanien, Großbritannien, Schweden.

Wenn Sie auf die letzten 30 Jahre zurückblicken, was gab es da für Betriebsübernahmen und Entwicklungen?

Mitte der 1980er gab es eine relativ große Welle von Versuchen, auch größere Betriebe fortzuführen. In dieser Zeit ist viel experimentiert worden, mit sehr unterschiedlichen Lösungen. Die Namen, die dafür stehen, sagen heute niemandem mehr etwas: z.B. Olympia Lehr, AN Maschinenbau, Duisburger Kupferhütte. Von diesen Betrieben, die Mitte der 80er fortgeführt worden sind, gibt es heute nur noch ganz wenige, weil der Markt andauernd Betriebe verschwinden und neue aufkommen lässt.

Sie folgern daraus nicht, der Ansatz der Betriebsübernahme sei gescheitert?

Nein. Denn andere Unternehmungen, die es Mitte der 80er gab, gibt es heute auch nicht mehr. Das ist Teil einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die ein einzelnes Unternehmen gar nicht so beeinflussen kann. Ziemlich ruhig war es, was Betriebsfortführungen angeht, in den 90ern. Seit fünf Jahren gewinnt diese Thematik aber wieder an Bedeutung. Man könnte

mutmaßen, dass der Druck etwas größer geworden ist und die Leute in diese Idee wieder Hoffnungen stecken.

Auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hieß es 2011, dass Gewerkschaften Betriebsübernahmen eher reserviert gegenüberstünden. Wie wird die Kampagne dort aufgenommen?

Das ist ein großer Apparat. Die Meinung der DGB-Gewerkschaften gibt es nicht. Es gibt viele, die so etwas als unterstützenswert ansehen, und es gibt viele, die Vorurteile mit sich herumtragen, die eher theoretischer Natur sind, etwa, dass die Leute nicht gegen sich selber

streiken können oder dass Tarifverträge unterlaufen würden. Erfreulicherweise nimmt die Bereitschaft von Gewerkschaftsfunktionären zu, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Was es aber nicht gibt, sind offizielle Beschlüsse. Die hat es mal gegeben, aber die halten auch nicht ewig und spielen deswegen in der heutigen Debatte kaum eine Rolle. Aus dieser Beschlusslage der IG Metall Ende der 80er kommt im Übrigen auch diese Schimäre mit dem doppelten Risiko, dass der Arbeitnehmer in einer Genossenschaft sowohl ein Kapitalrisiko als auch ein Beschäftigungsrisiko zu tragen hätte – und das sei ihm nicht zuzumuten.

Können Sie sich eine komplett selbstorganisierte Wirtschaft vorstellen?

Eine Wirtschaft kann nicht sich selber überlassen sein, es bedarf schon staatlicher Rahmenbedingungen, in die sich das Wirtschaften von einzelnen Betrieben einzubinden hat. Vieles kann man natürlich durch freiwillige Kooperationsabkommen regeln – da muss nicht immer der Staat Pate stehen. Trotz der relativ hohen Beteiligung der Mitarbeiter ist der genossenschaftliche erst einmal ein einzelbetrieblicher Ansatz, und der ist nicht geschützt vor betriebsegoistischem Verhalten.

Danke für das Gespräch!

TERMINE

DA-Kultur-Tipp

Bonn

Sa. 3. März, 19.30 Uhr
La Victoria, Bornheimer Str. 57
Kult: „Helden Kultur“
Lesung, Schauspiel, Performance – Die FAU Bonn lädt ein Kabarett mit Politik und Poesie von & mit Sunna Huygen (Bonn) Lesung von Anselm Neft, Mitglied der Bonner Lesebühne „Der Kleingeist“ und Mitherausgeber von „EXOT – Zeitschrift für komische Literatur“. Zur Mobilisierung zum europaweitem Aktionstag M31.

Fr. 16. März, 19.30 Uhr

Kult 41, Hochstadenring 41
Kult: „Music is the Revolution – Capitalism is the Crisis“
Mit Serbischer Männerpuff, BOHAI und Future Roots auf den Weg nach Frankfurt machen. Zur Mobilisierung der guten Laune zum europaweitem Aktionstag M31.

DA-Bewegungs-Tipp

Dortmund

Sa. 17. März, 17.30 Uhr

Hauptbahnhof Dortmund

Demo: „Wir können auch anders!“

Die Dortmunder FAU ruft zur Teilnahme an der Demo gegen Polizeigewalt auf.

Am 17. März findet bereits zum 16. Mal der internationale Tag gegen Polizeibrutalität statt.

DA supports M31

Frankfurt a.M.

Sa. 31. März, 14 Uhr

Hauptbahnhof Frankfurt

Demo: „European Day of Action against Capitalism“

FAU-Syndikate mobilisieren zum europaweitem Aktionstag gegen Krise und Kapitalismus.

Auch die Direkte Aktion empfiehlt: Am 31. März alle nach Frankfurt!

DA empfiehlt außerdem

15. bis 28. April

In 14 Städten Rundreise:

„Befreiung und soziale Emanzipation – Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus“

Buchvorstellung, Vortrag und Diskussion mit dem Autor und FAU-Aktivistin Roman Danyluk. Mehr Infos, alle Orte und Termine in Kürze auf www.fau-duesseldorf.org/rundreisen oder hier:



KOLUMNE DURRUTI



Was macht ein Libertärer auf der „LL-Demo“, jenem Aufmarsch, der an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erinnert? Den 1919 mit ihnen gefallenen revolutionären ArbeiterInnen gedenken? Würde er gern. Stattdessen gruselt sich der Libertäre bei all den Bildern von Lenin, Stalin, Mao und so weiter. Auch ein interessantes Erlebnis. Leider fehlen noch ein paar Helden. Freunde von mir wollten mal einen Pol-Pot-

Block machen. Das war ihnen aber dann doch zu zynisch, und so ließen sie es bleiben. Kim Jong Un wäre auch so jemand, aber dafür finden sich bestimmt noch ein paar Freaks, die das ernst meinen und voller Stolz ein Bild von ihm durch die Gegend tragen, wenn er sich nächstes Jahr als Kämpfer gegen den US-Imperialismus profiliert hat.

Bei so einer Veranstaltung nimmt es kein Wunder, wenn es für abweichende Meinungen eine auf's Maul gibt. Eigentlich ist das noch harmlos – früher wäre schließlich kurzer (Genickschuss) oder Schauprozess (Genickschuss) gemacht worden. Heute gibt's nur eins mit der Fahnenstange über den dissidenten Kopf, der da „Nie wieder Stalin“ ruft. Richtig so! Wer so etwas ruft, ist nämlich ein faschistischer Provokateur und außerdem antideutscher Antilinker, bezahlt vom Mossad und mit Vera Lengsfeld liiert. Alles klar? Nein? Egal. Weg mit den Provokateuren!

Eine Weltansicht, so klar wie die Fotos des frühen Zentralkomitees der Bolschewiki nach den Säuberungen. Nach jedem Prozess einer weg. Liquidierungen? Da ging es immerhin um konterrevolutionäre Elemente, Faschisten, imperialistische Agenten, Reaktionäre! Hitler-Stalin-Pakt? War notwendig! Die Auslieferung von deutschen Emigranten an die Gestapo? Ebenfalls Notwendig! Der Arbeiteraufstand am 17. Juni? Faschistische Provokation! So einfach ist das. Überhaupt war die Sowjetunion total spitzenmäßig! Bis mit Stalins Tod die Genickschusserie etwas abflaute. Dann kam der Sozialimperialismus, erklären uns die Maoisten.

Haben wir wieder etwas gelernt. Ausrufezeichen! Stillgestanden! Im Geiste Lenins, Maos und Stalins in den roten Block! Welch wohliges Gefühl, unter den wehenden roten Fahnen auf der Seite des Guten zu marschieren und wenigstens in Gedanken im Keller der Lubjanka zu stehen. Feinde liquidieren! Diversanten! Luxemburgistische Abweichler! Söldlinge des Imperialismus!

Einer der Freunde mit der Idee vom Pol-Pot-Block textete dazu: „Hammer und die Sichel! Mao in der Hand! Pol Pot, der lacht hell auf! Und stellt Stalin an die Wand! Und die Massen stürmen vorwärts! Und das Proletariat! Baut Autobahnen nach Sibirien! Hoch den ersten freien Staat!“ Womit fast alles gesagt wäre. Außer vielleicht, dass die Emanzipation, der Klassenkampf, die Revolution, der Kommunismus – nennt es, wie ihr wollt – wohl nur gegen diese Leute zu machen ist. Aber das, liebe LeserInnen, wisst ihr sicherlich schon. Fragezeichen?

Paul Geigerzähler

Auf das Wie kommt es an

Attac tut es, und die Linkspartei tut es mittlerweile auch. Mit der andauernden Wirtschaftskrise hat auch hierzulande die Debatte um alternative Formen des Wirtschaftens an Fahrt aufgenommen. Während das Umfeld von Attac diese unter dem Stichwort der „solidarischen Ökonomie“ führt, befasst sich die Linkspartei mit den Ansätzen einer „Wirtschaftsdemokratie“.

Schon die historische Arbeiterbewegung befasste sich mit der Idee einer Gegenökonomie. Erinnert sei hier an den Gildensozialismus, die Genossenschaftsbewegung, aber auch den revolutionären Syndikalismus, der die Gewerkschaften nicht nur als Kampf-, sondern auch als Transformationsorganisationen verstanden wissen wollte. Ein Teil der syndikalistischen Bewegungen rechnete diesem Ansatz, der als Form des „konstruktiven Sozialismus“ betrachtet wurde, einen hohen Stellenwert zu.

Die heutige Debatte um alternative Ökonomie wirkt zuweilen so, als möchte man sich gar nicht diese alten Diskussionen, aber auch die praktischen Erfahrungen auf diesem Feld zunutze machen. Als historische Referenzfläche dient zumeist nur die alternativökonomische Bewegung der 1970er und 80er Jahre. Und diese wird dann häufig ins Feld geführt, um zu belegen, dass sich das transformatorische Potential von Alternativbetrieben im Kapitalismus in Grenzen halte.

Es ist zweifellos wahr, dass Alternativbetriebe dem Marktdruck und der kapitalistischen Konkurrenz ausgesetzt sind und dies zu eklatanten Widersprüchen führen kann. Die Befürchtung, dass sie zur berüchtigten Selbstausbeutung und damit zu Druck auf die Bedingungen auch in kapitalistischen Betrieben führen könne, ist nicht von der Hand zu weisen. Doch ist dies wirklich ein Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gibt?

Ist es nicht vielmehr so, dass wir an dem Aufbau einer Gegenökonomie gar nicht vorbeikommen? Der Ansatz von der Eroberung der staatlichen Macht samt einer zentralen Planwirtschaft hat sich zumindest historisch als Irrweg erwiesen. Im Sinne einer sozialrevolutionären Umgestaltung scheint der Aufbau einer „Wirtschaft von unten“ heute fast schon unumgänglich. Nicht ob Alternativbetriebe eine Rolle bei der gesellschaftlichen Umgestaltung spielen können, sondern wie sie dafür verfasst sein müssen, sollte daher die zu beantwortende Frage sein.

Die FAU Hamburg hat zu dieser spannenden Frage ein Positionspapier erarbeitet, aus dem wir hier einige Auszüge wiedergeben wollen.

Die dritte Säule

Zur Konzeption einer kollektivbetrieblichen Bewegung

Die Idee, dem Kapitalismus eine eigene Ökonomie entgegenzusetzen und dadurch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einzuleiten, ist nicht neu. Angefangen bei den frühsozialistischen Experimenten Owens oder Fouriers über die sozialistische Genossenschaftsbewegung der 1890er bis 1930er Jahre bis zum „alternativen Sektor“ der 1970er und 1980er Jahre gab es viele Versuche. [...]

Warum Kollektivbetriebe scheitern, hat zuerst Franz Oppenheimer untersucht. Das Ergebnis seiner empirischen Untersuchung zu Produktivgenossenschaften (1896) ist als „Oppenheimersches Transformationsgesetz“ oder auch „Instabilitätsthese“ bekannt. [...] Nach Oppenheimers Ansicht können unter dem Druck der kapitalistischen Marktwirtschaft bestenfalls kleine, in Marktnischen angesiedelte Kollektivbetriebe für bestimmte Zeit überleben. Grundsätzlich bestehe jedoch nur die Alternative „Untergang“ oder „Transformation“ in ein kapitalistisches Unternehmen. [...]

Oppenheimers Thesen wurden natürlich vielfach kritisiert. [...] Trotzdem ist unbestritten, dass der von der Marktkonkurrenz ausgehende Effizienzdruck permanent die demokratische Struktur von Kollektivbetrieben in Frage stellt und ihre Aufgabe zugunsten hierarchischer Organisationsformen nahe legt. [...] Wenn Kollektivbetriebe also kein Nischenphänomen bleiben wollen, sind sie u.E. gezwungen, nach Alternativen zum Markt zu suchen. [...]

Wir haben ... den Eindruck, dass kollektive wie überhaupt alternative Wirtschaftsformen dort am längsten ohne Aufgabe ihrer Prinzipien überlebt haben, wo sie (a) möglichst verbindlich in politisch, kulturell oder weltanschaulich motivierte soziale Bewegungen oder Organisationen eingebunden und (b) ökonomisch möglichst unabhängig vom kapitalistischen Markt waren.

Wozu Kollektivbetriebe?

[...] Wenn es gelingt, die Prinzipien von Basisdemokratie und Selbstverwaltung im Betrieb umzusetzen, so ergeben sich daraus für die Arbeitenden im Vergleich eine Reihe von unmittelbaren Vorteilen: [...] Keine (Fremd-) Ausbeutung, keine Chefs und Hierarchien, (begrenzt) selbstbestimmte Zielsetzung der Arbeit, selbstbestimmte Arbeitsorganisation, keine Enteignung des Arbeitsprodukts. [...] Gelingt es einer hinreichend großen Zahl von Kollektivbetrieben, nicht nur am Markt zu überleben, sondern sich in eigenen, nach dem Prinzip „kollektiver Selbstversorgung“ funktionierenden ökonomischen Zusammenhängen zu vernetzen, so könnte dies den vorherrschenden kapitalistischen Reproduktionstyp sukzessive zurückdrängen und letztlich ersetzen. [...] Dann wären Kollektivbetriebe „Laboratorien“ einer neuen Ökonomie. [...]

Ein solcher „kollektiver Sektor“ würde über eigene, von Staat und Kapital unabhängige ökonomische Ressourcen verfügen. Damit ließe sich die gewerkschaftlichen Arbeit in den kapitalistischen Betrieben und auch die Arbeit im politischen und kulturellen

wusste“ Betriebe könnten Ressourcen bereitstellen, ihre Marktmacht zur Unterstützung von Streiks o.ä. einsetzen und als Rückzugsraum für AktivistInnen dienen. [...]

Was ist ein Kollektivbetrieb?

Damit aus einem Betrieb ein Kollektivbetrieb wird, muss er sich unserer Konzeption nach an drei Prinzipien orientieren: Er muss (a) basisdemokratisch organisiert und verwaltet werden, er muss sich (b) an der Idee des Gemeineigentums bzw. des Gemeinnutzens orientieren und er muss (c) Alternativen zur Marktwirtschaft entwickeln. [...]

Nun leben wir aber in einer Gesellschaft, die alles andere als herrschaftsfrei ist, und wir müssen davon ausgehen, dass sich die vorhandene ungleiche Machtverteilung inklusive der zugehörigen Persönlichkeitsaspekte, Verhaltensmuster und Ambitionen (zunächst) auch in Kollektivbetrieben einstellt – trotz basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Kollektivbetriebe müssen daher vorhandene, spontan entstehende oder auch durch die Organisation des Betriebs (unabsichtlich) selbst herbeigeführte Machtunterschiede zwischen den Kollektivmitgliedern reflektieren und Verfahren zu ihrer Auflösung entwickeln. [...]

Die besten basisdemokratischen Organisationsprinzipien nützen nicht viel, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert oder durchgesetzt werden kann. In einem Kollektivbetrieb muss daher Transparenz aller betrieblichen Vorgänge für alle Mitglieder des Kollektivs bestehen und die innere Struktur und die Verfahren der Entscheidungsfindung müssen nachvollziehbar und rechtsverbindlich in einem Statut niedergelegt sein.

Gemeineigentum und Gemeinnutzen

[...] Kollektivbetriebe sollten Produkte herstellen, die nicht auf einen möglichst großen Markterfolg oder Profit, sondern auf gesellschaftliche Nützlichkeit abzielen. [...] Gemeineigentum darf nicht als eine Art „gemeinschaftliches Privateigentum“ missverstanden werden. Ein Kollektiv sollte sich eher als „Verwalter“ oder „Betreiber“ seiner Firma denn als ihr „Eigentümer“ verstehen. Dies wird relevant z.B. bei Fragen der Gründung, der grundsätzlichen Ausrichtung oder der Auflösung eines Kollektivbetriebs. [...] Ein Kollektivbetrieb ist nicht einfach eine basisdemokratisch organisierte Firma, sondern er soll Teil einer neuen, über den Kapitalismus hinausweisenden ökonomischen Ordnung sein. Deshalb ist seine Einbindung in Zusammenhänge erforderlich, die dieses Ziel auch auf politischer Ebene verfolgen. Die Mitglieder eines Kollektivs sind nicht nur sich selbst verantwortlich, sondern auch der Community, welche den kulturell-politischen Rahmen ihres ökonomischen Projekts ausmacht. Dieser Community sollte auch formal eine Einflussnahme möglich sein. [...]

Der durch die Marktkonkurrenz hervorgerufene Druck zur Ökonomisierung der betrieblichen Abläufe und zur marktgerechten Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen wird als eine der wichtigsten Ursachen für die oft beobachtete allmähliche Transformation von Kollektivbetrieben zu „kleinen geilen (kapitalistischen) Firmen“ angesehen. [...] Es muss daher eins der vordringlichsten Ziele eines Kollektivbetriebs sein,

sich durch Entwicklung von Alternativen zum Markt sukzessive vom der kapitalistischen Marktwirtschaft unabhängig zu machen. Das ist natürlich nur in Kooperation mit anderen Kollektivbetrieben (auch der gleichen Branche!) möglich und erfordert neben der Selbstorganisation der Menschen als Produzenten auch die Selbstorganisation als Konsumenten.

Die Grundprinzipien...

[...] Zusätzlich zu den formalen Entscheidungsstrukturen müssen Verfahren zum Abbau informeller Machtstrukturen entwickelt und angewendet werden. Die wichtigsten Quellen informeller Macht in Kollektivbetrieben sind: (a) ungleich verteilte Sachkompetenz bzw. Vorerfahrungen (v.a. bezüglich der betrieblichen Schlüsselkompetenzen), (b) ungleiche Höhe des eingebrachten Kapitals, (c) einseitig verteilte Verantwortung oder Befugnisse und (d) ungleich verteilte repräsentative Aufgaben (Vertretung des Betriebs nach außen).

Zu den wichtigsten Verfahren zur Reduzierung informeller Machtunterschiede zählen die klare Definition, zeitliche Begrenzung und Rotation wichtiger betrieblicher Funktionen, der Abbau von „Informationsmonopolen“ durch allgemeine Weiterbildung in Schlüsselkompetenzen (z.B. betriebliches Controlling, fachliche Basisqualifikation, Entscheidungs- und Repräsentationskompetenz), die Bevorzugung „vertikaler“ gegenüber „horizontaler“ Arbeitsteilung, das Streben nach schneller „Kapitalneutralisierung“ (vorrangige Ablösung oder Angleichung privater Darlehen von Kollektivmitgliedern) sowie die Inanspruchnahme externer Hilfe (z.B. in Form von Organisationsentwicklung oder „Supervision“).

Was als gesellschaftlich nützlich anzusehen ist, kann natürlich nicht abstrakt definiert ... werden. Ebenso wenig lässt sich „gesellschaftliche Nützlichkeit“ einfach als die Summe der Wünsche der KonsumentInnen bestimmen. Stattdessen müssen Freude/Nutzen eines Produkts/einer Dienstleistung für die KonsumentInnen oder die Gesellschaft insgesamt ins Verhältnis gesetzt werden zum Schaden, der durch Herstellung, Distribution oder Konsum entsteht. [...]

Alle Menschen, die in einem Kollektivbetrieb arbeiten, müssen Mitglieder des Kollektivs und gleichberechtigt in die kollektiven Entscheidungsstrukturen einbezogen sein. [...] Sollte ein Kollektiv sich entscheiden, doch LohnarbeiterInnen zu beschäftigen, so muss ein außergewöhnlicher Grund vorliegen (z.B. Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, etc.) und es muss eine klar definierte zeitliche Befristung vereinbart sein, d.h. nur als Ausnahme und nur vorübergehend. [...] Ein Kollektiv, das vorübergehend LohnarbeiterInnen beschäftigt, sollte sich von einer externen Instanz (z.B. der FAU) kontrollieren lassen. [...]

... der „guten Unternehmen“

Eine über die angemessene Entlohnung hinausgehende Ausschüttung von Gewinnen an Kollektivmitglieder ist mit der Idee des Gemeineigentums nicht vereinbar. Das gilt natürlich auch für den Fall der Liquidierung des Betriebs und den dadurch möglicherweise anfallenden Gewinn. [...] Erwirtschaftet ein Betrieb Überschüsse, so sollten diese, sofern sie nicht für Investitionen benötigt werden, für eines der drei folgenden Ziele verwendet werden: a) Erhöhung der

Einkommen der Arbeitenden, b) Senkung der Konsumentenpreise, oder c) Förderung des Aufbaus herrschaftsfreier Strukturen. [...]

Ein Kollektivbetrieb muss ein explizites, transparentes und verbindliches Entlohnungssystem haben. Es sollte grundsätzlich auf einem einheitlichen Stundenlohn basieren und kann zusätzlich [...] den unterschiedlichen (legitimen) Bedarf der Kollektivmitglieder berücksichtigen (z.B. aufgrund unterschiedlich hoher Mieten bei gleicher Wohnqualität, höherem Bedarf durch Kinder oder auch Krankheit oder Behinderung, etc.). Andere Kriterien jedoch, insbes. solche, welche üblicherweise den Marktwert der Arbeitskraft bestimmen (z.B. besondere (seltene) Qualifikationen, akademische Titel, Position im Betrieb, gutes Aussehen, besonderes Verhandlungsgeschick, etc.) dürfen bei der Entlohnung keine Rolle spielen. [...]

Ein Kollektivbetrieb in unserem Sinne agiert nur notgedrungen am Markt. Nicht Konkurrenzfähigkeit ist sein Ziel, sondern bedarfsgerechte Produktion. Er muss also bemüht sein, die Konkurrenzbeziehungen des Marktes sukzessive durch Kooperationsbeziehungen im Rahmen einer durch Konsumenten und Produzenten gemeinsam kontrollierten Ökonomie zu ersetzen. Das beginnt bei der Kooperation mit anderen Kollektivbetrieben und setzt sich fort im Aufbau solidar-ökonomischer Netzwerke von Produzenten- und Konsumentenorganisationen.

Statut

Um im Rahmen der bürgerlichen Rechtsordnung handlungsfähig zu sein, benötigt jeder Betrieb eine Rechtsform (z.B. e.V., GmbH, eG, etc.). Keine der bürgerlichen Rechtsformen für Betriebe lässt jedoch einen basisdemokratischen Organisationsaufbau zu. In den Kapitalgesellschaften hängt das Stimmrecht von der Höhe der Einlage ab, und auch die Genossenschaft, die wohl demokratischste unter den bürgerlichen Rechtsformen, erlaubt nur eine repräsentativ-demokratische Struktur. Um basisdemokratische Strukturen für einen Betrieb rechtsverbindlich zu machen, bedarf es eines zweiten Vertrags zwischen den Mitgliedern des Kollektivs, dem Statut. In diesem Binnenvertrag werden zum einen die eigentlich gewünschten betrieblichen Normen, Institutionen und Verfahren niedergelegt, zum anderen unerwünschte Auswirkungen der

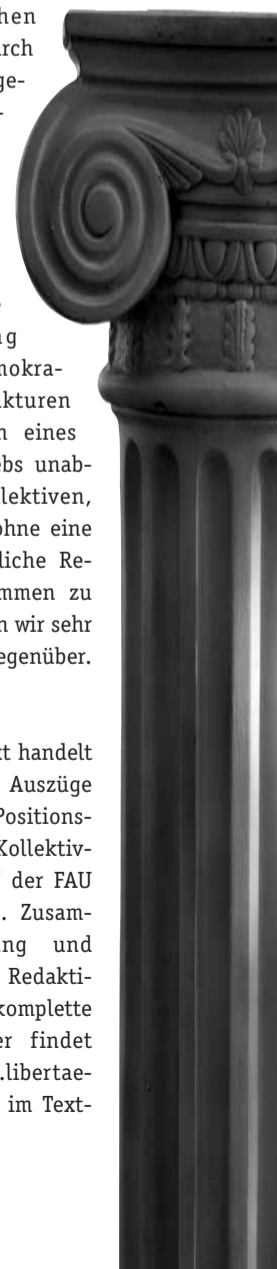
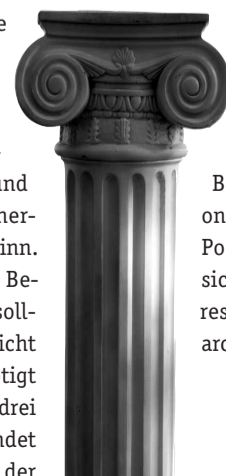
bürgerlichen Rechtsform durch geeignete Regelungen kompensiert. [...]

Aus unserer Sicht ist eine schriftliche, rechtsverbindliche Niederlegung der basisdemokratischen Strukturen und Verfahren eines Kollektivbetriebs unabdingbar. Kollektiven, die glauben, ohne eine solche schriftliche Regelung auskommen zu können, stehen wir sehr misstrauisch gegenüber. [...]

Bei diesem Text handelt es sich um Auszüge aus dem Positionspapier „Kollektivbetriebe“ der FAU Hamburg. Zusammenstellung und Bearbeitung: Redaktion BuG. Das komplette Positionspapier findet sich auf www.libertae-resenzentrum.de im Textarchiv.



Feld beträchtlich unterstützen. Politisch „be-



Mit dem Kopf in der Leistungsschraube

Psychische Belastungen durch Lohnarbeit nehmen weiter zu – zur psychologischen Dimension des Klassenkampfes

Das Bewusstsein um die negativen psychologischen Auswirkungen des Kapitalismus war bei klassenkämpferischen libertären Sozialisten von jeher stark ausgeprägt. Nicht umsonst heißt es in der von Rudolf Rocker im Jahre 1919 verfassten Prinzipienklärung des Syndikalismus: „Die gesellschaftliche Klassen- und der brutale Kampf ‚Alle gegen Alle‘, diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in derselben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter.“ Mehrere aktuelle Untersuchungen bestätigen, was SyndikalistInnen schon immer wussten: Die kapitalistische Arbeitsorganisation erhöht das Risiko der Entstehung psychischer Erkrankungen.

Arbeitshierarchien machen krank

So stellte die sogenannte Whitehall-II-Studie, eine unter 10.308 britischen Beamten beiderlei Geschlechts durchgeführte Langzeituntersuchung, einen starken Zusammenhang zwischen der Position in der Arbeitshierarchie und der Krankheitshäufigkeit sowie dem Sterberisiko fest. Beamten am unteren Ende der Hierarchie wurden im Schnitt dreimal so häufig krank wie die Chefs, und auch ihr Sterberisiko war um das Dreifache erhöht. Da bei dieser Untersuchung die Einkommensunterschiede eher gering waren und die gesundheitliche Betreuung der untersuchten Personen vergleichbar, konnten diese beiden Faktoren als wesentliche Ursachen für die genannten Ergebnisse ausgeschlossen werden.

Auch nach Berücksichtigung des Gesundheitsverhaltens in Bezug auf Ernährung, Sport, Rauchen etc. blieb die Kluft bestehen. Die Arbeitshierarchie selbst ist offenbar der wesentliche Faktor zur Erklärung der gravierenden Unterschiede in Krankheitshäufigkeit und Sterberisiko. Der mit einer niedrigen Position in der Arbeitshierarchie einhergehende Stress führt höchstwahrscheinlich zu erhöhter Anfälligkeit für Krankheiten. Je geringer der Grad an Selbstbestimmung, Selbstwirksamkeit und Kontrolle über die eigenen Tätigkeiten im Arbeitsleben, umso schlechter für die Gesundheit!

Prekariisierung und Leistungsdruck

Zwar ist die offizielle Arbeitslosigkeit im Verlauf der letzten zwei Jahre gesunken, dies ging jedoch einher mit einer starken Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und bedeutet daher für viele Menschen keine Verbesserung ihrer Lebensqualität. Laut Statistischem Bundesamt sind im Jahre 2010 drei von vier neuen

Jobs in Rahmen prekärer Arbeitskontexte wie Leiharbeit, Mini- und Midijobs, Teilzeitarbeit und Werkverträgen entstanden. Die starken psychischen Belastungen, denen Beschäftigte in diesen Arbeitskontexten ausgesetzt sind, disponieren in besonderem Maße zu psychischen Erkrankungen. Es verwundert daher nicht, dass z.B. bei LeiharbeiterInnen das Krankheitsrisiko, einschließlich des Risikos der Entstehung psychischer Erkrankungen, höher ist als bei festangestellten Beschäftigten.

Laut einer Auswertung der Techniker Krankenkasse (TK) hatten LeiharbeiterInnen

schäftigungsverhältnissen wird allerdings stark an der Leistungsschraube gedreht. Die sich ausbreitenden neoliberalen Konzepte zu Management und Arbeitsorganisation zielen darauf ab, bei möglichst geringen Kosten ein Maximum an Leistung aus den ArbeiterInnen herauszupressen. Eine im Rahmen des DGB-Index „Gute Arbeit“ durchgeführte Befragung kommt zu dem Ergebnis, dass immer mehr Beschäftigte unter dem gestiegenen Arbeitsvolumen, starkem Zeitdruck, erhöhten Leistungsanforderungen und daraus resultierender chronischer Erschöpfung leiden. Zunehmende

nen, bei jedem Vierten war dies sogar häufiger der Fall. Die Bereitschaft, trotz Krankheit zur Arbeit zu gehen, ist laut des DGB-Index „Gute Arbeit“ angestiegen, mehr als drei Viertel der Befragten berichteten, im Verlauf des letzten Jahres mindestens einmal trotz Krankheit zur Arbeit gegangen zu sein. Dieser Trend ist besonders stark bei ArbeiterInnen, die sich im Rahmen ihrer Arbeitssituation besonders unwürdig behandelt fühlen – oft Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die unter starker Angst vor drohendem Arbeitsplatzverlust leiden.

Die Anzahl der Frühverrentungen aufgrund psychischer Erkrankungen hat sich ebenfalls stark erhöht, nach Angaben der Deutschen Rentenversicherungen um 71 Prozent in den letzten 18 Jahren. Damit stellen psychische Erkrankungen inzwischen die wichtigste Ursache für Frühverrentungen dar, insgesamt macht ihr Anteil 40 Prozent an allen Frühverrentungen aus.

Herausforderung im Klassenkampf

Eine klassenkämpferische Linke, die an den konkreten Problemlagen der ArbeiterInnen ansetzt, muss den stark angestiegenen Stress und das erhöhte Risiko der Entstehung seelischer Erkrankungen, welchen zunehmend mehr Beschäftigte ausgesetzt sind, ernst nehmen und sowohl wissenschaftlich und theoretisch reflektieren, als auch – und das ist das Wichtigste – in der Praxis adäquat darauf reagieren.

Der Anarchosyndikalismus mit seiner Betonung von Solidarität und Selbstorganisation bietet eine bewährte praktische Perspektive, um der allgegenwärtigen Konkurrenz, dem zunehmenden Stress und Leistungsdruck, der Ohnmacht und Unsicherheit ein auf gelebter gegenseitiger Hilfe beruhendes Widerstandskonzept entgegenzustellen. Im Idealfall kann eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft als unterstützendes soziales Netzwerk fungieren, das dazu beiträgt Stress, zu reduzieren, Solidarität zu erfahren und Gefühle der Ohnmacht abzubauen, indem die Menschen durch selbstorganisierte gewerkschaftliche Praxis wieder ein Gefühl der eigenen Wirkung erfahren. Diese psychologische Dimension des alltäglichen Klassenkampfes stärker zu reflektieren und bewusster in Theorie und Praxis einzubinden, wird zukünftig eine wichtige Herausforderung, nicht nur für den Anarchosyndikalismus, sondern für die gesamte klassenkämpferische Linke sein.

Werner Ehlen



in Deutschland im Schnitt 3,5 Krankentage pro Jahr mehr als andere ArbeiterInnen. Hierbei spielen neben den oftmals körperlich belastenden Jobs in der Leiharbeit auch psychische Belastungen eine wichtige Rolle. Die Fehlzeiten wegen psychischer Diagnosen sind bei LeiharbeiterInnen im Verlauf der letzten zwei Jahre um zwölf Prozent angestiegen. Im Jahr 2010 meldete sich im Schnitt jeder zweite Leiharbeiter aus psychischen Gründen zwei Tage krank.

Die niedrigere Position im Hierarchiegefüge im Vergleich zu den Stammbesetzten, fehlende Arbeitsplatzsicherheit, häufige Wechsel der Einsatzorte, geringe Chancen zur Weiterentwicklung sowie schlechte Bezahlung machen viele Jobs in der Leiharbeit in besonderem Maße stressanfällig und zur seelischen Dauerbelastung für die Betroffenen. Die Leiharbeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent angestiegen und liegt nun mit über 900.000 Menschen knapp an der Millionengrenze.

Maximale Ausreizung

Auch bei ArbeiterInnen in traditionellen Be-

prekariisierung, stark angestiegener Leistungsdruck und Angst vor Arbeitsplatzverlust sind die Hauptursachen für den allgemeinen Trend der Zunahme seelisch bedingter Erkrankungen unter den Beschäftigten.

Die Krankenkasse AOK gibt an, dass die Anzahl von Arbeitsausfällen aufgrund psychischer Erkrankungen im Zeitraum von 1999 bis 2010 um 69,7 Prozent angestiegen ist. Die Krankenkasse DAK wiederum berichtet in ihrem Report für das Jahr 2010, dass psychische Erkrankungen nach Muskel-Skelett-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen und Verletzungen mit 10,8 Prozent inzwischen die vierthäufigste Ursache krankheitsbedingter Arbeitsausfälle darstellen, bei Frauen sogar die dritthäufigste. Insbesondere „depressive Episoden“, „Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen“ sowie „andere neurotische Störungen“ zählen zu den häufigsten Einzeldiagnosen.

Ein häufig unterschätztes Problem stellen laut DAK-Bericht Schlafstörungen dar. Fast jeder zweite Erwerbstätige berichtete, im Verlauf der letzten drei Monate zumindest manchmal nicht einschlafen oder durchschlafen zu kön-

das deutsche Vereinsrecht gepresst werden. Sie muss aus der Belegschaft und solidarischen UnterstützerInnen aus dem Bereich den KundInnen und den BewohnerInnen der Nachbarschaften entstehen. Das Projekt Strike Bike – zumindest zu Beginn – könnte hierfür ein kleines Vorbild sein. Auch dabei standen von Anfang an UnterstützerInnen mit Rat und Tat zur Seite. Auch die KollegInnen von Schlecker sollten nicht der Kapitallogik unterworfen werden, nach der sie bei einer Insolvenz möglichst widerspruchsfrei weiterarbeiten sollen, damit ein Kapitalist an der Vernutzung ihrer Arbeitskraft Interesse findet.

Peter Nowak

Ausgeschleckert!

Die Drogeriekette Schlecker ist pleite. Zur Diskussion steht auch die Umwandlung in eine Genossenschaft

Die Schlecker-Pleite ist ein Medienthema. In der Regel geht es dabei um das Vermögen, das die Familie Schlecker verloren habe. Die Beschäftigten kommen in der Berichterstattung kaum vor. Sie aber haben das Vermögen der Familie Schlecker jahrzehntlang durch ihre Arbeitskraft vermehrt. Und diese mussten sie bei dem Discounter besonders billig verkaufen. Denn zum System Schlecker gehörten Niedriglohn, Bespitzelung und Mobbing der Beschäftigten, meistens Frauen, und der Versuch, die Läden gewerkschaftsfrei zu halten. Mit der Schlecker-Kampagne wurde das System Schlecker bundesweit zu einem Inbegriff für Niedriglohn und Ausbeutung.

Dennoch versuchte das Management bis in die Gegenwart, ihre Mitarbeiterinnen möglichst billig auszubeuten. So wurden noch 2010 viele Schlecker-Läden geschlossen und die Mitarbeiterinnen entlassen. Sie sollten bei den neu zu errichtenden „XXL-Läden“ zu wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen wieder angestellt werden. Aber zu Schlecker

gehört auch der jahrzehntelange Widerstand der Verkäuferinnen, die die Schlecker-Kampagne ebenso getragen haben, wie die erfolgreiche Abwehr der XXL-Niedriglohnosphäre.

Von dem Selbstbewusstsein der Mitarbeiterinnen zeugt auch die Erklärung vieler Kolleginnen: „Wir sind nicht Schlecker – wir arbeiten nur dort“. Damit setzen sie sich von einer Identifikation mit der Firma ab, die bei MitarbeiterInnen in Krisenzeiten oft zu vernehmen ist. Dieses Selbstbewusstsein zeigt sich auch in der gegenwärtigen Diskussion, Schlecker als Genossenschaft der Belegschaft weiterzuführen. „Wir können es besser, denn wir wissen, was die KundInnen in den Läden wirklich nachfragen“, ist etwa als Argument zu hören. Soviel Selbstbewusstsein ist der Hauptverwaltung von ver.di aber nicht genehm. „Die Diskussion über eine Genossenschaft spielt bei uns keine Rolle“, erklärte eine Pressesprecherin. Damit ignoriert sie die Debatten, die es durchaus auch in Unterbereichen der Gewerkschaft, etwa bei ver.di-

Stuttgart, gibt, wo die Diskussionsanregung der Verkäuferinnen nicht komplett ignoriert wird.

Allerdings kann eine Umwandlung in eine Genossenschaft nicht unproblematisch sein. Der Berliner Arbeitsrechtler Benedikt Hopmann macht zu Recht darauf aufmerksam, dass den Verkäuferinnen nicht zuzumuten ist, aus ihren Löhnen Angespartes in die Genossenschaft zu legen, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Die Verkäuferinnen haben deshalb einen anderen Vorschlag. Sie fordern einen „Wulff-Kredit“. Ihre Begründung: Wenn der Spitzenpolitiker für seinen Hausbau zinsgünstige Kredite erhalten hat, warum dann nicht auch die Genossenschaft? Dass man ohne Druck nichts erreichen wird, wissen die Kolleginnen aber auch.

Eine Genossenschaft der Beschäftigten kann auch nicht in

Anzeige

Der Online-Shop für Anarchie und Widerstand
www.a-sortiment.de

Anzeige

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
3 Ausgaben für 5 Euro
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Anzeige

Kritik organisieren.

Jungle World. Die linke Wochenzeitung.
Am Kiosk und im Netz: jungle-world.com

Feuer lügt nicht

Prozessbericht der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.



Am 7. Januar 2005 kam der aus Sierra Leone stammende Oury Jalloh bei einem Brand in einer Zelle des Dessauer Polizeireviere ums Leben. Die Umstände sind bis heute ungeklärt und Bestandteil eines laufenden Prozesses vor dem Landgericht Magdeburg.

Die abwegige These des Oberstaatsanwaltes Christian Preissner, Oury Jalloh hätte sich mit einem Feuerzeug, welches bei der Durchsuchung übersehen worden sei, selbst angezündet, reichte dem Landgericht Dessau als Erklärung für den Feuertod aus. Das erste Brandgutachten aber überzeugte weder das Gericht in Dessau noch den Bundesgerichtshof. Selbst der Brandgutachter Steinbach musste im Revisionsverfahren im September 2011 vor dem Magdeburger Landgericht einräumen: „Ich arbeitete nach Vorgabe. Aus meiner Sicht wäre es nötig gewesen, ungleich mehr Versuche mit verschiedenen Ansätzen zu machen.“

Warum aber wird das gleiche, fehlerhafte Gutachten nun auch im Revisionsverfahren als Beleg für den vom Innenministerium, der Staatsanwaltschaft und der Polizei verkündeten „Selbstmord“ herangezogen? Die Nebenklagevertretung (RechtsanwältInnen der Familie von Oury Jalloh) wies das erste Brandgutachten schon vor mehreren Monaten mit Bestimmtheit zurück und bezeichnete die Versuchsdurchführungen als „unsystematisch, vorwissend und in der Methodik wahllos“. Es folgte keinerlei (Re)Aktion vom Gericht. Am 13. Januar 2012 stellte die Nebenklage schließlich einen Beweisantrag über ein neues, unabhängiges Brandgutachten.

Als die Nebenklagevertreterin Gabriele Heinecke ihren Beweisantrag vorlas, herrschte Anspannung und Totenstille im Gerichtssaal, denn ein neues Brandgutachten beschränkt sich nicht auf die These „Selbstmord“: „Wenn der Brandsachverständige aufgrund des Brandbildes und des rechtsmedizinisch festgestellten Zustandes der Leiche des Herrn Jalloh und der Berücksichtigung der von mehreren Zeugen wahrgenommenen Flüssigkeitslache, die sich auf Höhe der angekettenen Hand befunden haben dürfte, zu dem Schluss kommt, dass es jedenfalls zwei Brandausbruchsorte gegeben haben muss, wäre wahrscheinlich der Schluss zu ziehen, dass es sich vorliegend um ein Verbrechen des vorsätzlichen Mordes handelt“ (Beweisantrag vom 13. Januar 2012; 21 Ks 141 Js 13260/10 (8/10); S. 3).

Insbesondere die US-amerikanische Forschung im Bereich der Brandforschung ist heutzutage soweit vorangeschritten, dass es heißt: Feuer lügt nicht. ForscherInnen können genau rekonstruieren, welche Bedingungen notwendig waren und ob es mehr als nur einen Brandherd bedurfte, um genau zu dem Brandergebnis zu kommen, wie es im Fall Oury Jalloh der Fall war.

Am 16. Februar 2012 lehnte aber das Gericht den Antrag ab. Begründung: „Die Kammer geht beim derzeitigen Stand der Beweisaufnahme davon aus, dass der Brand nicht durch Dritte erfolgte.“ AktivistInnen waren geschockt, enttäuscht und wütend von dieser Entscheidung, mit der das Gericht letzten Endes Farbe bekennt. „Oury Jalloh, das war Mord – Brandgutachten jetzt sofort – Claudia Methling, Richterin – Macht sich selbst zur Mörderin“ war bei der anschließenden Spontan-Demo durch Magdeburg zu hören.

Die Initiative Gedenken an Oury Jalloh e.V. ist sich sicher, dass es Brandlegung durch Dritte war. Die Menge an mutwillig vernichteten Beweismitteln, die ZeugInnen-Aussagen, die ungenügenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Tatsache, dass das Polizeirevier schon vor dem Mord an Oury Jalloh für seinen rassistischen und menschenverachtenden Umgang bekannt war, sprechen dafür.

Initiative Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Oury Jalloh, das war Mord!

Ein Kommentar der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Das besondere an den Mordfällen wie Laye Konde, Dominique Kumadjo, Dennis J., Mariama Sarr oder Christy Schwundek ist, dass die ermittelnden Organe von vornherein die „Wahrheit“ der „TäterInnen“ übernehmen und diese bestenfalls mit verschwundenen oder manipulierten Beweismitteln untermauern.

Mitte Januar 2012 wurde laut (nicht in die Ermittlungen einbezogener) ZeugInnen-Aussagen ein Dessauer aus dem Senegal von einem Mitglied des Dessauer Fußballvereins ASG Vorwärts angegriffen und setzte sich mit einem Messer zur Wehr. Der Verein ist dafür bekannt, gewalttätige Nazis und Hooligans zu beheimaten.

Kurz nach dem Ereignis berichtete die *Mitteldeutsche Zeitung*: „Noch sei nicht vollends klar, was sich Montagmittag (...) wirklich abgespielt hat.“ Trotz dieser Information, die direkt von der ermittelnden Polizeidirektion kam, wird der Dessauer aus Senegal zum Täter verurteilt. Laut *MZ* (und laut in die Ermittlungen einbezogener ZeugInnen-Aussagen) sei der Fußballer mit einem Messer attackiert worden, als er einen „kriminellen Ausländer“ stoppen wollte. Hinzu kommen noch seine Herkunft, sein Asylbewerber-Status und gleich mehrere Strafanzeigen. Einmal umrühren. Fertig ist „der Ausländer“.

Auch Oury Jalloh, Mordopfer rassistischer Polizei-Gewalt, wurde von Beginn an medial zum Täter stilisiert, ohne dass die genauen Hintergründe überhaupt bekannt waren. Im laufenden Revisionsverfahren vor dem Magdeburger Landgericht stellte sich heraus, dass die Ingewahrsamnahme von Oury Jalloh jeglicher Rechtsgrundlage entbehrte. Aber die Presse berichtet teilweise noch immer davon, dass Oury Jalloh Frauen sexuell belästigt haben soll und ein Drogendealer gewesen sei.

Als Beweis für die jahrelange Loyalität der Dessauer Bevölkerung mit dieser Meinungsmache zieht der ASG Vorwärts mit 400 Menschen vor das Polizeirevier, in dem Oury Jalloh umgebracht wurde, huldigt dem verletzten Fußballspieler und dankt dem Revier für die Tötung des „Kriminellen Oury Jalloh“ mit tosendem Applaus.



Der große Bruder schaut dich an.
KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Massive Benutzerüberwachung im Fall einer ACTA-Einführung

Das *Anti-Counterfeiting Trade Agreement*, kurz ACTA, wird im Wesentlichen unter dem Aspekt „Angriff auf das freie Internet“, „Schutz von Urheberrechten“ und „fehlende Transparenz im Entwicklungsprozess des Abkommens“ diskutiert. Was aber würde an Kontrolltechniken und Überwachungsmaßnahmen gegen den Internet-User ins Feld geführt werden, sollte das Abkommen abgesegnet werden?

Eine wichtige Änderung durch ACTA wäre, dass der Internet-Provider zukünftig für seine Nutzer zu haften hätte. Die Folge wäre, dass der Provider dazu gezwungen ist, Hilfsscheriff für den Staat zu spielen, d.h. seine Kunden auszuspionieren und zu kontrollieren. Um das zu gewährleisten, müssten gewaltige kommunikationsüberwachende Strukturen, wie z.B. *Deep Packet Inspection* (DPI) eingeführt werden. DPI ist ein Verfahren, das Datenpakete überwachen und filtern, sowie Datenströme regulieren kann. Verstößt der User gegen geltendes Recht und wird dabei vom Provider erfasst, hat letzterer die Angelegenheit vor Gericht zu bringen oder gerät selber in Gefahr, belangt zu werden.

AL

Grenzübergreifende TKÜ soll standardisiert werden

Der Rat der Europäischen Union möchte die grenzüberschreitende Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) in der EU neu regeln und standardisieren. Einen entsprechenden Entwurf hat der Rat laut der britischen Bürgerrechtsorganisation *Statewatch* bereits eingereicht. Dem Papier zufolge sollen Telefonate auch in anderen Ländern unbürokratisch abgehört, E-Mails ausspioniert und Bestandsdaten erfasst werden können. Das war bisher nur durch Beantragung von Rechtshilfe möglich. Diese Hürde soll nun abgeschafft werden. ErmittlerInnen dürften sich dann direkt an ihre ausländischen KollegInnen wenden, die diese TKÜ dann übernehmen würden. Das könnte zum einen die Ermittlung der Behörden beschleunigen und würde gleichzeitig die richterliche Kontrolle über diesen Vorgang ausschalten.

KritikerInnen beklagen eine ausufernde Überwachungspraxis der EU-Mitgliedsstaaten, die über den Umweg EU auch noch standardisiert werden soll.

AL

Privatkontenabfragen 2011 um 10 Prozent gestiegen

„Im Kampf gegen Sozialmissbrauch und Steuerbetrug“ (*Weser Kurier*) fragen Behörden immer häufiger Privatkontodaten ab. Gegenüber 2010 erhöhte sich die Zahl der Abfragen von Finanz- und Sozialämtern, Arbeitsagenturen und Bafög-Stellen um 5532 auf insgesamt 62 333.

Seit April 2005 ist es den Behörden erlaubt, zum Zwecke der „Förderung der Steuerhelflichkeit und Eindämmung von Sozialleistungsmisbrauch“ Konten von Bürgern zu kontrollieren. Dabei erhalten sie Zugriff auf alle Konten und Depots bei Banken und Sparkassen.

Damit wird eine als „Ausnahmeregelung“ eingeführte Maßnahme immer mehr zum Routinevorgang staatlicher Behörden.

AL

Grundsatzurteil: Überwachung öffentlicher Plätze erlaubt

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Rechthaftigkeit der Videoüberwachung der Reeperbahn in Hamburg-St. Pauli bestätigt. Das Urteil hat Signalwirkung: Die Überwachung öffentlicher Plätze ist damit grundsätzlich erlaubt. Begründung: „Das Sicherheitsbedürfnis und das Interesse der Polizei an der Verhinderung von Straftaten rechtfertigen Einschnitte in die Grundrechte von Anwohnern und Passanten“. Das Leipziger Gericht folgt damit der Argumentation der Hamburger Behörden, die ein gleichlautendes Urteil auf Grundlage des Hamburgischen Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei gefällt hatten. „Zum Zwecke der Gefahrenabwehr“ auf der Hamburger Reeperbahn, laut *Spiegel Online* ein „Schwerpunkt der Straßensicherheit“, solle mit Videoüberwachung ein „Abschreckungseffekt“ erzielt werden.

Die Bilder der Überwachungskameras werden laut Angaben der Behörden aufgezeichnet und 30 Tage lang gespeichert. Die Kameras können in alle Richtungen geschwenkt werden und auch Zielobjekte mit Zoomfunktion erfassen. Die Bilder werden dann direkt ins ansässige Polizeirevier übertragen, wo sie von den Beamten ausgewertet werden.

Die Klägerin in diesem Verfahren fühlt sich dagegen in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. „Worum es mir geht, ist, dass ich nicht auf Schritt und Tritt überwacht werde, sobald ich aus dem Haus gehe“ (*Spiegel Online*).

In zwei Vorinstanzen hatte die Klägerin dagegen teilweise Recht bekommen. Das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht Hamburg hatten der Polizei untersagt, auch die Wohnräume des Hauses der Klägerin durch die Videoüberwachung zu erfassen.

Es bleibt aber das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts, das die Überwachung öffentlicher Plätze erlaubt und bestätigt.

AL

Klage gegen Vorratsdatenspeicherung

Seit August 2009 werden die Nutzung von Internetseiten des Bundes und der E-Mail-Verkehr mit Bundesbehörden auf Vorrat gespeichert. Datenschützer haben nun Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht, nachdem sie vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert waren.

„Die Protokollierung der Netzkommunikation mit Rechnern deutscher Bundesbehörden muss abgestellt werden“, fordern die Kläger. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) dürfe nicht frei von einem konkreten Anlass wahllos Kommunikationsdaten der BenutzerInnen sammeln. Durch die Kommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung kann der Staat feststellen, wer sich wann für welche Internetseite interessiert hat und welche Begriffe in die Suchoption eingegeben wurden. Das BSI rechtfertigt die Kontrollmaßnahmen mit der Abwehr und Bekämpfung von IT-Angriffen auf Internetseiten des Bundes. Die Kläger hoffen, bei einem Erfolg auch gleich die entsprechende EU-Richtlinie kippen zu können.

AL

Kampagne für neues Brandgutachten

Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V. fordert ein neues Brandgutachten und hofft auf Unterstützung bei ihrer aktuellen Fax-Kampagne. Das Anschreiben „Faxkampagne_Brandgutachten“ gibt es als PDF auf www.initiativeouryjalloh.wordpress.com. Dieses kann einfach ausgedruckt, unterschrieben und an das Landgericht Magdeburg geschickt oder gefaxt werden.

Erfolgreiche Blockaden in Dresden

Alljährig versuchen Neonazis den 13. Februar 1945, dem Tag der Bombardierung Dresdens durch britische und amerikanische Kampfflugzeuge, für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren und einen Mythos zu verbreiten, der die Deutschen zu Opfern ausländischer Aggressionen machen soll.

13.000 GegendemonstrantInnen folgten dem Aufruf der Stadt Dresden, ein „Zeichen für Mut, Respekt und Toleranz“ zu setzen und bildeten eine 3,6 Kilometer lange Menschenkette „gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Gewalt“, so der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

Linke AntifaschistInnen kritisierten die mangelnde Distanzierung des bürgerlichen Protests vom neonazistischen Opfermythos und taten dies auf dem „Täterrundgang“ kund, einem Mahngang des „Bündnis Dresden-Nazifrei“, der an zehn Stationen an die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt erinnern sollte.

Linke DemonstrantInnen blockierten zudem erfolgreich die Neonazidemo, indem sie es schafften, den zuvor bereits abgeriegelten Sternplatz zu besetzen. Die Demo der Rechten musste daraufhin durch die Polizei räumlich weiter eingeschränkt werden. Gerade mal ca. 1.200 Meter hatten die Nazis marschieren dürfen, laut www.dresden-nazifrei.com dauerte das gerade einmal eine halbe Stunde.

AL

...ein bißchen richtiger im Falschen

Kollektivbetriebe als Ideal und Bestandteil der syndikalistischen Bewegung

Als „Schulen der Utopien“ im Alltag des Kapitalismus, aber auch als konkrete Antwort auf die kapitalistischen Verhältnisse – Kollektivbetriebe stehen für die Versuche, die eigenen Ideen einer befreiten Gesellschaft vorwegzunehmen und innerhalb der existierenden Widersprüche auszuprobieren. Auch aus der FAU heraus, oder ihr zumindest nahestehend, gab es immer wieder Versuche, Kollektive zu gründen. Die DA bat vier Kollektive, sich einmal näher vorzustellen.



Hannover | Das Vertriebskollektiv „Bekleidungssyndikat“

Das Bekleidungssyndikat ist ein Onlineshop für faire Klamotten. Alle Produkte in unserem Sortiment stammen aus korrekter Produktion, dass heißt aus Betrieben in denen nachvollziehbar mindestens die Standards der ILO eingehalten werden. Darüber hinaus ist das Sortiment fast ausschließlich aus biologisch produzierten oder recycelten Rohstoffen. Außerdem sind alle Artikel vegan, also ohne Leder, Wolle oder Seide.

Das Projekt ist aus der Arbeit der FAU Hannover zur Bekleidungsindustrie entstanden. Zunächst wurde ehrenamtlich nebenher ein Handel mit Shirts aus der Frauenkooperative „Nueva Vida FairTradeZone“ in Nicaragua angestoßen. Damit sollte auch der Schritt unternommen werden, nicht nur ungerechte Arbeitsbedingungen anzuprangern und Arbeitskämpfe zu unterstützen, sondern konkrete Projekte zu fördern und Alternativen anzubieten. Weil das auf die Dauer nicht mehr ehrenamtlich gestemmt werden konnte, wurde daraus das Bekleidungssyndikat mit seinem Komplettangebot.

Das Bekleidungssyndikat wird dabei durch einen UnterstützerInnenkreis von 10-15 Personen getragen. Trotz seines im Sommer dreijährigen Bestehens ist das Bekleidungssyndikat immer noch im Aufbau. Bisher kann erst eine Person leidlich von dem Geschäft leben. Es sieht zwar immer besser aus, aber bis aus den UnterstützerInnen ein „echtes“ Kollektiv wird, ist noch ein weiter Weg.

Münster | Das „Fairdruckt“ Kollektiv

Die Druckereigenossenschaft Fairdruckt entstand im Jahr 2008 in Münster. Es lag quasi auf der Hand: Druckerei war vorhanden, aber niemand hatte Zeit dafür. Wir suchten Alternativen zu ALG2 und prekären Jobs, und ein Freund machte sich als Berater für Genossenschaften selbständig. Da niemand sein Handwerk wirklich gelernt hatte, kam die Methode „trial and error“ zum Einsatz, und es dauerte länger als gedacht, bis die erste sozialversicherungspflichtige Stelle entstand. Neben dem „Prinzip“ sprach ganz materiell eben dies für die Gründung einer Genossenschaft: Wir sind unsere eigenen Angestellten und keine „Selbständigen“, deren Krankenversicherung eben ein individuelles Problem ist. Kollektive Selbstbestimmung ist aber mindestens genauso wichtig und entscheidend für den vorerst kargen Lohn. Ebenso möchten wir möglichst ökologisch verträglich produzieren.

Ohne leugnen zu können, dass wir denselben kapitalistischen Mechanismen wie „normale Betriebe“ unterworfen sind, wollen wir doch ein Stück solidarische Ökonomie jenseits dessen vorleben. Das soll neben der weitestgehend egalitären Struktur der Genossenschaft durch Vernetzung mit ähnlichen Betrieben geschehen, aber auch als Botschaft unserer Produkte, zum Beispiel der Kollektion „catarrhini“ und der Shirts der Kooperative „Maquiladora Mujeres de Nueva Vida Internacional“. Hiermit stehen wir uns ganz in der anarcho-syndikalistischen Tradition, mit ihrem ureigenen Gedanken einer Gewerkschaft, die in ihren Strukturen und – notwendig an das Hier und Jetzt angepassten – Handlungsweisen schon das Ideal einer erstrebenswerten zukünftigen Gesellschaft in sich trägt.

Hamburg | Das „Quijote Kaffee“ Kollektiv

Wir sind Quijote Kaffee, ein Kollektiv von bald 4 Personen. Wir importieren Rohkaffee von bäuerlichen Vereinigungen, die sich in besonderer Weise in sozialen und ökologischen Bewegungen engagieren sowie exzellenten Kaffee anbauen. Wir verbreiten diesen Rohkaffee (inklusive der dahinter stehenden Geschichten der jeweiligen Bewegungen) einerseits über mittlerweile 40 Kleinröstereien in Europa und rösten ihn andererseits selbst in hoher Qualität. Dabei arbeiten wir in einem System, welches wir als „Open Source in der Lebensmittelbranche“ verstehen. Alles ist transparent und wird ständig kooperativ weiterentwickelt: Kalkulationen, Verträge, Rezepte, Produktionsparameter. Jeder könnte sie „nachbauen“. Der Vorteil des Kollektivs ist, die Dinge auf die es ankommt (Produktqualität, ehrliche Partnerschaften, Glaubwürdigkeit, Transparenz) konsequenter umzusetzen, als dies in einem kapitalistischen Betrieb möglich wäre. Für uns ist es undenkbar Chef von jemandem zu sein. Die kreativen Entfaltungsmöglichkeiten sorgen auch für höhere Qualität.

Die Anbindung an die Gewerkschaft ist sehr wichtig, um unser Agieren in der de facto bestehenden marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation so konsequent solidarisch zu gestalten wie möglich. Ohne die daraus resultierende Erdung und Hilfe bei der Reflektion würde bei einem so erfolgreichen Kollektiv wie wir es sind sonst auch die Gefahr bestehen sehr schnell den sozialen Boden unter unseren Füßen zu verlieren. So sind wir aber ständig auch mit sozialen Kämpfen und Bewegungen in Kontakt, die sonst nicht mit Kaffee zu tun haben. Wirtschaftlich geht es unserem Kollektiv schon im zweiten Jahr sehr gut. Gewinne werden investiert oder gespendet. Privatisierung ist nicht möglich.

Lich | Der Verlag „Edition AV“

1988 wurde das Projekt „Edition AV“ als Verlag für Bücher aus der libertären und emanzipatorischen Szene, als Basis für unsere bibliophilen Buchausgaben und aus Liebe zur guten Literatur gegründet. Bücher machen – weil es Spaß macht, Bücher zu machen. Das war damals unser Ziel und ist es auch heute noch. Ein wirtschaftliches wie auch kollektives Überleben hat uns keiner zugetraut. Doch der Verlag hat überlebt und mit 16 bis 20 Büchern im Jahr und über 140 Novitäten ein relativ festes Standbein bekommen. Mit unserem Verlag wollten wir dem Leben ohne „Chef und Staat“ näher kommen, in dem sowohl die MitarbeiterInnen als auch die AutorInnen gemeinsam arbeiten, publizieren und mitbestimmen können.

Der Verlag wird – aus ökonomischen Zwängen heraus – ehrenamtlich betrieben. Neben dem Verleger wird der Verlag von vier weiteren Personen „geleitet“, die einmal im Jahr von AutorInnen bestimmt werden. Desweiteren hat sich ein Kreis ehrenamtlicher MitarbeiterInnen um den Verlag gebildet. Alles soll möglichst kollektiv und im Konsens entschieden werden.

Seit Anbeginn haben wir für unsere Arbeit auch wichtige Grundsätze: Wir arbeiten ohne Bankkredite, Bücher werden aus Überzeugung gemacht, AutorIn und Verlag entscheiden immer in Konsens und wir begreifen uns als politisches Projekt, was auch die Produktionsbedingungen des Buches mit einschließt. Die derzeitige ökonomische Situation? Wir machen weiter!



Autonomie braucht Energie

Im Rahmen des Schwerpunktes um Selbstverwaltung sprach die DA mit Daniel von der AG Energieautonomie über Energieversorgungsmöglichkeiten aus libertärer Perspektive.

Ihr habt ein ziemlich ausführliches Positionspapier geschaffen, in dem ihr mehrere Aspekte der Energieversorgung ansprecht. Erzähl uns bitte von euren Überlegungen.

Das Papier gibt einen Teil der Diskussionen wieder, die wir in Hannover im Rahmen eines Workshops geführt haben. Ein wichtiger Part dabei spielt natürlich immer die Diskussion darum, wie so was wie Energieproduktion in einer befreiten Gesellschaft aussehen würde.

Spannend waren für uns dabei vor allem Ansätze, die im hier und jetzt schon umgesetzt werden können.

Eine emanzipatorische Energieproduktion ist für uns dabei unbedingt an die Prämissen Verteilungsgerechtigkeit, Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und gemeinsame gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion gebunden. Die Energieproduktion in Großprojekten, egal ob Atomanlagen oder gigantische Sonnenparks, sind das genaue Gegenteil unseres Ansatzes. Wir befürworten eine dezentrale vernetzte Energieproduktion, die von lokalen Strukturen betrieben wird. Wie z.B. Kraft-Wärme-Kopplung für den Hausbedarf, die regional vernetzt gesteuert wird (Stichwort: Schwarmstrom), die aber unter der Kontrolle der lokalen KonsumentInnen ist.

Ein für uns oft vernachlässigter Punkt bei der Diskussion ist immer noch der Punkt des Sparens von Energie. Dabei geht es nicht unbedingt um das Bekleben von Gebäuden mit Sondermüll oder die Zerstörung von Ressourcen durch Abwrackprämien, sondern um die Nachhaltigkeit und die gesamte Energiebilanz von Produkten und Produktion.

Und was wären dann eure mittelfristigen Ziele?

Es gibt auch heute schon einige gute Ansätze. Zum Beispiel selbstorganisierte Bildungsarbeit im Bereich Energiesparen oder dem gemeinsamen Entwickeln von Energiequellen für den Kleinstbedarf.

Uns ist es vor allem wichtig, die monopolistische undemokratische Energieproduktion, die nur der Profitmaximierung Rechnung trägt, zu durchbrechen. Als mögliche Betätigungsfelder ergeben sich dabei z.B. kommunale Kämpfe um Stadtwerke, oder gar weitergehend die direkte Aneignung und der Betrieb von lokalen Energieproduktionsstätten über Energiegenossenschaften. Aktives Engagement vorausgesetzt, ist dieses eine der direktesten demokratischsten Möglichkeiten von KonsumentInnen über die Produktion von Energie selbst zu bestimmen.

Das sind spannende Überlegungen. Gibt es denn Möglichkeiten die Thematik wieder voranzutreiben?

Ich denke, es gibt viele Möglichkeiten an dem Thema dran zu bleiben. Neben der erwähnten Bildungsarbeit vom Energiesparen bis hin zu den verschiedenen Möglichkeiten der Energieproduktion. Jede und jeder kann sich nach seinen Möglichkeiten da einbringen. Ob der Wechsel des Stromanbieters, die Diskussion über eine neue ökologisch-effiziente Heizungsanlage oder auch der direkte Weg in Form der Anschaffung einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage, letztlich natürlich auch die Gründung einer lokalen Energiegenossenschaft.

Kollektive im Netz

www.quijote-kaffee.de
www.bekleidungssyndikat.de
www.fairdruckt.de
www.edition-av.de

Meldungen aus der FAU

Berlin

Im Konflikt zwischen Bally Wulff und der FAU Berlin (siehe DA 209) gab es zum Jahresbeginn Bewegung. Am 18. Januar scheiterte der Automatenhersteller vor dem Arbeitsgericht Berlin mit dem Versuch, der FAU Berlin fast alle ihre Äußerungen zum Betrieb und dessen Praxis verbieten zu lassen. Das Gericht folgte vollständig der Argumentation der Gewerkschaft. Gleichzeitig protestierten FAU-Gewerkschaften auf der internationalen Fachausstellung IMA in Düsseldorf gegen Bally Wulff.

Kiel

Das Kieler Seniorenpflegeheim DOMICIL gab Ende Januar gegenüber der FAU Kiel zu, ungerechtfertigt den letzten Monatslohn einer Reinigungskraft einbehalten zu haben, die zuvor entlassen worden war. Mit Unterstützung der FAU Kiel hat die Beschäftigte ihre Ansprüche geltend machen können. Laut der FAU Kiel sollen Reinigungskräfte bei DOMICIL weit unterhalb des Mindestlohnes für Gebäudereiniger und ohne festen Vertrag über eine GmbH beschäftigt sein.

Halle – Hamburg – Berlin

Für den 17. Februar 2012 rief die spanische CNT zu einem Aktionstag vor Geschäftsstellen der Firma Adecco auf. In Hamburg, Halle und Berlin gab es Protestposten vor Adecco-Niederlassungen. Hintergrund ist der Streik von 34 LeiharbeiterInnen der Firma Eulen, welche dem Maschinenhersteller ABB seit Jahren Arbeitskräfte vermittelt. Die LeiharbeiterInnen streiken für gleichen Lohn und gleiche Rechte. Sie wurden durch LeiharbeiterInnen von Adecco, welche als StreikbrecherInnen fungieren, ersetzt. Eulen wiederum entließ die Mitglieder des Streikkomitees und die GewerkschafterInnen unter den Streikenden.

DA
DIREKTE AKTION
anarcho-syndikalistische Zeitung
ABONNEMENT
c/o FAU MÜNCHEN
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

Ich will folgendes Abo haben:

- 6 Ausgaben / 1 Jahr (Euro 9,-)
- 12 Ausgaben / 2 Jahre (Euro 18,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- 6 Ausgaben Ausland / 1 Jahr (Euro 12,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex. 75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

-  T-Shirt (rot) mit Brustlogo, Größe L, Lady-shirt M
-  CD: Berlinska dróha – um die ecke**
-  Comic: Lars sjunnesson ostberlin

Meine Anschrift

Vor- und Nachname _____

Straße/Postfach _____

PLZ, Ort _____

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion - Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Arbeiter, Arbeitereliten und das Problem der Arbeit

Anmerkungen zu Michael Seidmans „Gegen die Arbeit“

Anmerkungen

[1] „Stachanow-Bewegung“: in der Sowjetunion ab 1935 eine Kampagne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

[2] Auf die Verhältnisse in Frankreich kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Eine Langfassung des Artikels ist unter www.geschichtevonunten.de/01_sek-lit/theorie/unruhrez_seidman.pdf abrufbar.

[3] Sombart, Werner: *Sozialismus und soziale Bewegung*, Jena 1908, S. 129.

[4] Kropotkin, Peter: *Die Eroberung des Brotes*, Grafenau 1999, S. 153.

[5] Rocker, Rudolf: *Peter Kropotkin und das Problem der Arbeit*. Unveröffentlichtes Manuskript, 1931, S. 6.

Als Datei abrufbar unter: www.sac.se/en/content/download/32111/239890/file/Rocker%20manus%201931.pdf

[6] Roche, Karl: *Arbeit und Faulheit*, in: *Der Syndikalist*, Nr. 9/1919.

[7] Roche, Karl: *Arbeit als politisches Kampfmittel*, in: *Der Syndikalist*, Nr. 30/1919.

[8] Rocker, Rudolf: *Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse*, Frankfurt/Main 1980, S. 48.

[9] Rocker, S. 46.

Der Autor

Dr. Michael Seidman ist Historiker an der University of North Carolina in Wilmington, USA. Er lebte Ende der Siebzigerjahre in Paris und promovierte 1982 in Amsterdam über das Thema dieses Buches.

Das Buch



Seidman, Michael: *Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-1938*, Heidelberg 2011. 477 Seiten, 24,90 Euro. Die Zahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf das Buch.

Im Verlag Graswurzelrevolution ist – gerade noch rechtzeitig zum 75. Jahrestag der Ereignisse – ein Buch erschienen, das die beiden wohl wichtigsten Klassenkämpfe Europas der 1930er Jahre zum Thema hat: die spanische Revolution (1936-39) und die Welle der Fabrikbesetzungen in Frankreich (1936-1938), die beide in Volksfrontregierungen der Linken mündeten. Der Autor, der US-amerikanische Historiker Michael Seidman, untersucht das Verhalten der ArbeiterInnen in den kollektivierten Fabriken bzw. den Betriebsbesetzungen und ihre Reaktionen auf die veränderten Machtverhältnisse am Arbeitsplatz. Er kommt, das sei vorausgeschickt, zu einem ernüchternden Ergebnis: letztlich seien sowohl die spanische Revolution als auch die Volksfront in Frankreich am anhaltenden Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Arbeit gescheitert.

Der Produktivismus der Arbeitereliten

In Barcelona sah sich die anarcho-syndikalistische CNT unmittelbar nach der Revolution in eine Rolle gezwungen, die sie zuvor energisch bekämpft hatte. Beim Versuch, die kollektivierten Fabriken wieder in Gang zu bekommen und für die Erfordernisse des Krieges zu reorganisieren, warf sie so manches Prinzip über Bord. Führende Vertreter revidierten ihre kritische Einstellung gegenüber der kapitalistischen Produktionsmaschinerie und wandelten sich zu Verfechtern einer teilweise recht kruden Arbeitsideologie. So zum Beispiel Diego Abad de Santillán, einer der herausragenden anarcho-syndikalistischen Theoretiker und 1936/37 katalanischer Wirtschaftsminister, der noch 1931 vertrat, dass der „moderne Industrialismus nach dem Muster von Ford [...] reiner Faschismus“ und wie dessen staatliches Pendant zu bekämpfen sei. Nur wenig später pries er denselben für seine produktivitätssteigernden Potentiale. Er plädierte nun dafür, die „technische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft“ zu übernehmen, da sich durch die Vergesellschaftung „das Wesen der Produktion oder die Produktionsmethode nicht“ ändere. Er vertrat ein geradezu protestantisches Ethos, getreu der Maxime „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und hoffte, dass der Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Arbeit nur vorübergehender Natur sei. [81ff.]

In den kollektivierten Betrieben wurden zunächst von der Belegschaft gewählte Räte installiert, die ein weitgehend demokratisches System der Arbeiterkontrolle einführen. Vielerorts wurden Arbeitszeiten gekürzt, Löhne erhöht und Arbeitslose eingestellt. Die Produktivität ließ merklich nach – und die Gewerkschaftsführungen suchten dem schon bald entgegenzusteuern. Sie appellierten an die ArbeiterInnen, ihre Leistungen zu erhöhen und drohten den „faulen Parasiten“. Schon bald entwickelte sich eine „neue Elite der Gewerkschaftsaktivisten“, die „alte und neue Zwangsmethoden [nutzte], um die Arbeiter zu härterer Arbeit und gesteigerter Produktion zu bewegen.“ [154] Sie pries die Gewerkschaftsföderation als „die Form schlechthin, die ein Maximum an Effizienz und Arbeitsleistung von ihren Mitgliedern abschöpfen“ könne. [251–252] Die in der Folge der Revolution eingeführte 40-Stunden-Woche wurde als „konterrevolutionär“ [148] bekämpft, die gerade abgeschaffte Akkordarbeit wieder eingeführt und von einigen CNT-Vertretern gar der sowjetische Stachanowismus¹ als Methode zur Produktionssteigerung propagiert. [155]

Damit unterschied sich die Rolle der CNT in dieser Hinsicht kaum mehr von der der Bolschewiki in Russland. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wurde de facto obligatorisch, Gewerkschaftsversammlungen wurden zu Propagandaveranstaltungen zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin. Der Versammlungsbesuch und die Bereitschaft, Beiträge abzuführen, war entsprechend mäßig. [152] Ende 1936 wurden unter der Ägide des CNT-

Justizministers Juan García Oliver sogar Arbeitslager (campos de trabajo) für die „Feinde des Volkes“ eingerichtet. [158–161] Offensichtlich hatten diese Methoden kaum Erfolg.

Die bürgerlichen Wurzeln des „Arbeitsplatzutopismus“

Soweit Seidmans Darstellung der Situation in Barcelona.² Zu welchem Fazit kommt der Autor? Er nimmt für sich – im Gegensatz zu seinen Historiker-KollegInnen – in Anspruch, den Blickwinkel der einfachen ArbeiterInnen einzunehmen. Er sieht, dass diese in ihrer Mehrheit auch den neuen Regimes von Anfang an skeptisch gegenüberstanden und sehr schnell in einen Widerspruch zu den Arbeiteraktivisten, den Gewerkschafts- und Parteifunktionären, gleich welcher Couleur, gerieten. Die meisten Chronisten der spani-

lich vertreten.“ [391] Seidman folgert daraus, dass eine Emanzipation der ArbeiterInnen nur auf Grundlage einer hochgradig automatisierten Wirtschaft zu haben ist – in einer Gesellschaft, in der die Arbeit nur noch einen sehr geringen Teil der Lebenszeit der Menschen in Anspruch nimmt. Alle anderen Versuche müssen daran scheitern, da sie allesamt ohne den Staat als Mittel zur Durchsetzung des Arbeitszwanges nicht auskommen können.

Syndikalistische Arbeitsauffassungen

Im Jahre 1936 hatte die Linke jedoch andere Probleme, die eine solche Perspektive als Luxus erscheinen lassen mussten. Die führenden Vertreter der spanischen Republik – und mit ihnen die Anarcho-syndikalisten – waren angesichts des Bürgerkrieges dazu gezwungen, maximale Produktionsleistungen aus den Fabriken herauszuholen – sie konnte bei Strafe ihres Unterganges gar nicht anders handeln. Das zweifelt Seidman auch nicht an, allerdings legt er anhand zahlreicher Beispiele dar, dass die dazu notwendige Begleitmusik bereits von vornherein in den Ideologien sämtlicher Arbeiterorganisationen angelegt gewesen sei. Das ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, dennoch gab es gerade im Anarcho-syndikalismus ein durchaus gespaltenes Verhältnis zur kapitalistischen Produktion. Einig war man sich, dass die ArbeiterInnen bereits im Kapitalismus sich vorbereiten müssten, um später einmal die Produktion auch in Eigenregie weiterführen zu können. Inwieweit dabei die Produktionsmaschinerie unangetastet bleiben soll, darüber gab es unterschiedliche Auffassungen.

Anders als SozialdemokratInnen oder KommunistInnen sahen die meisten der Theoretiker des Anarcho-syndikalismus im monopolisierten Kapitalismus mit seinen tayloristischen Produktionsmethoden keine Vorstufe auf dem Weg zum Sozialismus. Im Gegenteil, es gibt zahlreiche Belege in der einschlägigen Literatur für ein deutlich kritisches Verhältnis zur „modernen“ Industrie und zur kapitalistischen Rationalisierung. So wies der deutsche Sozialhistoriker Werner Sombart bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts darauf hin, dass die syndikalistischen Theoretiker „in die Schäden unserer Kultur zweifellos tiefer hineinleuchten als irgendeine andere sozialistische Doktrin. Wo insbesondere die Altmarxisten Lösungen oder – gar nichts sehen, sieht der Syndikalismus erst Probleme: So wenn er [...] die Kulturwidrigkeit und Menschenunwürdigkeit unseres auf Differenzierung und Integrierung der einzelnen Arbeitsleistungen aufgebauten Systems der Arbeit hervorhebt.“ Er belegt das mit etlichen Zitaten zeitgenössischer Syndikalisten, die schon vor der Taylorisierung auf die schädlichen Wirkungen des Fabriksystems mit seiner „geisttötenden Arbeitsteilung“ hinwiesen und dieses „durch

die wieder durchgegeistigte Vollarbeit des individuellen Produzenten“ ersetzen wollten.³ Sie bezogen sich dabei nicht zuletzt auf Kropotkin, der in der zunehmenden Arbeitsteilung ein Hindernis für die Entfaltung der Produktivität des Menschen und in der „Vielseitigkeit [...] die beste Gewähr für eine hohe Entwicklung der Produktion“⁴ sah, genauso, wie ihm die „stete Verfeinerung der Maschine und der technischen Hilfsmittel“ das beste Mittel zu „einer Dezentralisation der Industrien“ sein sollte.⁵

Der deutsche Syndikalist Karl Roche betrachtete die Lohnarbeit als die Quelle der Arbeitsunlust der Arbeiter, was ihn die „Faulheit als politisches Kampfmittel“ propagieren ließ. Nur auf Basis der „Übergabe der Arbeitsmittel an die Arbeiter“ und der Beseitigung der „kapitalistischen Fundamente der Produktion“ lasse sich der Sozialismus errichten, in dem „der Selbstzweck des Lebens“ in der „Lebensfreude“ bestehen werde und „Arbeit und Leben [...] ineinander aufgehen.“⁶ Das Leben werde schließlich in erfüllter Arbeit, „abgelöst vom sinnenumrauschten Müßiggang“ bestehen.⁷ Auch Rudolf Rocker vertrat ähnliche Auffassungen. Er machte den Taylorismus für die „vollständige Degeneration der produzierenden Klassen“ verantwortlich.⁸ Für ihn stand nicht die Arbeitszeitverkürzung im Mittelpunkt der Umgestaltung einer sozialistischen Ökonomie, sondern die Umgestaltung der Arbeit dahingehend, „dass der Mensch wieder Freude an seinem Werk empfindet und seine Arbeit nicht bloß als gesellschaftliche Notwendigkeit, sondern in erster Linie wieder als einen Ausfluss schöpferischer Betätigung auffassen lernt.“⁹

Soziale Revolution ohne ArbeiterInnen?

Dass die Syndikalisten angesichts der Bürgerkriegssituation gar nicht die Chance hatten, diese Umgestaltung in der Realität umzusetzen, kann man ihnen kaum zum Vorwurf machen. Insofern ist es müßig, für das Scheitern der spanischen Revolution die fehlende Arbeitsbereitschaft der ArbeiterInnen verantwortlich zu machen. Nichtsdestotrotz bleibt es ein Verdienst des Buches, den Blick für den hartnäckigen Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Arbeit freigelegt zu haben. Fragwürdig wird Seidmans Darstellung, wenn er Anarcho-syndikalisten, Kommunisten, Sozialisten und Nationalkatalonier umstandslos in einen Topf wirft und ihnen pauschal einen „Arbeitsplatzutopismus“ vorwirft.

Dass es zwischen denselben (verstanden als einem auf der Großindustrie basierendem Sozialismus) und der Alternative einer „kybernetischen Utopie“ eine auf dem anarcho-syndikalistischen Konzept „anziehender Arbeit“ basierende Alternative geben könnte, hat Seidman nicht erwogen. Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden, die das Vorwort zur deutschen Ausgabe beisteuerten, kommen hingegen zu dem Schluss, dass eine kommunistische Ökonomie, die eben nicht auf „Arbeitsproduktivität als Grundnorm der politischen Ökonomie“ basieren kann, nur „nur dann eine Chance [hat], wenn sie global in Gang kommt und weltweit koordiniert ist.“ Andernfalls sei man gezwungen, sich den „arbeiterfeindlichen Produktivitätsnormen“ der umgebenden kapitalistischen Welt anpassen zu müssen, was die Abschaffung des Staates unmöglich mache. [13–14]

Wo das endet, hat man am Beispiel der „zweiten Welt“ sehr gut beobachten können. Insofern bleibt uns nur, den Ausweg in einer Utopie zu suchen, in der die Arbeit ihres entfremdeten Charakters entkleidet ist und diese einer schöpferischen Tätigkeit gewichen ist, in der die anstrengendsten und schädlichsten Elemente automatisiert und viele andere Sachen durchaus auch wieder in „unproduktivem“ Handwerk entstehen werden – etwa weil die Menschen sich darin verwirklichen können.



Historisches CNT-Plakat: „Arbeite und kämpfe für die Revolution“. Für Seidman besteht „das größte Problem vielleicht nicht darin ... die Bourgeoisie zu stürzen, sondern darin, die Lohnabhängigen dazu zu bringen, für die Sache zu arbeiten“ (aus dem Redemanuskript der Vortragsreise Seidmans im Oktober 2011).

Ein gelebter Traum?

Wie das andalusische Dorf Marinaleda mit Basisstrukturen dem Kapitalismus trotzt

Spanien ist sicherlich ein Land, das einiges zu bieten hat. Für die einen ist es der sommerliche Teutonengrill. Für andere wiederum ein Ort voll von Mythen und Inspiration in Sachen sozialer Bewegung. Sei dies nun die spanische Revolution in den 1930er Jahren, die immer noch zahlenmäßig größte syndikalistische Bewegung oder – in neuerer Zeit – die lange Zeit sehr aktive Bewegung der HausbesetzerInnen. Und nicht zuletzt: die Bewegung der Indignados. Jedoch auch jenseits des Scheinwerferlichts zeigt sich die lange Tradition sozialer Kämpfe und Bewegungen mit liberärem Einschlag. So zu Beispiel in dem quasi sozialistisch organisierten andalusischen Dorf Marinaleda.

Von der Landbesetzung zur alternativen Dorfstruktur

In jedem fundierten Werk über den Spanischen Bürgerkrieg lässt sich nachlesen, wie schlecht es um die spanische Landbevölkerung in den 1930er Jahren bestellt war: es herrschte bittere Armut, die Ländereien befanden sich größtenteils im Besitz von Großgrundbesitzern, die das Gros der Bevölkerung dazu verdammt, sich als Tagelöhner zu verdingen. Kurze Erleichterung dieser Situation brachte die Kollektivierung ländlicher Betriebe in der kurzen Phase der spanischen Revolution. Der Sieg der Franquisten jedoch restaurierte und zementierte die alte Situation großen Reichtums auf der einen und bitterer Armut auf der anderen Seite. Dies sollte sich bis zum Tod Francos und darüber hinaus für lange Zeit nicht ändern. Mit dem Erstarken der sozialen Bewegungen im post-franquistischen Spanien erstarkte jedoch auch die Bewegung der LandarbeiterInnen von neuem.

Es gründeten sich allerdings nicht nur neue, unabhängige Landarbeitergewerkschaften wie die damalige SOC (Sindicado de Obreros del Campo), um sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen:

nachdem es auch der demokratischen Regierung nicht gelang, die Landfrage für die ArbeiterInnen befriedigend zu lösen, begann sich eine regelrechte Bewegung zur Landbesetzung zu formieren. In Marinaleda begann man Ende der 1970er, Anfang der 80er zunächst in Sevilla und selbst in Madrid für die eigenen Belange zu demonstrieren. Nachdem diese Protestform nicht die erhofften Erfolge erzielte, gelang es dem Dorf 1984 erstmals durch einen Hungerstreik, an dem sich fast die Hälfte der Dorfbewohner beteiligte, dem örtlichen Großgrundbesitzer unter der Parole „Die Erde denen, die sie bearbeiten“ zunächst 240 und bald darauf 1200 Hektar Land abzutrotzen und Zugang zur für die Landwirtschaft

überlebensnotwendigen Wasserversorgung zu erlangen. Es wurden die ersten Kooperativen zur Bewirtschaftung gegründet und modernes Gerät wie Traktoren gekauft. Die Landbesetzungen und die gemeinsame Bewirtschaftung sollten jedoch nicht das einzige Phänomen des radikalen Umbruchs im Dorf sein. Stück für Stück wurde in Marinaleda ein regelrechter dörflicher Sozialismus etabliert.

Der Kollektivismus hört nicht bei der Arbeit auf

Wenngleich kollektivistische Arbeitsprozesse sicherlich einige der Alltagslasten erleichtern, hat sich oftmals gezeigt, wie sehr sich eben diese auch zu Inseln herausbilden können, die dennoch darum kämpfen müssen in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu beste-

hen. In Marinaleda ist man daher einen Schritt weitergegangen und hat nicht nur versucht, die Kollektive weitestmöglich zu integrieren, sondern Strukturen zu schaffen, die über das Arbeitsleben hinausgehen.

Einer der Grundpfeiler dieses Ausbaus, ist sicherlich die kommunale Wohnungspolitik.

So hat jeder in Marinaleda ein Anrecht auf ein eigenes Haus. Die Gemeinde stellt hierfür kostenlos sowohl das Grundstück als auch das Baumaterial. Sämtliche Arbeiten, die nach dem Gesetz nicht von Fachleuten verrichtet werden müssen, müssen selbst verrichtet, oder aus eigener Tasche bezahlt werden. Anschließend werden – so wurde es von der Bevölkerung selbst beschlossen – pro Monat fünfzehn Euro Miete in einen Fonds für die Errichtung weiterer Häuser eingezahlt. Die Häuser – im Schnitt ca. 100 m² groß – bleiben formell im Besitz der Gemeinde und können daher zwar vererbt, nicht aber verkauft werden.

Darüber hinaus gibt es in Marinaleda eigene Kinderkrippen und ein eigenes Schulzentrum, ein kommunales Schwimmbad (dessen Benutzung pro Jahr drei Euro kostet), einen großen Park mit Amphitheater sowie Sportanlagen. Der Arbeitslosigkeit begegnet man damit, dass sie durch die Kooperativen aufgefangen wird. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl kommunaler Ausbildungsprogramme für die örtliche Jugend.

Partizipative Demokratie

Auch wenn seit 1979 ein linkes Bündnis den

Bürgermeister und die Mehrheit der Stadträte stellt, sind die politischen und sozialen Errungenschaften keineswegs von oben herab beschlossen und durchgeführt worden. Wenngleich sowohl Bürgermeister als auch Stadtrat formell den Status dieser Institutionen wie in ganz Spanien innehaben, wird die Entscheidungsfindung durch Stadtteilversammlungen, die Gewerkschaft, die Vollversammlung des Dorfes sowie diverse Bürgerkomitees ergänzt. Vor diesen Versammlungen sind die offiziellen VertreterInnen rechenschaftspflichtig. Als Kontrollmechanismus gelten dabei die Kommunalwahlen, bei denen nicht wiedergewählt wird, wer die Entscheidungen der Versammlungen missachtet.

So sehr dieses Modell jedoch auch Mut geben mag und versucht mehr als eine einfache Insel zu sein, so sehr ist es wahrscheinlich, dass Marinaleda eben doch ein inselhaftes Idyll zu bleiben droht. Zwar wird Marinaledas Bürgermeister nicht müde zu betonen, dass solch ein Projekt – wenn es dort möglich war – überall möglich ist, doch scheint auch hierin zuweilen mehr der Wunsch zu sprechen, als die Realität. Denn nicht umsonst ist dies die wohl häufigste Antwort auf die Frage, ob man sich denn von außen einfach dort ansiedeln könne. So bleibt Marinaleda wohl doch für lange Zeit mehr eine – wenn auch gelebte – Utopie, denn



eine wirkliche Alternative. In manchen Dingen ist die Welt eben doch nicht (nur) ein Dorf.

Lars Röhm

Kooperieren statt Akkumulieren

Spanische Projekte finden ihren Weg aus der Staatskrise

Am Ende der Krise wird die Welt nicht mehr so sein, wie wir sie kannten; es werden sich die Regeln ändern und mit ihnen die Lebensbedingungen“, ließ es der konservative Mariano Rajoy während seiner Rede zur Amtseinführung als spanischer Ministerpräsident im vergangenen Dezember verlauten. In der Tat werden Veränderungen unvermeidbar sein, denn die aktuelle Situation wird sich

nicht verbessern. Laut des abschließenden Jahresberichts des Nationalen Statistikamtes stieg die Arbeitslosigkeit in Spanien von 8,3% im Jahr 2007 auf 21,5% im Jahr 2011.

Begierig über Erfahrungen und neue Modelle zu diskutieren, nahmen Anfang Dezember mehr als einhundert Personen an der ersten Konferenz der Alternativen Ökonomie teil, organisiert von der CNT de Villaverde,

Madrid (siehe DA Nr. 209). Aus den verschiedenen Themen entwickelten sich schließlich Diskussionsrunden über selbstverwaltete Projekte mit drei Eckpfeilern: Produktion, Konsum und Finanzen und die „Integrierte Kooperative“.

Bereits vor Beginn der Konferenz war betont worden, dass eine Kooperative keineswegs nur als eine Insel abgetrennt vom Rest der Welt funktionieren könne. Daher war es auch nicht erstaunlich, dass die dritte Diskussionsrunde, die sich den Integrierten Kooperativen widmete, die am besten besuchte war.

„Ziel ist es, von der Produktion, dem Konsum, der Verteilung und dem Austausch bis hin zu den Grundbedürfnissen wie Gesundheit, Bildung, Ernährung und Wohnen alles mit einzuschließen und so immer bessere Fähigkeiten zu entwickeln, um das herzustellen, was es zum Leben braucht“, erklärte Enric Durán, von der 2010 gegründeten Cooperativa Integral Catalana, die heute fast 1000 Mitglieder umfasst. Auf diese Weise ließe sich über die Selbstverwaltung ein Prozess der Transformation bis hin zum Ausstieg aus dem kapitalistischen System einleiten und sich dabei eine Unabhängigkeit gegenüber Staat und Banken erreichen.

In Spanien existieren heute über 50 „Ecorredes“ [etwa „Ökonomische Netzwerke“ in Anlehnung an „Soziale Netzwerke“, Anm. d. Ü.], welche teilweise Kommunalgeld oder Sozialwährungen verwenden. Diese dienen dazu, zwischen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen ausgetauschten Gütern und

Dienstleistungen einen Wert zuzuordnen. Es handelt sich um einen sogenannten multi-reziproken Tauschhandel: eine Person bittet eine andere um eine Dienstleistung oder ein Produkt und muss, um dafür zu zahlen, für irgendein anderes Mitglied der Gemeinschaft eine Aufgabe übernehmen oder ein Produkt zur Verfügung stellen. Die Währung kann virtuell oder real sein, aber sie bleibt nur ein Register für die umgesetzten Transaktionen. Mithin hat diese Währung den Vorteil, dass sie sich nicht ansparen lässt und nicht mit ihr spekuliert werden kann, so dass die Aktivität der Gemeinschaft unmittelbar belebt wird.

Die Cooperativa Integral Catalana (CIC) präsentierte eine Vertiefung in das Thema der formellen Organisation einer integralen Kooperative. Die CIC verwendet dabei die Form der „gemischten Kooperative“ von KonsumentInnen und NutzerInnen. Nach spanischem Recht ergeben sich dadurch einige finanzielle und steuerliche Vorteile für die Mitglieder. Verschuldete Personen müssen sich keine Sorgen über Pfändungen machen, da weder die Güter der Kooperative noch die seiner Mitglieder gepfändet werden können. Denkt man an die spanische Arbeitslosenquote sowie daran, dass zwischen 2008 und 2015 vermutlich eine halbe Million Familien ihr Eigenheim aufgrund ausstehender Zahlungen verlieren werden, stellt die Praxis der Kooperative durchaus eine Möglichkeit zum Neuanfang für viele Verschuldete dar.

Auch wenn zum Ende des Kongresses einige Fragen unbeantwortet blieben, wurden die Erwartungen an die Diskussion erfüllt. Dies galt nicht nur für die TeilnehmerInnen, sondern auch für die OrganisatorInnen, welche bekräftigten die Zusammenkunft im kommenden Jahr wiederholen zu wollen.

Victoria Alfonso
Übersetzung: Marcus Munzlinger

Anzeige

„Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?“



www.bekleidungs syndikat.de
fair - bio - vegan

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 1/12 u.a.:

R. Khan: »Mehr drin, als man denkt«, »Soziale« Medien und Arbeitswelten

H. Thomsen: »Mindest- (mini)lohn«, Leiharbeits-tarife – eine Geschichte verpasster Chancen?

T. Paraskevopoulos: »Griechische Statist(i)k(en)«, Plädoyer für eine andere Integration

S. Hosseini: »Revolution im Prozess«, zu gesellschaftlichen Hintergründen der »arabischen Revolte«, Teil I

○ Probelesen?! 4 Ausgaben für 10 Euro

express

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Anzeige

Widerstände vernetzen Alternativen aufbauen

Rebellisches Zusammentreffen

25. Juli - 1. August 2012 im Wendland

www.rebellisches.noblogs.org

Antifaschistisches Blatt

Info

Nr. 93 | Winter 2011/12

Rechtsterrorismus
Der Nationalsozialistische Untergrund

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzel exemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

struggle ['strʌgl]

NACHRICHTEN VON DER KLASSENFRONT

China: Streik in Stahlfabrik

Rund 2.000 ArbeiterInnen einer Stahlfabrik in Chengdu sind am 4. Januar in den Streik getreten um gegen niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren. Zudem fordern sie, dass die Managergehälter offengelegt und angehängt werden müssen. In den Protesten wurden mehrere Streikende bei Konfrontationen mit der Polizei verletzt. Die ArbeiterInnen klagen unter anderem darüber, dass die kargen Lohnsteigerungen nicht mit der hohen Inflation Schritt halten. Ermutigt von den immer zahlreicher auftretenden Arbeitskämpfen in China, die im Internet, vorbei an der staatlichen Mediensensur verbreitet werden, gingen die StahlarbeiterInnen auf die Straße. Dabei blockierten sie in einer ersten Protestaktion die nahegelegene Autobahn. Nachdem die verhafteten ArbeiterInnen wieder freigelassen wurden, wurden erste Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über die Forderungen der Belegschaft begonnen.

Senegal: Dakars Transportwesen lahmgelegt

Die TransportarbeiterInnen Senegals leiden schon seit langer Zeit unter den enormen Spritpreisen, die bei umgerechnet rund 1,30 € liegen, was eine Tankfüllung zu einem kleinen Vermögen macht. Nun wollten die Minister des Landes mit einer Transportarbeitervereinigung über diesen Zustand beraten. Im Vorfeld dieser Zusammenkunft streikten die TransportarbeiterInnen das erste Mal, als Warnung, dass dieses Treffen brauchbare Ergebnisse hervorbringen müsse. So legten die ArbeiterInnen am 2. Januar das öffentliche Leben Dakars weitestgehend lahm. Es wurden keine Lebensmittel mehr transportiert, genau so wenig wie Taxen oder Busse fahren. Dies führte dazu, dass stattdessen etliche Pferdewagen eingesetzt wurden, um die Leute zu ihrer Arbeitsstelle zu befördern. Neben einer Eindämmung der ständig steigenden Benzinpreise fordern die FahrerInnen zudem eine bezahlbare Versicherung, ein Ende der Polizeischikanen und eine bessere soziale Absicherung. Das Treffen verlief ergebnislos, weshalb der Streik ab dem 24. Januar fortgesetzt wurde. Wie bereits beim ersten Streik lag die Beteiligung in Dakar bei nahezu 100 %. Nun soll es regelmäßig Aktionen geben, bis die Forderungen der ArbeiterInnen restlos erfüllt sind.

Kenia: Bericht über grobe Menschenrechtsverstöße auf Kenias Rosenfeldern

Zum kürzlich vergangenen Valentinstag wurden wieder unzählige Rosen und andere Schnittblumen in Deutschland verkauft. Woher diese Blumen stammen, wissen nur die wenigsten. Die Importeure aus den Niederlanden sind seit Jahren kontinuierlich rückläufig. Insbesondere die Personal- und Energiekosten lassen die Konzerne die Produktion ins Ausland verlagern. So ist Kenia mittlerweile zu einem der weltweit größten Blumenexporteure aufgestiegen. Die Felder sind fest in den Händen von beispielsweise holländischen Firmen, was auch erklärt, warum Kenia für „uns“ Rosen anpflanzen muss, anstatt dringend benötigte Lebensmittel für den Eigenbedarf. Ein jüngst erschienener Bericht einer kenianischen Menschenrechtsorganisation offenbart nun, was „Rosen züchten“ im Kapitalismus bedeutet: Die zumeist weiblichen ArbeiterInnen leben in bitterer Armut, das Equal-Pay-Prinzip gilt nicht, die Arbeitsplätze sind prekär und sexuelle Übergriffe sind an der Tagesordnung. Besonders erschreckend ist die scheinbare Hilflosigkeit. So glauben 97 % der ArbeiterInnen, dass ihnen die Gewerkschaft keine Perspektive und keinen Schutz vor solchen Verstößen und Zuständen bieten kann.

Zusammengestellt von PL

Wenn der Schutzmann ums Eck kommt...

Im mexikanischen Bundesstaat Guerrero wehrt sich die indigene Bevölkerung auf eigene Weise gegen Korruption und Machtmissbrauch der Behörden: durch eine andere Polizei



Im Osten des süd-mexikanischen Bundesstaates Guerrero wurde im Oktober 1995 ein organisiertes basisdemokratisches Netzwerk – die Kommunitäre Polizei (PC) und ab 1998 die Regionale Koordination der kommunitären Autoritäten (CRAC) – zur Verbesserung der katastrophalen Sicherheitslage in den mestizisch-indigenen Gemeinden des Gebiets ins Leben gerufen. Dieser Organisationsprozess stellt heute neben den zapatistischen Gemeinden in Chiapas eines der umfassendsten Beispiele für die Ausübung der De-facto-Autonomie der kleinbäuerlich-indigenen Bevölkerungsgruppen in Mexiko dar.

Zósimo Avilés, Mitbegründer der PC, beschreibt die zuvor herrschende Situation im Interview wie folgt: „Es gab in unserer Region große Probleme. Hier herrschte die Unsicherheit. Es gab Überfälle, Vergewaltigungen, Viehdiebstahl, Morde. Die Leute wussten, wer das machte, aber sie hatten Angst. Denn das waren Leute mit Geld, unangreifbare Personen. Deswegen wurde gesagt, lasst uns organisieren, um diese Kriminalität zu bekämpfen. Wir haben uns versammelt, mit Freunden, mit den Alten, mit den Jungen, um Meinungen darüber auszutauschen, was wir machen könnten, um die Kriminalität zu bekämpfen. In mehreren Versammlungen tauchte dann der Vorschlag auf, einen Polizeikörper zu schaffen, der wirklich im Dienst der Bevölkerung stehen soll, nicht im Dienst eines Anführers oder einer Person, die Geld hat.“

Ein wichtiger Hintergrund für die enorme Gewalt ist die Armut in der Region, die durch das neoliberale Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Kanada, Mexiko und den USA seit 1994 zugenommen hat. Die staatlichen Sicherheitskräfte waren und sind häufig in kriminelle und gewalttätige Machenschaften verstrickt und wirken auf die ortsansässige Bevölkerung wie Schergen der kapitalistischen Elite, worunter nicht nur Grundbesitzer, Industrielle, Konzerne und Banken zu fassen sind, sondern auch AkteurInnen des Drogenhandels und anderer Zweige des Organisierten Verbrechens wie Menschenhandel und Entführungen. Vom Staat war keine Lösung zu erwarten, wie Avilés betont: „Die Polizei der Regierung war nur hier um Geld herauszuholen. Die Regierung kümmert sich nicht um die indigenen Gemeinden. Wir Indigenen haben auch Rechte, wir haben dieselben Rechte wie die Leute, die in der Stadt leben. Die Regierung hat überhaupt kein Interesse an den indigenen Gemeinschaften von Mexiko gezeigt. Sie lässt uns im Stich. So ist die Regierung. Es kam die PRI, die PAN, und heute wird Guerrero von der Opposition, der PRD regiert, aber auch dieser Gouverneur hilft den Indigenen nicht. Es ist traurig, diese Situation zu sehen.“

Absetzbare Polizisten

Im Gegensatz zur regulären Polizei werden die Amtsträger der PC auf Vollversammlungen ihrer Dörfer unabhängig von staatlichen Strukturen gewählt und können jederzeit

abgesetzt werden – die Angehörigen der CRAC ebenso. Sie verdienen nichts durch ihren Dienst an der Allgemeinheit und bleiben weiter in ihrer Hauptbeschäftigung tätig – in der Regel als Kleinbauern. Diese aus indigenen Traditionen stammenden Mechanismen konnten Korruption und Vetternwirtschaft weit zurückdrängen. Die gefassten StraftäterInnen werden vor der CRAC betreut, die den Prozess der „Neu-Erziehung“ festlegt – die AktivistInnen weigern sich, ihr System als „Strafe“ zu bezeichnen. Ein Freikaufen der TäterInnen ist nicht möglich. Im Gegensatz zur Staatspolizei werden materielle Entschädigungen nicht akzeptiert, was wiederum zur Verhinderung von Korruption beiträgt. Die TäterInnen schlafen nachts in bewachten Zellen und verrichten tagsüber gemeinnützige Arbeiten wie Straßen- oder Häuserbau und werden die gesamte Zeit durch intensive Gesprächskreise der CRAC begleitet, die auf die Themen Respekt, gegenseitige Hilfe und Solidarität abzielen. Nach zwei Wochen werden sie dann in die nächste Gemeinde verlegt.

Die CRAC setzt in diesem Prozess auf Versöhnung, Anwälte werden nicht akzeptiert, es wird direkt zwischen den Beteiligten verhandelt. Am Ende des Prozesses der „Neu-Erziehung“ werden Täter- und Opferfamilie zusammengerufen, um einvernehmlich zu feiern. Ausnahmen bilden Mord und Vergewaltigung, in diesen Fällen dauert die „Neu-Erziehung“ bis zu acht Jahre.

Dieses kollektiv kontrollierte Rechtssystem hat dazu geführt, dass die Kriminalität in der Region um über 90 Prozent zurückgegangen ist. Der Staat hat CRAC und PC immer wieder angegriffen, konnte die Bewegung allerdings bis heute nicht besiegen – sie ist im Gegenteil kontinuierlich gewachsen und heute in 77 Gemeinden in 13 Landkreisen im Osten Guerreros aktiv, in denen rund 100.000 Menschen leben. Der Staat ist dort keineswegs gänzlich verschwunden, doch die Basisbewegung hat eine beachtliche Parallelstruktur aufbauen können. Mexikowide ist die CRAC-PC mit vielen außerparlamentarischen linken Strukturen vernetzt, darunter mit dem Nationalen Indigenen Kongress CNI und der „Anderen Kampagne“, einer Linksalianz, die 2005 von der EZLN angestoßen wurde.

Integraler Ansatz und drohende Schwächung

Der Organisationsprozess geht längst über den Sicherheitsbereich hinaus, wie die PC anlässlich ihres 16jährigen Jubiläums im Oktober 2011 betonte: „Im Laufe der 16 Jahre des Kampfes haben wir gelernt, dass es nicht ausreicht, die Unsicherheit um circa 98 Prozent gesenkt zu haben, da die Probleme, die sie hervorrufen, weiterhin präsent sind. Unsere Region leidet unter einem niedrigen Niveau von wirtschaftlicher, sozialer und bildungsbezogener Entwicklung und immer noch stechen die extreme Armut, die Diskriminierung und die Ernährungsunsicherheit hervor. Deswegen haben wir entschieden, unseren Kampf zu diversifizieren und seit

2007 unternehmen wir Schritte, um ein Projekt integraler Entwicklung aufzubauen, in dessen Rahmen wir, ausgehend von unseren Möglichkeiten, für Gesundheit, Bildung, Ernährungssicherheit und Gleichheit der Geschlechter sorgen.“

Besorgniserregend ist jedoch eine jüngere Entwicklung innerhalb der PC, da ein Flügel über eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Regierung nachdenkt. Diese Strömung der PC gibt zu bedenken, dass die Bereitschaft zur unbezahlten Gemeinschaftsarbeit als autonomer Richter oder Polizist durch die zunehmende Monetarisierung des Alltagslebens sinkt und das staatliche Zuwendungen letztendlich die Autonomie stärken könnten, da die PC so effizienter arbeiten könnte. Die andere Strömung warnt hingegen genau davor, weil dadurch im Gegenteil eine größere Abhängigkeit vom Staat entstehen und die Autonomie geschwächt würde. Die radikale Fraktion strebt nach einer Selbstregierung und einer autozentrierten Entwicklung der Gemeinden – vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Medien, Ernährung und Frauenrechte –, wie auch die zapatistischen Gemeinden in Chiapas. Bisher ziehen beide Fraktionen an einem Strang, aber die internen Debatten gehen weiter und die politische Klasse Mexikos verfügt nicht nur über jahrzehntelange Erfahrungen im Bereich Repression, sondern auch im Aufsaugen von gespaltenen sozialen Basisbewegungen ins politische System.

PC und CRAC als Exportmodell?

Uns als in Deutschland lebenden Menschen mag das alles sehr seltsam vorkommen. Und was hat dieser Artikel überhaupt in einer anarcho-syndikalistischen Zeitung zu suchen? Nun, es geht um Selbstorganisation von unten und in Ost-Guerrero war die Unsicherheit das größte Problem der Bevölkerung. Es gibt in der BRD kein Organisationsniveau, das dem der organisierten indigenen Gemeinden Südwestmexikos auch nur entfernt gleichen würde. Die Situation ist vollkommen verschieden und die Organisation von „Sicherheit“ klingt in Deutschland gleich nach „Bürgerwehr“ mit rechtsautoritärer Orientierung. Doch wer kann es den Menschen in Guerrero verübeln, dass sie sich gegen den Klüngel von Mafias, lokalen Machthabern, Gewalttätern, Polizisten und Militärs bis hin zu rücksichtslosen Großkonzernen – vor allem Bergbauunternehmen – organisieren, um mehr Ruhe in ihre Gemeinden zu bringen? Das ist Selbstorganisation entlang der aktuellen eigenen Bedürfnisse. Die Ausweitung der autonomen Sicherheitspolitik auf andere Lebensbereiche gibt Hoffnung, dass dieses emanzipatorische Experiment weiter in der Lage sein wird, die De-facto-Autonomie auszubauen. Copy + Paste ist wie im Falle des real existierenden Zapatismus in Chiapas ein falscher Ansatz, doch Inspiration bietet auch dieses soziale Experiment mit Massenbasis.

Luz Kerkeling, Mexiko-Stadt
www.policocomunitaria.org

Anzeige

Bankrott von Staat und Bewegung?

Wie sich in Griechenland Proteste gerade jenseits von traditionellen politischen Linien formieren

Auf dem Höhepunkt der Agonie. So lässt sich die Stimmungslage der politischen Landschaft und griechischen Gesellschaft beschreiben. Bis zum Treffen der Eurogroup in der zweiten Februarwoche müssen neue Sparbeschlüsse gefasst werden. Das sogenannte zweite Rettungspaket in Höhe von 145 Milliarden Euro wird nur freigegeben, wenn zuvor die von der Troika geforderte weitere Kürzung der Löhne und Renten um 25 % und die dramatische Herabsetzung des Mindestlohns vom Parlament verabschiedet wurde. Die nun seit zwei Jahren gegen die Bevölkerung durchgesetzte ökonomische Schocktherapie, mit der vorgeblich die „griechische Schuldenkrise“ bekämpft wird, hat dazu geführt, dass die Schulden des Staates, die sich 2009 auf 140 Milliarden Euro beliefen bis Ende 2014 auf geschätzte 400 Milliarden Euro angestiegen sein werden.

Diese Realität hat die Handelnden aus EU, EZB, IWF und griechischer Regierung inzwischen zu dem Eingeständnis genötigt, die bisher verfolgte Politik habe versagt. Allerdings nur, um die griechische Bevölkerung für den Misserfolg zu bestrafen und künftig durch noch brutalere Sparprogramme dafür bluten zu lassen.

Die Abwesenheit der Linken

Durch das Dilemma: „Entweder ihr geht pleite und fliegt aus der EU oder ihr leiht euch die 145 Milliarden zu Bedingungen, die wir diktieren“, wird mit dem erpresserischen Motiv, das alle Debatten der letzten beiden Jahre bestimmte, versucht, erneute Unterwerfung zu erzwingen. Alle Erpressungen, die Propaganda, die korrupte Gewerkschaftsbürokratie mit ihren kontrollierten Streiks und perspektivlosen Demonstrationen haben, zusammen mit der brutalen staatlichen Unterdrückung, in der Masse der Bevölkerung zu einem Klima des Aufgebens und der Hoffnungslosigkeit geführt. Ein Einwirken auf oder gar ein Verändern der zentralen politischen Leitlinien erscheint den meisten unmöglich. Erfolglos versuchte die Linke mit all ihren sektiererischen Spaltungen und ideologischen Verkünderungen die Masse zu führen und eine Front des Umsturzes gegen die Spardiktate zu formieren. Obwohl die „objektiven Bedingungen“, was Ausbeutung und Unterdrückung betrifft, gegeben sind, ist dies vor allem aus zwei Gründen nicht gelungen. Zum einen fehlte jeglicher positiver Ausblick. Die Linke schürte einzig die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und baute ausschließlich auf die Umwandlung dieser Unzufriedenheit in kommende Wahlerfolge. So bei den Platzbesetzungen des Sommers und zuletzt

bei der von Papandréou im November 2011 kurzzeitig ins Spiel gebrachten Idee des Volksentscheids, als die Linke zur Rettung des Systems stattdessen Neuwahlen zum Ziel erklärte.

Zum anderen durch die Abwesenheit einer Kultur der Autonomie und tatsächlichen Emanzipation in der griechischen Widerstandsbewegung. Leider hat es in all den Jahren sowohl die radikale Linke als auch die anarchistische Bewegung nur in Einzelfällen geschafft kommunale Projekte, kollektive Strukturen, autonome Basisgewerk-

massenhafte Zahlungsverweigerung der Autobahngebühr, der Tickets des öffentlichen Nahverkehrs, der Einkommenssteuer und der vor vier Monaten eingeführten Sondersteuer auf Hausbesitz. Diese, von allen mit dem türkischen Wort „charátsi“ – einer Kopfsteuer für die griechische Bevölkerung während des Osmanischen Reichs – bezeichnete Abgabe, wird nach Quadratmeterzahl auf privaten Wohnungsbesitz erhoben (über 80 % der GriechInnen wohnen im eigenen Haus) und ist in die Stromrechnung integriert. Wer nicht bezahlen kann oder will, soll den

und Athen eröffnet. Seit 4.2.2012 ist das Krankenhaus der nordgriechischen Provinzstadt Kilkis von der Belegschaft besetzt und wird in Selbstverwaltung betrieben. Hausbesetzungen, Umsonstbuzare und Nachbarschaftsversammlungen finden inzwischen ständig statt. Die „Bewegung 136“, bestehend aus BürgerInnen Thessalonikis, Gewerkschaftern der Wasserwerke und BewohnerInnen des Dorfes Arabisós, auf dessen Grund sich die Trinkwasserquellen der Stadt befinden, versuchen die Privatisierung der Wasserwerke zu verhindern, um sie über ein



Fronttransparent einer anarchistischen Demonstration am 4.2. in Athen: Gegen das Dilemma „Einwilligung oder Pleite“ – Gegenangriff von Gesellschaft und Klasse.

schaften und politische Autonomie zu kreieren. Wo dies gelang – in besetzten Häusern und Kollektiven – herrschen oft Ideologien oder antigesellschaftliche Einstellungen vor.

Das neue Subjekt und die lautlose Bewegung

Dennoch bewegt sich etwas in eine revolutionäre Richtung. Und zwar deshalb, weil die griechische Gesellschaft erstmals in ihrer Geschichte befreit von kapitalistischer Phantasterei oder linker Bevormundung beginnt, sich angesichts der Armut und des Unglücks mit viel Phantasie selbst zu organisieren. Ein fast lautloser gesellschaftlicher Wandel geht von den abgehängten Rändern der Gesellschaft aus, ohne Schlachtengetümmel, riesigen Demonstrationen oder steigenden Mitgliederzahlen in linken Parteien. Ein Phänomen des politischen Ungehorsams durch

Strom abgestellt bekommen. 250.000 Haushalte, teilweise ganze Dörfer, haben bisher die Zahlung verweigert, der Staatsapparat die ersten 50.000 Aufträge zum Kappen der Stromversorgung erteilt. Hunderte von Vollversammlungen im ganzen Land bereiten sich darauf vor, genau das zu verhindern oder im Falle der Stromabschaltung den betroffenen Haushalt wieder ans Netz anzuschließen. Solche Aktivitäten, auch wenn sie von linken und anarchistischen Organisationen unterstützt werden, sind unideologisch und politisch unabhängig. Ähnlich wie große Landbesetzungen in Athen und Thessaloniki, wo gemeinsam biologisches Gemüse angebaut und über food-coops verteilt wird.

„Soziale Krankenstationen“ in denen Flüchtlinge, Obdachlose und Arme umsonst behandelt werden, haben linke und anarchistische ÄrztInnen 2011 in Thessaloniki

Genossenschaftsmodell zu vergesellschaften.

Wie gefährlich all die kollektiven Schöpfungen der kapitalistischen Krise für Staat und Kapital sind, verdeutlicht ein Erlass der griechischen „Regierung der nationalen Einheit“ aus sozialdemokratischer Pasok, konservativer Nέα Dimokratia und rechtspopulistischer, christlich-fundamentalistischer Laós, vom Januar. Er verbietet die Essensausgabe – wie Suppenküchen für Bedürftige – die von Privatpersonen oder Initiativen organisiert wird. Um den staatlichen Zugriff zu garantieren und weitergehende Selbstorganisationsprozesse zu verhindern, soll nur der orthodoxen Kirche und staatlich anerkannten NGO's solcherart Wohltätigkeit erlaubt sein.

Thónos Georgilás, Thessaloniki
Ralf Dreis, FAU-Frankfurt

Wird Apo jetzt APO?

Linke AktivistInnen diskutieren die neuen Konzepte der PKK

Die Definition von „Selbstorganisation“ ist weltweit Gegenstand politischer Auseinandersetzungen innerhalb der kapitalismuskritischen Linken – so auch auf dem Kongress „Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch“, der Anfang Februar in Hamburg stattfand.

Für so einige mag es eine falsche Wahl gewesen sein, dass ausgerechnet der für seine oftmals zu polemischen und einseitigen Äußerungen im Nahostkonflikt bekannte – zumal in seiner Funktion als außenpolitischer Sprecher der Partei „Die Linke“ bis 2009 – emeritierte Professor Norman Paech die Eröffnungsrede hielt. Doch ohne die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung hätte der Kongress wohl nie stattfinden können, und so war der Auftritt möglicherweise auch ein

Zugeständnis an die Geldgeber gewesen. Die Rede Paechs kam dann auch ohne größere Abschwefelungen zum Wesen des Imperialismus als dominierendem Erklärungsansatz für die vielfältigen Probleme, die im Rahmen des Kongresses angesprochen werden sollten, aus, was durchaus zu befürchten gewesen wäre. Stattdessen thematisierte Paech in erster Linie den Zusammenhang vom Ausbau der staatlichen Repressionsorgane in Deutschland, der EU und der Türkei und der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise und kennzeichnete diesen Zusammenhang als die Angst der Herrschenden vor den unkontrollierbaren politischen Folgen der sich verschärfenden sozialen Verhältnisse weltweit.

Der Stichwortgeber: Abdullah Öcalan

Das in der letzten Ausgabe der DA bespro-

chene Buch *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* von Abdullah Öcalan und das in ihm sowohl geschichtsphilosophisch wie auch gesellschaftstheoretisch formulierte Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“ waren von den Veranstaltenden ins Zentrum des Kongresskonzeptes gestellt worden. Zum einen sollte der aktuellen Lage der kurdischen Bewegung wieder größere öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden, zum anderen ging es um so etwas wie einen konstruktiven Internationalismus: Die staatskritische Philosophie und basisdemokratische Praxis des „Demokratischen Konföderalismus“ wurde auf Anknüpfungspunkte verschiedener linker Theorien und Bewegungen überprüft. In der verlesenen Verteidigungsschrift Öcalans von 2011 gegenüber der türkischen Justiz setzte sich dieser mit der Opposition von Individualität, und auf ihr aufbauend auch Kollektivität, gegenüber dem Staat auseinander: der Staat entmündigt das Individuum. Nur wenn dies erkannt werde, sei tatsächliche Demokratie möglich, als Mittel zu einem aufgeklärten, selbstbestimmten Prozess der Vergesellschaftung in selbstorganisierten Strukturen. Dieser Bezug auf das Individuum ist eine qua-

litative Erweiterung der Gedanken aus *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* und zielt im Wesentlichen auf die bereits dort artikulierte Kritik am Marxismus-Leninismus ab. Öcalan bekräftigt nochmals, dass die Zentralisierung der Macht in einem Staatsapparat vor allem die Macht der Gemeinschaften zwecks Hege-monie der kapitalistischen Wirtschaftsweise gebrochen hatte, und jede Form von Sozialismus sich folglich nur jenseits des Staates entfalten könne.

„Selbstorganisation“ – Mittel der Transformation

Für Öcalan stellt sich also die Frage der Selbstorganisation als Gesellschaftsform. Janet Biehl, Bookchin-Biographin und langjährige Wegbegleiterin des libertären US-Theoretikers, arbeitete die Bezugnahmen Öcalans auf Bookchin heraus. Dabei stach vor allem der Aspekt des Kommunalismus hervor, die Reduktion der gesellschaftlichen Komplexität auf überschaubare Räume, in denen sich die Produktionsmittel gemeinschaftlich angeeignet werden.

Marcus Munzlinger

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)

Allgemein: Eine neue Arbeitsreform

Die CNT mobilisiert gegen die von der spanischen Volkspartei PP durchgesetzte und von Brüssel absegnete neue Arbeitsreform. Mit Hilfe dieser Reform wird es Arbeitgebern künftig noch leichter gemacht Angestellte zu entlassen; Abfindungszahlungen entfallen nahezu gesamt. Die Maßnahmen sind ein deutliches Zeichen der Regierung an die CEOE, dem Verband der spanischen Arbeitgeber. Zu den drastischen Einschnitten der Reform zählen unvermittelte Gehaltssenkungen, Senkung der Abfindungszahlungen auf 33 Tage, Massenentlassungen ohne Zustimmung des Arbeitsministeriums und im ersten Beschäftigungsjahr ist es Arbeitgebern zukünftig gestattet den Angestellten nach 9 entschuldigten Krankheitstagen zu entlassen.

Bilbao: CNT gegen Panda Security

Seit dem Jahr 2008 feuerte das Unternehmen Panda rund 250 ArbeiterInnen. Gegen Ende des Jahres 2011 gab es den Versuch mit Hilfe unlauterer Tricks weitere 130 ArbeiterInnen auf die Straße zu setzen. Die CNT hat dem vorerst einen Riegel vorgeschoben. Sie reichte bei der baskischen Regierung eine Beschwerde ein, woraufhin die Massenentlassung vorerst aufgehoben wurde. In diesem Konflikt hat die CNT erneut deutlich gemacht, wie man ohne staatliche Zuschüsse, mit Hilfe einer guten gewerkschaftlichen Strategie vor Gericht und der Priorität auf Solidarität und direkte Aktion, die Rechte der ArbeiterInnen durchsetzen kann.

Lebrija: Massenentlassungen in Ruiz Dorantes

Die CNT eröffnete einen Konflikt um Arbeitsstellen im zweistelligen Bereich. Das in Lebrija angesiedelte Unternehmen Ruiz Dorantes hat einen Plan zur Massenentlassung vorgelegt, der nahezu die ganze Belegschaft betrifft. 85 % der entlassenen ArbeiterInnen gehören dem CNT-Syndikat des Unternehmens an. Nach Einschätzungen der CNT gilt dieser Angriff allein dem aktiven Syndikat, zu deren Erfolgen die Durchsetzung eines Tarifvertrages und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gehört.

ZSP (Polen)

Warschau: Entlassung bei Roche

Nach der ungerechtfertigten Entlassung eines Genossen durch den Pharmariesen Roche initiiert die ZSP eine Kampagne gegen Scheinselbstständigkeit, was in Polen inzwischen zu einem ernsthaften Problem auf dem Arbeitsmarkt geworden ist. Scheinselbstständige UnternehmerInnen sind beitragspflichtig wie ArbeitgeberInnen und ihnen entfallen langfristige Vergünstigungen. Die ZSP kämpft nicht nur für die Wiedereinstellung des entlassenen Genossen, sondern ebenso für die Anerkennung seines Status als Angestellter des Unternehmens und die Rückerstattung aller ihm entgangenen Zahlungen.

Wirtschaft und Demokratie gemeinsam denken

„Selbstverwaltung“ war immer eine der Hauptforderungen und Herausforderungen der Arbeiterbewegung – ein Überblick über Theorie und Praxis

Anmerkungen

- [1] Rocker, Rudolf 1925: *Der Kampf ums tägliche Brot*. Berlin. S.15 f.
- [2] Eisenberg, Christiane 1985: *Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften*. Bonn. S. 36-39.
- [3] Landauer, Gustav 1895: *Ein Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse*. Berlin. S. 10-15.
- [4] Hoffrogge, Ralf 2011: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*. Stuttgart. S. 140.
- [5] Korsch, Karl 1969: *Schriften zur Sozialisierung*. Frankfurt a.M. S. 55.
- [6] Rübner, Hartmut 1994: *Freiheit und Brot*. Berlin/Köln. S. 178.
- [7] *Der Syndikalist* 1921, zit. n. Rübner 1994, S. 179.
- [8] Rübner 1994, S. 183
- [9] Korsch 1969, S. 119.
- [10] Korsch 1969, S. 121.
- [11] Naphtali, Fritz 1966: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Frankfurt a.M.
- [12] Rocker, Rudolf 1927: *Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse*. Berlin.
- [13] Kanzleiter, Boris 2011: *Die „rote Universität“*. *Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964 – 1975*. Hamburg.
- [14] Negt, Oskar 1989: *Die Herausforderung der Gewerkschaften*. Frankfurt a.M./New York. S. 125.
- [15] Neumann, Arndt 2008: *Kleine geile Firmen*. Hamburg. S. 7.
- [16] Notz, Gisela 2011: *Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre*. S. 144. In: Kinner, Klaus (Hg.) 2011: *Linke zwischen den Orthodoxien*. Berlin. S. 144-158.
- [17] Notz 2011, S. 149.
- [18] Zeller, Christian 2010: *Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Aneignung*. S. 14. In: *SoZ* 2/2010. S. 12-24.
- [19] Zeller 2010, S. 15.
- [20] Zeller 2010, S. 15.
- [21] Demirovic, Alex 2009: *Rätedemokratie oder das Ende der Politik*. S. 24. In: *ProKla* 155/2009. S. 2- 28.

In ihrer Forderung nach mehr Demokratie scheint sich die Arbeiterbewegung kaum von anderen Emanzipationsbewegungen zu unterscheiden. Der entscheidende Punkt aber ist, diese nicht nur auf politischer Ebene zu verlangen, zu erkämpfen oder einfach zu machen, sondern auch auf einer wirtschaftlichen – bzw. diese Trennung zwischen politischer und wirtschaftlicher Ebene schlicht nicht zu akzeptieren.

Das Wirtschaftliche selber gemeinsam zu organisieren – so lässt sich „Selbstver-

kratisch ist das nicht. Die anarchistischen Bewegungen folgerten daraus logisch, dass eine Emanzipation durch politische Parteien und parlamentarische Betätigung immer unvollständig bleiben muss, da diese Institutionen das Privateigentum schützen.

In diesem Sinne experimentierten bereits die Frühsozialisten Anfang des 19. Jahrhunderts mit genossenschaftlichen Projekten: Robert Owen realisierte ab 1825 mehrere Produktivgenossenschaften in den USA, Charles Fourier begründete assoziative Lebens-

also schlicht eine zu starke Klassenmacht der Kapitalisten – zweitens kritisierte er aber auch die Berufung auf die Identität „Arbeiter“. ⁴ Stattdessen betonte er die Rolle des Konsums: Sei dieser selbstverwaltet, könnten damit einerseits Streiks gestützt und Boykotte durchgeführt werden, andererseits sei man nicht mehr von der kapitalistischen Produktion abhängig. Landauer selber engagierte sich in der Berliner Genossenschaft „Befreiung“.

Sozialisierung und Syndikalisierung

Landauer war mit seinem Konzept des „Austretens aus dem Kapitalismus“, letztlich ebenso wenig ein Freund von Gewerkschaften wie Lassalle. Überspitzt könnte man Lassalles Position zu den frühen Gewerkschaften mit Landauers Position zum Anarchosyndikalismus vergleichen. Insofern wundert es wenig, dass die FAUD die durch AnarchosyndikalistInnen in Düsseldorf nach Landauerschem Vorbild gegründete Siedlung „Freie Erde“ skeptisch betrachtete. Sowohl mit den traditionell marxistischen Strömungen in USPD und KPD wie auch mit den rätekommunistischen und unionistischen Organisationen KAPD und AAU teilten die AnarchosyndikalistInnen ein Weltbild der Industrialisierung – die romantische Siedlungsgenossenschaft auf dem Lande schien dem akuter werdenden Arbeiterkampf in Zechen und Fabriken doch allzu fern.

Es ging den AnarchosyndikalistInnen der FAUD nicht um den Austritt von Einzelnen aus dem System, sondern um die Revolution als radikale Umwälzung. In diesem Rahmen wurde „ArbeiterSelbstverwaltung“ als Debatte über die Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19 in Deutschland bestimmendes Thema. Hier ging es nun nicht mehr um die Frage eines Austritts – eben nicht nur aus dem Kapitalismus, sondern auch aus der Gesellschaft – sondern um die zukünftige kollektive Organisation der Gesellschaft und ihrer Ökonomie. Den rätekommunistischen und den anarchosyndikalistischen TheoretikerInnen stellte sich diesbezüglich auch die Frage, wer denn nun eigentlich Arbeiter sei. Im Rahmen der (vorübergehenden) Sozialisierung von Betrieben wurde das Klischee des klassischen Proletariats tendenziell überwunden und eine Einheit von Hand- und KopfarbeiterInnen beschworen. Die Erfahrung der Selbstverwaltung durch Arbeiterräte machte deutlich, dass für eine solche Selbstverwaltung Ingenieure, Techniker, Buchhalter und Wissenschaftler notwendig sind. Die rätedemokratische Debatte ging über die betriebliche Selbstverwaltung hinaus, es ging auch um die Koordination der Produktion und Konsumtion – erst dadurch wurde die Selbstverwaltung auch zur Sozialisierungsperspektive. Für Karl Korsch war die syndikalistische Perspektive der Sozialisierung bereits 1919 die konstruktivste.⁵

Genossenschaftliche Projekte beäugte die FAUD dagegen skeptisch aufgrund der überwältigenden sozialdemokratischen Übermacht in diesem Sektor.⁶ Die ADGB-nahe genossenschaftliche Produktion der GEG strotzte vor Kraft mit 58 Produktionsbetrieben auf dem Reichsgebiet. In Fleischkonserven z.B. war sie führend, u.a., weil sie im Ersten Weltkrieg das deutsche Militär belieferte hatte. Das erklärt sicherlich das harsche Urteil der FAUD, nach dem „Konsum-Genossenschaften nichts anderes sind und sein können, als ein streng zentralisiertes, bürokratisches Reforminstrument, das nur dazu benutzt werden kann, die Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Gebiete des Warenumsatzes einzudämmen“.⁷

Erst in den späten 1920er Jahren besann sich die FAUD angesichts ihrer Mitglieder-schwäche auf genossenschaftliche Konzepte unter dem Schlagwort des „konstruktiven Sozialismus“ auch mit Bezug auf Landauersche Konzepte. 1929 gründete sich eine „Freie Wirtschaftliche Arbeiterbörse“ in Krefeld, weitere explizit anarchosyndikalistische Genossenschaften existierten in Düsseldorf, Sömmerda und Viersen, ein „Großprojekt“ war die Gilde freierlicher Bücherfreunde. 1931 formulier-

te Gerhard Wartenberg in *Der Syndikalist* ein explizit anarchosyndikalistisches Genossenschaftsprogramm, basierend auf ein „dreigeteiltes System aus Räten, Gewerkschaften und Genossenschaften“.⁸

Dennoch: Das Konzept einer Syndikalisierung der Produktionsmittel setzte die Enteignung der Unternehmer voraus. „Arbeiterkontrolle“ war stets verbunden mit der syndikalistischen Kampfmethod schlechthin: dem Streik. Der Arbeiterkontrolle sollte die Organisation am Arbeitsplatz vorausgehen, der ArbeiterSelbstverwaltung die Selbstermächtigung im kapitalistischen Betrieb.

Die erste spezifisch anarchosyndikalistische Kollektivierung war selbstverständlich das Experiment während der Spanischen Revolution 1936/37. Hier wurde, so Karl Korsch 1939, gemeinwirtschaftliche Produktion erstmals „in größerem Maßstab erprobt“.⁹ Das Besondere an der spanischen Kollektivierung war nicht nur die geographische Ausbreitung, sondern die erfolgreiche Kollektivierung von Landwirtschaft und Industrie sowie vor allem, dass sie von den ArbeiterInnen selber ausging: „Die für diese Aufgabe seit langen Jahren [...] ausgiebig vorbereitete syndikalistische und anarchistische Arbeiterbewegung Spaniens wusste über ihre eigenen ökonomischen Ziele Bescheid und hatte über die ersten praktischen Schritte zur Erreichung dieser Ziele im Ganzen eine viel realistischere Vorstellung als sie die sogenannte ‚marxistische‘ Arbeiterbewegung im übrigen Europa in ähnlichen Situationen zeigte“.¹⁰

Nichtsdestotrotz sind die kritischen Anmerkungen Michael Seidmanns (siehe den Artikel von Ludwig Unruh auf S. 8) durchaus zu bedenken. Auch die AnarchosyndikalistInnen waren Kinder ihrer Zeit. Wenn Diego Abad de Santillan 1933 den Taylorismus im Sinne einer ArbeiterSelbstverwaltung für brauchbar hielt, so war er damit nicht alleine: Auch das von Fritz Naphtali 1928 für den ADGB entworfene Programm einer Wirtschaftsdemokratie¹¹ ging von ähnlichen Voraussetzungen aus. Rudolf Rocker hatte diese Rationalisierungstendenzen allerdings schon 1927 kritisch betrachtet.¹²

„Große“ Entwürfe

Eines der größten staatlichen Konzepte einer „ArbeiterSelbstverwaltung“, das auch in der libertären Linken breit rezipiert wurde, war der „dritte Weg“ der jugoslawischen Föderation. Die Tradition dieses alternativen Staatssozialismus war durchaus anarchistisch geprägt: Staatspräsident Josip „Tito“ Broz war in seiner Zeit als Wanderarbeiter in Deutschland 1910/1911 eng vernetzt mit russischen AnarchistInnen, viele der PartisanInnen auf jugoslawischem Gebiet hatten zuvor in Spanien gekämpft und die anarchosyndikalistischen Konzeptionen kennengelernt.

Zumindest auf dem Papier war die „ArbeiterSelbstverwaltung“ Jugoslawiens so fortschrittlich, dass die Belgrader Studierenden 1968 global die einzigen waren, die nicht gegen, sondern für die Verfassung kämpften.¹³ Ihre Forderung war die Realisierung des Programms des regierenden Bundes der Kommunisten. Die Konzeption der Belgrader 1968er wirkte wiederum zurück auf den Ursprung der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung – Belgrad war 1968 Reiseziel und Inspiration auch für ältere AnarchosyndikalistInnen aus dem Westen.

Das jugoslawische Konzept scheiterte letztlich an zwei Aspekten: Die recht lax gehandhabte Möglichkeit der Finanzierung selbstverwalteter Projekte führte zu einer Schuldenkrise und letztlich in den 1980er Jahren zu einer Abhängigkeit von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, die die Föderation in die separatistischen Kriege der 1990er Jahre beförderte. Zweitens ging die Arbeiterselbstverwaltung mit einer weitgehenden regionalen Autonomie einher, die seit den frühen 1970ern ethnisch begründet wurde: Einerseits wurde angeblich ethnisch homogenen Bevölkerungsgruppen die politische Selbstverwaltung zugesagt, andererseits wurden die



Kollektivarbeit heute: T-Shirt-Druck im Münsteraner Genossenschaftsbetrieb „Fairdruck eG“

tung“ kurz und bündig beschreiben. Damit geht die Problematisierung eines recht konsensualen Ziels aber erst los. Das „Verlangen“ nach wirtschaftlich-demokratischer Teilhabe kann bedeuten, für entsprechende Gesetze einzutreten, wie in einer Mitbestimmungsgesetzgebung mit Betriebsräten und der Beteiligung von ArbeiterInnen in Aufsichtsräten, das „Erkämpfen“ kann die Übernahme von Staatsmacht beinhalten oder die Ersetzung des Staates durch Räte- und Gewerkschaftsstrukturen, das „Einfach machen“ kann die Existenz einzelner Genossenschaften im Kapitalismus bedeuten oder auch ein genossenschaftliches System, das die bisherige Produktions- und Handelsweise ganz ersetzt.

All diese Konzepte wurden in den letzten 200 Jahren entworfen, kontrovers diskutiert und auch ausprobiert. Ein Überblick über diese Experimente muss fragmentarisch bleiben.

Frühe Kollektivierungsexperimente

Allen sozialistischen Entwürfen – anarchistischen, wie autoritären – ging es in der Theorie immer darum, ein kooperatives Gemeinwesen herzustellen. Einig sind sich die verschiedenen Strömungen ferner darin, dass das Privateigentum, zumindest an den Produktionsmitteln, diesem Ziel entgegensteht. Der Widerspruch ist deutlich: Hier wird etwas von vielen produktiv bearbeitet, was nur wenigen gehört. Demo-

Arbeitsgemeinschaften und Pierre Joseph Proudhon gründete 1849 eine „Volksbank“, die zinslose Kredite an ArbeiterInnen vergeben sollte.

Die beiden „Klassiker“ des Anarchismus Michail Bakunin und Peter Kropotkin ließen sich für solche Experimente von den Organen der russischen Bauerngemeinde inspirieren: Dem *Mir* als gemeinsamer Verwaltung, der *Obschtschina* als gemeinsam bewirtschaftetem Land und dem *Artel* als genossenschaftlich organisiertem Handwerk. In seiner *Gegenseitigen Hilfe* war Kropotkin das *Artel* ebenso Vorbild einer genossenschaftlichen Zukunft wie die mittelalterlichen Gilden und Zünfte.

In Deutschland dagegen fand das Genossenschaftswesen etwa gleichzeitig Fürsprecher aus den Reihen der frühen Sozialdemokratie: In Abgrenzung zu Marx formulierte Ferdinand Lassalle das „eherne Lohngesetz“, das besagte, dass Löhne immer nur um das Existenzminimum schwanken würden.¹ Gewerkschaftlicher Lohnkampf war daher für Lassalle keine Option – seine Alternative waren Produktionsgenossenschaften, in denen der Widerspruch zwischen Arbeitslohn und Unternehmerrückgewinn aufgehoben sein sollte. Für Lassalle war es Aufgabe des Staates, solche Genossenschaften zu unterstützen.²

Ein „Gründungsboom“ von Genossenschaften fand allerdings erst um die Jahrhundertwende statt, als die Lassallesche Richtung ihren Einfluss auf die Arbeiterbewegung schon an den Marxismus verloren hatte. 1894 gründete sich die Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Consumvereine (GEG). 1910 erkannte die SPD auf ihrem Magdeburger Parteitag die Konsumgenossenschaften – neben Gewerkschaft und Partei – als „dritte Säule der Arbeiterbewegung“ an und forderte ihre Mitglieder zur Teilnahme an diesen auf.

Die weitergehende anarchistische Variante dieses Genossenschaftsentwurfs finden wir bei Gustav Landauer. Landauer ging es um gleichzeitige kollektive Produktion, Konsumtion und gemeinsames Leben. Gegenüber dem Klassenkampf war Landauer skeptisch, erstens sah er, dass Streiks auch verloren werden können³ – konstatierte

Anzeige

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Wohne- und Arbeitsbedingungen 1941, Gewerkschaften vor Moskau, Belgien

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE Kultur der Kooperation - Eine weltweite Bewegung, Teil 2: Die Soziale Solidarische Ökonomie in der Wirtschafts- und Finanzkrise - Konzepte: Gibt es ein richtiges Leben im falschen? - Forum Solidarische Ökonomie: Das Forum zum Forum machen - Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Berlin: Über das Scheitern von Vernetzungsversuchen - Brasilien: Genossenschaftsgründung als Bildungsprozess - Kritischer Blick auf

SÖ in Brasilien **STUTTGART21** Eingebettete JournalistInnen: Pure Machtdemonstrationen - Der Widerstand geht weiter: Souverän und oben bleiben **MEDIEN** Autonome Stadtzeitung Düsseldorf: TERZ 2.0 oder ... auf die nächsten 20 Jahre - LIMA 2012: Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht **ZENTREN** Paris: Collectif Centre-Culturel **FOOD COOP** Denn man ist, was man isst! **GEMEINGUTER** Kampagne zum Stopp weiterer Privatisierungen: 12 Jahre PPP – eine Katastrophe **GENO** Arbeitgeber-zusammenschlüsse **n.v.m.**

Archiv-CD.4 mit **•BUNTE SEITEN 2012•**
siehe www.contraste.org/aktiv-01.htm

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
(Es werden automatisch und muss nicht getätigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Einfachmarken/Bankübertrag)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
Probieren: www.contraste.org

unterschiedlichen ökonomischen Gewinne innerhalb der Föderation umverteilt – etwa vom reichen Slowenien in das verarmte Kosovo. Diese parallelen Prozesse führten, geschürt durch Medien und Politik, zu einem ethnisierten „Sozialneid“, auf den in den 1980er Jahren eine nationalistische Strategie gegen die aufkommenden Arbeiterunruhen aufbauen konnte. Momentan am erfolgreichsten im Sinne des gesetzten Ziels ist unzweifelhaft das Projekt der ZapatistInnen in Chiapas/Mexiko. Selbst wenn man problematische Aspekte sieht, ist festzuhalten, dass hier auf einer Fläche etwa der Größe Bayerns seit über eineinhalb Jahrzehnten eine politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung ohne die Beteiligung des Staates leidlich funktioniert – und das interessanterweise von den „Subjekten“, von denen der orthodoxe Marxismus immer bezweifelt hat, dass sie dies könnten: Kleinbauern und -bäuerinnen vor dem Einsetzen kapitalistischer Entwicklung. Ähnlich, wie für Bakunin und Kropotkin der russische *Mir* und das *Artel* als Keimzelle einer revolutionären Entwicklung zur Selbstverwaltung eine wichtige Rolle spielten, so war und ist dies für die ZapatistInnen das *Ejido*, die seit dem frühen Kolonialismus traditionelle Form des Gemeinlandes, das gemeinsam und individuell bewirtschaftet werden kann. Die geplante Abschaffung des entsprechenden Artikels 27 aus der Verfassung Mexikos im Zuge des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) war eines der Motive für den Beginn des Aufstands der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN.

Aber nicht nur im Ostblock oder in revolutionären Großprojekten blieben die Ideen von Genossenschaften und Selbstverwaltung erhalten: Obwohl zunehmend verwässert, waren auch die Gewerkschaften des DGB hier noch lange aktiv. Endgültig verabschiedete sich der DGB aus der Gemeinwirtschaft in den 1980ern. Nach vorangegangenen Skandalen verkaufte er 1986 die Wohnungsgenossenschaft „Neue Heimat“ für einen Euro, 1988 wurde die co op AG endgültig zerschlagen. „Jahrzehnte wird es dauern, bis dieser Ansehensverlust der Idee von Gemeinwirtschaft wettgemacht ist und vielleicht ganz andere Formen gemeinwirtschaftlichen Denkens und Handelns wieder soziale Geltung gewinnen“ kommentierte damals der Sozialphilosoph Oskar Negt.¹⁴

Einiges spricht dafür, dass diese Zeiten nun gekommen sind: „Solidarische Ökonomie“ wird wieder Thema der Wissenschaften, 2010 wurde ein gleichnamiges Netzwerk gegründet. Insbesondere im englischsprachigen Bereich wurde der Ansatz des „Participatory Economics“ (Parecon) viel diskutiert (vgl. DA 188: S. 12-13). Nach der Insolvenz des Schlecker-Konzerns überlegen vor allem in Stuttgart Teile der Belegschaft, die Drogerie-Kette als Genossenschaft weiter zu führen (*Neues Deutschland*, 13.02.2012). In der Debatte finden wir die Widersprüche wieder, die immer diskutiert wurden: Der Linkspartei-Landtagsabgeordnete Michael Schlecht betont die Selbstorganisation der Schlecker-VerkäuferInnen, der Arbeitsrechtler Benedikt Hopmann sieht den Staat in finanzieller Verantwortung und die ver.di-Hauptverwaltung lehnt die Idee rundweg ab, da die VerkäuferInnen selber investieren müssten: Das könne nicht Ziel von Gewerkschaftsarbeit sein.

DGB contra Soziale Bewegung?

Während der orthodoxe Flügel der Arbeiterbewegung in Gestalt von DGB und SPD sich mit der Wirtschaftskrise der 1970er und dem Aufkommen neoliberaler Denkmuster immer weiter von Ideen der Selbstverwaltung entfernte, wurde das Konzept in den Neuen Sozialen Bewegungen aufgenommen.

Mitte der 1980er Jahre gab es in Deutschland 4.000 Alternativprojekte, in denen 24.000

Menschen arbeiteten.¹⁵ Allein das anarchistisch orientierte Projekt WESPE (Werk Selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) in Neustadt an der Weinstraße bestand aus 14 Einzelbetrieben. Ein weiteres bis heute bestehendes „Leuchtturmprojekt“ ist die Kommune Niederkaufungen.

Diese neuen Projekte der Selbstverwaltung basierten u.a. auf der Neulektüre der Rätetheoretischen Klassiker nach 1968. Auch wenn der Einfluss nicht immer benannt wurde, ist in vielen dieser Projekte noch am ehesten die Landauersche Variante des Genossenschaftsgedankens wiedergekehrt, als Idee „autonome[r] Inseln in der kapitalistischen Welt“.¹⁶ Ein wesentlicher Aspekt war jedoch auch die kapitalistische Krise seit 1973 und die zunehmende Unzufriedenheit mit Fremdbestimmung, Hierarchie und patriarchaler Struktur des Arbeitsalltags. Als Hauptmotive nennt Gisela Notz den Wunsch nach Einheit von Arbeit und Privatleben, fehlende Berufsperspektiven (vor allem von AkademikerInnen), das Scheitern der linken Betriebsinterventionen der 1970er Jahre, die Aspekte Ökologie und Feminismus sowie eine Kritik

Mitbestimmung den sozialen Frieden und ordnet die Beschäftigten den Unternehmenszielen unter“.²⁰ Die Gründung selbstverwalteter Betriebe als „kleiner geiler Firmen“ (Arndt Neumann) andererseits spielte als Selbstaktivierung und Flexibilisierung dem Neoliberalismus in die Hände: Die selbstverwalteten Betriebe sind oft genug dazu gezwungen, in Abhängigkeit von Großunternehmen kapitalistisch zu agieren und sie waren oft bereit, zu Bedingungen zu produzieren, die die traditionellen ArbeiterInnen ablehnten.

Das Richtige im Falschen?

Das Beispiel Jugoslawien zeigt einige Aspekte, die bei einer Umsetzung von Selbstverwaltung zu bedenken wären: Regionale Selbstverwaltung und globaler Markt stehen sich tendenziell feindlich gegenüber. Eine Selbstverwaltung im großen Maßstab muss den Versuch unternehmen, sich auszuweiten. Dafür ist offenbar eine dezidierte Planung notwendig – die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung scheiterte auch wegen der Finanzierung teilweise absurdesten Projekte. Die Gegensätzlichkeit von globaler Solidarität und einem regionalen Gruppenegoismus muss auch weiterhin als ungelöstes Problem gelten, auf das schon Bakunin in seiner Föderalismuskonzeption und die Rätetheoretiker der 1920er Jahre aufmerksam machten. Eine reine Arbeiterselbstverwaltung, so war ihnen bewusst, überwinde noch nicht den Widerspruch zwischen den ArbeiterInnen im selbstverwalteten Betrieb und anderen ArbeiterInnen in ihrer

Rolle als KonsumentInnen. Selbstverwaltung in größerem Rahmen setzt eine planvolle Koordination der einzelnen Betriebe und Branchen auf überregionaler – heute vor allem transnationaler – Ebene voraus: Eine Planwirtschaft also, allerdings keine zentralisierte, aus Institutionen diktierte – das wäre (und war) die Wiedereinführung des Widerspruchs von Wirtschaft und Politik – sondern eine föderale und demokratische, variable Planung. Klar ist, dass diese fehleranfällig bleibt und ständig korrigiert werden muss, die Planung trägt also einen dynamischen Charakter und ist nicht in Mehrjahresplänen à la DDR oder UdSSR stellbar.

Eine heutige Selbstverwaltungstendenz muss ferner die Aufsplitterung der heutigen Klassengesellschaft in Rechnung ziehen, d.h. „die Gruppen der Freiberuflichen, Selbstständigen, Kleingewerbetreibenden, Bauern, Arbeitslosen, [...] diejenigen, die die Hausarbeit leisten, [...] die Rentner, die Pflegebedürftigen, die Kindern und Jugendlichen“ berücksichtigen.²¹ So wie die Sozialisierungsdebatte der RätekommunistInnen und AnarchosyndikalistInnen in den 1920er Jahren eine undogmatische Öffnung des Klassenbegriffs nötig

machte, die in der Spanischen Revolution tendenziell zur Geltung kam, so ist heute angesichts der neoliberalen Neuformierung der Klassengesellschaft eine ähnliche Öffnung notwendig.

Aktuelle Probleme selbstverwalteter Betriebe sind momentan aber oft alltäglichere:

Machtungleichgewichte und informelle Hierarchien in der internen Struktur, das Ungleichgewicht zwischen privat investiertem Eigenkapital und dem Anspruch, dieses als Kollektiveigentum zu verstehen und nicht zuletzt schlicht der Kampf ums ökonomische Überleben in einer marktwirtschaftlichen Umgebung. Die meisten Alternativbetriebe arbeiten in produktiven (Subkultur, fairer Handel, alternative Druckerzeugnisse von der Broschüre bis zum T-Shirt). Damit können sie sich – oft mehr schlecht als recht – halten, aber kaum expandieren, da der Kreis der KonsumentInnen überschaubar bleibt im Rahmen derjenigen, die die angebotenen Produkte oder die Produktionsweise für politisch richtig halten, sei es weil entsprechende Inhalte verkauft werden, sei es, weil diese Produkte „fair“ sind. Die Erfolgsgeschichte der Konsumgenossenschaften schrieb sich ganz anders: Zum einen konnten hier Produkte für die Mitglieder vergünstigt abgegeben werden (wie es in Food-Coops der Fall ist), zum anderen überzeugte auch die Qualität, die den kapitalistischen Unternehmen nicht zugetraut wurde – so ist etwa der Erfolg der Konsumgenossenschaften auch auf den Hamburger Skandal, der zum Sülzeaufstand führte (vgl. DA 208: S. 8) zurückzuführen. Das *Strike Bike* aus Nordhausen dagegen scheiterte in dem Moment, als alle (finanzkräftigen) solidarischen Menschen ihr Fahrrad hatten, daran, auf einem globalen Markt nicht konkurrenzfähig zu sein. Immerhin wurde hier aber – ganz im Sinne Landauers – die Selbstverwaltung schon mal ausprobiert und – ganz im anarchosyndikalistischen Sinne – Hartz IV durch eine direkte Aktion zumindest hinausgezögert. Zapatistischen Kaffee kann man aus Solidarität mit der EZLN trinken, man kann ihn aber auch bevorzugen, weil er geschmacklich der bessere Kaffee ist.

Torsten Bewernitz



In der besetzten Fahrradfabrik in Nordhausen wurden 2007 in Eigenregie knapp 2.000 Fahrräder gefertigt.

graswurzel revolution

www.graswurzel.net
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die ‘Graswurzelrevolution’ lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“
(Frankfurter Rundschau)

„Ein Blick in die Graswurzelrevolution zeigt dir ein anderes Bild der Welt ... Obwohl deutlich gemacht wird, in welchem krankem System wir leben, zeigt die GWR immer wieder, dass auf der ganzen Welt Menschen dagegen kämpfen.“
(Plastic Bomb 67, 7/09)

„...ultimativ beste Bewegungszeitung, die ‘Graswurzelrevolution’.“ (BI Hamm, 5/2011)

Probeheft kostenlos.
Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 367, März: Schwerpunkt: Ein Jahr Fukushima – wo geht’s zum Atomausstieg?; Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges. Interview mit Mohssen Massarrat; Neu im Handel: Euthanasie!; Spitzeinsatz gegen die linke Szene in Heidelberg; ; Ein Anti-Knast-Bericht von Franziska Wittig u.v.m.

Klarkommen gegen die Tragik unseres Daseins

Lena Stoehrfaktor, Teil der Berliner HipHop Crew „Conexion Musical“, sprach mit der DA über Selbstverwaltung, Szenemechanismen, ihr zweites Soloalbum und das Verhältnis von Konsum und politischer Musik.

Lena, im Januar 2012 habt Ihr bei Conexion Musical Dein neues Album „Die Angst vor den Gedanken verlieren“ releast. Wie gestaltet Ihr Produktion & Vertrieb?

Wir produzieren alles selber. Bei dem neuen Album hat Clauditto die Aufnahmen mit mir gemacht. Die Beats sind diesmal nicht fast alle von Blank, sondern von verschiedenen Leuten. Wir kaufen uns von dem Geld, was wir durch Auftritte und CD-Verkauf einnehmen, die Geräte zum Produ-

weise kein Stipendium- Mensch, deshalb ist das „ne krasse Ausnahme für mich. Meine Bandkollegen leben prekärer als ich, die haben kein Stipendium. Es ist auch schwierig mit der Musik am Wochenende unterwegs zu sein und unter der Woche der Existenzsicherung nachzugehen. Das ist sehr anstrengend und auch ein Grund dafür, dass ich ab jetzt erstmal alleine unterwegs sein werde. Wir verdienen mit der Musik kein Geld, das geht alles in die Bandkasse und

sönlich, die lästern, denke ich, eher und fühlen sich heimlich ertappt. Die hassen mich bestimmt auch dafür und tun so als hätten sie es nicht gehört. Es wird einfach ignoriert. Mit denen habe ich aber auch nix zu tun. Ich muß auch sagen, dass diese Szenekritik einfach sehr wahr ist und deswegen auch keiner sagen kann „Ach, alles Quatsch“ oder so. Das wäre ja realitätsfern. Ich spreche halt aus Erfahrung und das hört man und jeder, der irgendwas mit der linken Szene zu tun hat, muss Teile davon in meinen Disses wiedererkennen. Ich disse mich damit ja auch selber, weil ich mich auch in dieser Szene bewege und ich finde es voll wichtig, die Umstände, in denen ich mich bewege, kritisch zu beleuchten. Nur so können politische Bewegungen vorankommen, meiner Meinung nach. Ich denke, viel wird sich nicht ändern, aber ein bißchen schon in den Köpfen, deswegen mache ich das alles. Und natürlich, um mich auszukotzen, das fühlt sich gut an.

aus Tanzen besteht, ist es nicht meine Revolution“ ein – schlechte Zeiten für inhaltsschwere politische Musik?

Wenn die Leute Technoparty machen wollen, sollen sie das machen. Sie sollen mir aber die Technoparty nicht als die große Revolution verkaufen, weil ich sie dann auslachen werde. Ich gehe auch einmal im Jahr auf eine Technoparty, genauso wie ich auch mal Strandurlaub mache, aber das ist für mich kein politischer Akt, sondern wenn ich das mache, passe ich mich daran an, was diese Gesellschaft unter „Freizeitgestaltung“ versteht und nutze diese Möglichkeiten, weil ich auch in diesem System lebe und mir das nach den Möglichkeiten, die ich habe, eventuell etwas Entspannung bereitet. Wenn ein Label wie Audiolith, dessen Musik ich komplett schrecklich finde, den Aufstand in Form von Markenprodukten und Ballermannesängen, deren Inhalt zum größten Teil „Wir machen Party gegen Deutschland“ ist, verkauft, dann ist das nicht meine Revolution und genau das trifft es, was ich mit dem Lied aussagen wollte. Wir haben mit Conexion Musical viele enttäuschende Erfahrungen gemacht, weil die Leute unsere Mucke mochten, als mehr Parolen drin waren und jetzt ankommen und sagen „Warum seid ihr denn so depressiv geworden?“, obwohl unserer Meinung nach die Stimmung, die wir mit unserer Mucke ausdrücken der Zeit entspricht. Auch auf der musikalischen Ebene ist es so, dass wir sehr experimentelle Beats haben und die Leute können damit nichts anfangen, weil sie ihr Popmusikgehör nicht hinterfragen. Wir kriegen dann mit, wie irgendwelche 90er Jahre Bravohits Mucke mit „Nazis Raus“-Gesängen kombiniert werden und das feiern dann die Leute, so einen auf „Schalalalaaa...“. Das finde ich alleine schon auf der künstlerischen Ebene krass traurig. Ich denke, es ist eine sehr schwere Zeit für politische Musik, da diese Zeit auch sehr schwer für politische Aufstände insgesamt ist. Es wird einfach noch zu fröhlich konsumiert, um sich mit der Tragik unseres Daseins auseinanderzusetzen und radikal zu protestieren.

Klarkommen auf der einen Seite, Überzeugungen treu bleiben auf der anderen – ist das ein Problem?

Ich denke, wenn man älter wird, ist die Gefahr größer, es sich im System bequem zu machen, da die Verantwortung für die eigene Existenz größer erscheint und eventuell die Existenz anderer noch mit dranhängt. Meine Existenz basiert auch auf Widerstand, deshalb ist meine Existenz eher in Gefahr, wenn ich keinen Widerstand ausübe, aber das kostet auch Kraft. Es ist auch nicht mehr so einfach rebellisch zu sein, weil man vieles schon durch hat und mehr in Selbstzweifel kommt, glaube ich. Das Wesentliche ist, finde ich, sich Gedanken zu machen, zu hinterfragen und aktiv zu sein, in verschiedenen Formen. Da bietet das Älterwerden viele Chancen. Man darf einfach den politischen Aktivismus und Gesellschaftskritik nicht als Jugendphase abtun, denn das ist eine billige Ausrede. Und klarkommen ist gut, um durchzublicken und zu handeln, in jedem Alter.

Die wohl derzeit erfolgreichste politische Musik in linken Zusammenhängen sind unzählige Elektro-Abwandlungen à la Audiolith. Die Inhalte werden in dieser Art von Musik häufig parolenhaft rezipiert. Dazu fällt mir der Satz aus Deinem Album „Wenn deine Revolution nur

Vielen Dank für das Interview!

Interview: Marcus Munzlinger

Das komplette Interview erscheint demnächst auf www.direkteaktion.org



Lena Stöhrfaktor, hier mit ihren Bandkollegen von Conexión Musical, wird in nächster Zeit vor allem als Solo-Künstlerin unterwegs sein.

zieren, nehmen alles in der Conexion-Zentrale auf und lassen es extern mastern. Den CD-Verkauf machen wir auch selbst.

Politische Musik aus selbstverwalteten Strukturen wird häufig von prekären Lebensbedingungen der KünstlerInnen begleitet. Wie geht Ihr mit diesem Problem um?

Nach der Definition von prekär, die ich gerade nachgelesen habe, leben wir auf jeden Fall prekär. Ich bekomme zum Glück seit ca. einem Jahr ein Stipendium und hoffe, ich kann es behalten, aber alleine schon der Gedanke, dass ich es nicht mehr bekomme, macht mir Angst. Ich bin auch normaler-

auch wieder drauf bei neuen Produktionen.

Opportunismus, Szene-interner Populismus, Egohebe und Machtgeplänkel – all dies wird von Dir innerhalb der linken Szene thematisiert. Hast Du darauf schon Reaktionen bekommen?

Die Reaktionen, die ich bekomme, sind oft positiv, aber das liegt auch daran, dass die Leute, die mir Rückmeldung geben, meine Homies sind oder einfache Leute, die meine Mucke schätzen und zu mir sagen, dass da viel Wahrheit drinsteckt in der Szenekritik. Die sehen die Szene ja auch kritisch. Die Leute, die sich davon gedist fühlen, sagen mir das weniger per-

Anzeige

Wir verändern die Welt

XVII. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz
Januar 2012

Die Broschüre zur Konferenz. Jetzt vorbestellen!

Die Broschüre erscheint voraussichtlich im März 2012 (Verlag B. Mai GmbH, 3,60 €, zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten)

Bestellen unter www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Außerdem erhältlich: Das Paket mit den Broschüren zu den Konferenzen von 2006 bis 2012 (mit allen Referaten, Auszügen aus den Podiumsdiskussionen sowie Diskussionsbeiträge und Interviews) und den DVDs von 2005 und 2008 mit Filmreportagen von Piper Alpha und die DVD zur Konferenz 2007 (23,00 € zzgl. 3,90 € Versandkosten).

Bitte telefonisch bestellen unter 0 30/53 63 55-37.

Anzeige

GAME OVER?

Der Reader

LIEBER NICHT!

Eine Dokumentation der Veranstaltungsreihe

„Politisch aktiv, ohne kaputtzugehen“

der Anarchistischen Föderation Berlin.
DinA4, 68 S.

Bestellung an:
kaputtnix@riseup.net
(Rückporto erwünscht)

Anzeige

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 60/2012 - ISSN: 1191-4719 - EUR 5,00

THEMA: **RASSISMUS IN DER KRISE**

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gnisekestraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail: redaktion@zag-berlin.de
Internet: www.zag-berlin.de

Seltene Klänge

Reingehört: Berlinska Dróha: „Wokoto Rózka/Um die Ecke“

2007 tat sich der anarcho-syndikalistische Straßenmusikpunker „Geigerzähler“ aus Berlin (Eigenbezeichnung: Punk ohne Schlagzeug, Gitarre und Bass, dafür mit Geige) mit der sorbisch singenden Leipziger Pianistin Uta zu „Berlinska Dróha“ (übersetzt „Berliner Straße“) zusammen. Dass es sich dabei um mehr als ein null-acht-fünfzehn Folkprojekt handelt, machte schon ihre erste Veröffentlichung „Zrudny Kon²ak“ deutlich, die mit ihren filigranen und gut arrangierten Songs sich deutlich von zahlreichen anderen Folkneuheiten abhob. Ein besonderes Merkmal des Berliner Duos ist der Rückgriff auf zahlreiche Traditionals der sorbischen Minderheitensprache aus den westslawischen Regionen.

Ende 2011 veröffentlichte das Duo dann auch ihr erstes Album mit einer bunten Mischung aus sorbischen Traditionals, Neuinterpretationen und deutschsprachigen Eigenkompositionen. Obwohl der Spagat zwischen der – leider für nur wenige verständlichen – Minderheitensprache und deutschem Antifolk recht groß erscheinen

mag, schafft es „Um die Ecke“ mit den 12 darauf erschienenen Songs diese solide zu vereinen.

So startet die neue CD von null auf hundert mit dem lebhaften sorbischen Song „To je mój swet“ aus eigener Feder. Mit Emotionalität und Leidenschaft entspinnt sich von nun an ein Album um prekäre Verhältnisse und den Problemen, die im tristen Lebensalltag entstehen.

Die anfangs erzeugte Stimmung wird jäh von „Entscheidungen“ unterbrochen, einem Stück, welches Entscheidungen thematisiert, die wahrscheinlich jedeR täglich treffen muss, die oder der am Existenzminimum lebt. In diesem eher ruhig beginnenden Stück wird ein Sammelsurium täglich auftretender Alltagsfragen dargestellt, das grundlegende Bedürfnisse eines Menschen nach Glück, Existenzsicherung und Unabhängigkeit thematisiert. Ist Glück sich möglichst gut zu verkaufen, möglichst viel Kohle zu scheffeln oder doch lieber in die Berge oder ans Meer zu fahren und das Leben zu genießen? Es sind oftmals die

kleinen Entscheidungen, die für das Leben gravierende Folgen haben.

Zum Henker mit den Herren Krugs

Das Lied „Herr Krug“ befasst sich mit der Schikane von VermieterInnen, mit der man sich rumplagen muss, wenn man nicht das Glück hat in einer schicken Eigentumswohnung oder einem Reihenhäuschen zu wohnen. Wer kennt sie nicht, die kleinen und großen Herren Krugs, die sich in Gestalt von einzelnen Personen oder sogar ganzen Immobilien GmbH's präsentieren und mehr oder weniger versuchen, Einfluss auf das Leben von Mietern zu nehmen. Die einem vorschreiben wollen, was man in „ihren“ Wohnungen zu tun und zu lassen hat und einen dann, wenn man die Miete einmal nicht zahlen kann, sofort auf die Straße setzen. Am Ende des Liedes verweigert sich das „Humankapital“ jedoch und sitzt grinsend auf dem Sofa in der Wohnung, aus der es kein Herr Krug der Welt heraus bekommt.

Einer der gefühlsmäßigen Höhepunkte ist das Stück „Sorgen“, welches sich mit eben jenen Sorgen befasst, die entstehen, wenn die Kohle mal wieder Mitte des Monats alle ist, man gezwungen ist von Resten zu leben oder sich seinen Tabak aus

den Stummeln im Aschenbecher zu kratzen. Wie gut, wenn man jetzt Freunde zur Seite hat, die einen unterstützen! Besonders erwähnenswert ist hier der gedoppelte und mehrstimmige Chor im Refrain, der besonders packend und gelungen ist und direkt in das nächste sehr getragene „Hdyz se moj luby“ mündet.

Im Lied „Der Henker“ geht es dann auch mal mit morbiden Sarkasmus um einen Menschen, der eher ein Macher der Gesellschaft ist, der seine Lebensfreude aus dem Henken anderer Menschen gewinnt oder damit einfach die Langeweile des tristen Familienalltags verarbeitet. Jedoch nimmt diese Moritat kein gutes Ende für ihn, denn auch er ist ersetzbar und wird von seinem Nachfolger enthauptet. Dabei war er doch privat so ein guter Familienvater, der zuhause auch „Bärchen“ genannt wurde.

„Wokoto Rózka/Um die Ecke“ ist eines der wenigen Alben, bei denen es wirklich jedes Lied schafft, den Spannungsbogen beim Hören nicht abfallen zu lassen, durch gekonnte Soli auf Klavier und Geige, gelungene Arrangements und eingehende gewitzte Texte – da bleibt der Zuhörer förmlich an der Musik kleben.

Wer neugierig geworden ist, dem sei die Webpräsenz des Duos auf www.myspace.com/berlinskadroha nahegelegt.

Lukas Johannsen

Notwendig gelebte Praxis

Künstlerisches Schaffen in ökonomischer Selbstverwaltung

Arbeitszwang, hierarchische Strukturen und Druck von allen Seiten sind Symptome der jetzigen Gesellschaftsform und wirken besonders auf diejenigen ein, die lohnabhängig sind oder sich in einem prekären Milieu bewegen oder bewegen müssen. Die Arbeitslosen sind nahezu schutzlos den regelmäßigen Schikanen der Jobcenter ausgesetzt, die Leiharbeitenden haben mit jedem Arbeitsverhältnis nur eine marginale Sicherheit auf Zeit, und wer das Glück hat eine Festanstellung zu bekommen, muss fürchten diese wieder zu verlieren, wenn man nicht spürt, wenn der Chef brüllt.

Einige Menschen schaffen es, sich in die Selbstständigkeit zu flüchten, doch auch wenn sie vielleicht selbstbestimmter sind als in einem Angestelltenverhältnis, sind sie nun ganz neuen Sachzwängen ausgesetzt. Sozialleistungen und vierteljährliche Steuervorauszahlungen sind abzurufen, das Finanzamt sitzt einem ständig im Nacken und zwingt die Selbstständigen zu einem erheblichen Mehraufwand.

Doch wie ist es eigentlich um jene bestellt, die versuchen von Kunst und Kultur zu leben? In der Allgemeinheit haben sich hier viele Klischees in verschiedenen Erklärungsansätzen eingenistet. KünstlerInnen seien per se auch Überlebenskünstler, die von der Hand in den Mund leben oder es sind eben finanziell abgesicherte IndividualistInnen, die sich ihren Lebensstil leisten können. Solche Klischees verallgemeinern nicht nur, sondern vereinfachen auch die Antwort auf kompliziertere Fragen. Da es sich bei den „KünstlerInnen“ nicht um einen festen Berufsstand, wie beispielsweise LehrerInnen, BäckerInnen oder Kfz-MechanikerInnen handelt, ist es deutlich schwerer eine Aussage über Lebensbedingungen, Schichtzugehörigkeit und Sachzwänge zu treffen. Jedoch lässt sich anhand einiger

Beispiele erläutern, wie Kunst- und Kulturschaffende es mit einem hohen Maß an ökonomischer Selbstverwaltung schaffen, sich „über Wasser“ zu halten.

Viele (politische) KleinkünstlerInnen in Deutschland haben eine Mischform aus Kunst als gefühltem Hauptberuf und einem konventionellen Nebenberuf entwickelt, um über die Runden zu kommen. Andere wiederum nehmen die Schikanen der Jobcenter in Kauf, weil sie der Auffassung sind, dass sie sich so besser ihrer Passion hingeben können. Alle bedienen sich jedoch gewisser selbstökonomischer Strukturen.

Plattenvertrieb ohne kommerzielles Label

Mittlerweile ist es dank gut vernetzter Strukturen auch geringverdienenden KleinkünstlerInnen möglich, günstig und preiswert Musikträger pressen zu lassen und diese zu verkaufen. So gibt es Presswerke, wie z.B. „Flight 13“ aus Freiburg, die faire Preise bieten, ohne selbst an ausbeuterischen Prozessen beteiligt zu sein. Die KünstlerInnen haben nun die Möglichkeit, ihre CD's zu ebenfalls fairen Preisen weiterzugeben und trotzdem noch etwas an ihrer Musik zu verdienen. Viele MusikerInnen haben sich selbst ein Netzwerk geschaffen, um ihre CD's unter die Leute zu bringen. Aufnahme, Produktion und Vertrieb, alles kann in Selbstverwaltung laufen. Über die eigene Homepage oder Internet Mail Order, wie etwa „Black Mosquito“, können Datenträger überregional vertrieben werden. Aber auch offline läuft der Verkauf über Infoläden, Buchläden, Kneipen, Veranstaltungszentren etc. Für diese Art von ökonomischer Selbstverwaltung sind eine gute Vernetzung und ein guter Überblick unabdingbar. Eine weitere Möglichkeit für flächendeckenden Vertrieb ist auch die Ver-

netzung mit befreundeten Bands und KünstlerInnen, die den Vertrieb mit übernehmen.

Ein Ergebnis einer solchen Vernetzung ist beispielsweise das Berliner Antilabel „ab dafür! records“ aus Berlin. Ursprünglich entstand es aus den Ausläufern einer bundesweiten Vernetzung von politischen StraßenmusikerInnen und KleinkünstlerInnen, der sogenannten „Rotzfrechen Asphaltkultur“ (siehe



Nicht erpressen lassen – das Freiburger Presswerk „Flight 13“ ist ein Beispiel für Strukturen, auf die selbstverwaltete Kultur zurückgreifen kann.

DA 200 & 206) und gründete sich als bewusste Abgrenzung zum kommerziellen Mainstream. Die CD's werden nicht nur zentral über eine Webpräsenz geführt, sondern auch von den einzelnen Musikschaffenden bei ihren Konzerten mit vertrieben. Einziges Ziel ist es, die Musik bekannter zu machen und zahlreiche KünstlerInnen spenden ihre Einnahmen an politische Projekte weiter.

Die Rotzfreche Asphaltkultur selbst wäre ohne ein hohes Maß an ökonomischer Selbstverwaltung kaum denkbar gewesen. In regelmäßigen Abständen werden seit den 70er Jahren viele kleinere und größere Konzerte

und Festivals (sogenannte Galaabende) organisiert, an denen oft über 40 verschiedene Bands und KünstlerInnen auftreten. Diese bilden meist den Abschluss eines informellen Vernetzungs- und Arbeitstreffens und werden von allen KünstlerInnen gleichermaßen getragen. Durch diese gemeinschaftliche Organisation bleiben die Kosten für KünstlerInnen und Publikum gering. Der Eintrittspreis kann deshalb auch meistens nach eigenem Ermessen von den Zuschauern selbst festgelegt werden.

Während die Allgemeinheit von den Konzerten profitiert, profitieren die KünstlerInnen von den vorhergehenden Vernetzungstreffen. CD's werden ausgetauscht und weitere Konzerte geplant. Es entsteht eine Art KünstlerInnenbörse, man vermittelt und supportet sich gegenseitig, organisiert und plant gemeinsame Konzerte. Außerdem lernt man die Überlebensstrategien gleichgesinnter Menschen kennen, in einer kapitalistisch geprägten Welt als KünstlerInnen überleben zu können, ohne ausbeuterisch zu sein oder sich selbst ausbeuten zu lassen.

Aber auch außerhalb der Rotzfrechen Asphaltkultur ist gerade im jugendkulturellen Spektrum eine Kultur der Selbstverwaltung erkennbar. Zahlreiche Konzert- und Veranstaltungsgruppen in Jugend- und Kommunikationszentren tragen dazu bei, dass KleinkünstlerInnen nicht am Hungertuch nagen müssen, indem sie regelmäßig Konzerte organisieren und gemeinschaftlich mit anderen Zentren in Deutschland in Verbindung treten und so ganze Touren auch für internationale Acts ermöglichen. Auch wenn die hier zur Erwähnung gekommenen Beispiele nur schattenhaft angekratzt wurden, verdeutlichen sie doch, dass ökonomische Selbstverwaltung gerade in der Kleinkunst gelebte Praxis ist.

Leon Juchs

Umherschweifende Prekäre

Die „Precarias a la deriva“ suchen fragend nach einem neuen Streikverständnis

Die „Precarias a la deriva“ sind eine Frauengruppe, die sich im Juni 2002 während des damaligen spanischen Generalstreiks gegründet hat. Sinngemäß bedeutet ihr Name „die (weiblichen) Prekären, die sich treiben lassen“, oder auch die „(weiblichen) Prekären in Verschiebung“ – der Name ist auch eine Anspielung auf den Schlüsselbegriff *deriva* der

Ausgangspunkt der Precarias war dabei die Feststellung, dass es durch den Wandel der Arbeitsgesellschaft eben nicht mehr die „ArbeiterInnen“ seien, die „im Zentrum der (industriellen) gesellschaftlichen Verhältnisse zu verorten“ seien „und die den Generalstreik folglich als ausgezeichneten Hebel zur Unterbrechung, zur Transformation oder zum

lich einen sehr marxistisch-identitären Begriff des weißen Industriearbeiters in lebenslanger Vollbeschäftigung meint, so ist die Kritik dennoch berechtigt – und als Verfechter des Generalstreiks trifft sie insbesondere auch den Anarchosyndikalismus: Wenn es in der gewerkschaftlichen und speziell syndikalistischen Streiktheorie im Wesentlichen um die potentielle Macht der ArbeiterInnen geht, was ist dann mit all jenen, die nur wenig von dieser Macht haben und deswegen für bisherige Streikmodelle entweder keine Rolle spielten oder unter „ferner liefen“ abgekartet werden? Darunter fallen heutzutage z.B. LeiharbeiterInnen, prekär Beschäftigte, Schein- und Solselbständige.²

Die Entdeckung der Gemeinsamkeit

Die Precarias gehen davon aus, dass die neuen Fragmente der Arbeiterklasse nicht von vornherein etwas gemeinsam haben, sondern dass dieses Gemeinsame erst entdeckt werden muss. Das Konzept der militanten Untersuchung führen sie dabei auch zurück auf die zapatistische Formulierung „Fragend schreiten wir voran“. Dabei berücksichtigen sie in starker Weise das Geschlechterverhältnis und auch die Komponenten des Rassismus, ohne den Fehler zu begehen, diese Aspekte losgelöst vom Kapitalismus zu betrachten. Die Precarias liefern eine Analyse, die von einer nicht rein ökonomischen Prekarisierung ausgeht und schlagen gegen eine ausschließende Bürgerschaft (*ciudadania*) eine „Sorgegemeinschaft“ (*cuidadania*) vor, die erst durch Erfahrungsaustausch entstehen kann, und durch die eine damit einhergehende Dekonstruktion herrschender Zwiespälte erreicht werden kann. Der Vorschlag einer Sorgegemeinschaft

lässt ein sehr schlichtes, aber ebenso wichtiges Charakteristikum der traditionellen Arbeiterbewegung wieder in den Fokus rücken: die Solidarität. Diese Sorgegemeinschaft – letztlich eine sich durch Austausch selber bewusst gewordenen, miteinander solidarischen Unterklasse von Prekären soll auf den drei Säulen einer sozialen, politischen und ökonomischen Organisation (S.114) stehen.

Es ist kein Zufall, dass solche Aktualisierungen einer Streiktheorie aus den Ländern kommen, in denen die anarchosyndikalistische und allgemeiner, die antiautoritäre Tradition, prägend war und ist. Georges Sorel hat dem Streik seine Macht zugeschrieben aufgrund des Mythos, als einer Art heroischer, vergangener Schlacht, auf der eine bestimmte Identität – die der „bewussten“ (Industrie) Arbeiterklasse – basiert. In Spanien, Italien und Griechenland ist der Generalstreik längst ein Mythos in diesem Sinne und die Vergesslichkeit gegenüber den migrantischen, weiblichen und allgemein prekären Spezifika des Proletariats weist genau darauf hin, wie problematisch der Sorelsche Streikmythos ist. Letztlich brauchen wir keine heldenhaften Streikschlachten, sondern die individuelle Phantasie in gegenseitigem Austausch, um auch die syndikalistische Idee des Streiks und des Generalstreiks zu erneuern.

Als wertvollen Beitrag dazu darf man den vorliegenden Band werten. Die aufgeworfene Frage, wie es sich als Prekäre(r) – möglichst noch erfolgreich – streiken lässt, ist nicht nur eine notwendige Frage für eine Aktualisierung des Syndikalismus, sondern darüber hinaus geht es darum, ob eine Arbeiterbewegung möglich ist, sich ganz neu zu erfinden.

Torsten Bewernitz

Bildquelle: anarchosyndikalismus.blogspot.de



Die „Precarias“ leisteten während des vergangenen Generalstreiks militante Untersuchungsarbeit.

SituationistInnen. Die Frage, die das vorliegende Buch leitet, „Was ist dein Streik?“ stellen die Precarias während des Generalstreiks in Spanien 2011. Anstatt nur „Streikposten zu stehen“ begannen sie, durch die Stadt zu streifen und Fragen zu stellen, sie begannen eine militante Untersuchung in Tradition des italienischen Operatismus, um, wie es die HerausgeberInnen der deutschen Übersetzung ausdrücken, „voneinander zu wissen“, also um Erfahrungen auszutauschen und so eine Basis für Solidarität und gemeinsames Handeln wiederherzustellen.

Umsturz dieser Verhältnisse erscheinen lassen konnte[n]“ (S.14 f.).

Die Idee, durch einen Streik die Verhältnisse zu ändern, setzt ein mächtiges und organisiertes Proletariat voraus. Der Aspekt, dass Arbeit für das Existieren des Kapitalismus notwendig ist und der kollektive Entzug dieser Arbeit eine zentrale Möglichkeit zur Veränderung darstellt, ist so richtig wie eh und je – davon zeugt eine momentane, zuvor nie dagewesene globale Streikwelle.¹ Sehen wir davon ab, dass der Begriff der ArbeiterInnen in der Analyse der Precarias hier offensicht-

Anzeige



Precarias a la deriva: Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Aus dem Spanischen von Birgit Mennel. Eingeleitet von Birgit Mennel und Stefan Nowotny. Turia + Kant, Wien/Berlin 2011. 184 Seiten, 14 Euro.

Anmerkungen

[1] Colatrella, Steve: In unseren Händen liegt eine Macht. Eine weltweite Streikwelle, Sparprogramme und die politische Krise der Global Governance. In: *Wildcat* Nr. 90, Sommer 2011. S.53 – 60. Online unter: www.wildcat-www.de/wildcat/90/w90_in_our_hands.html

[2] Neben den „Precarias a la deriva“ haben sich diese Frage auch die italienischen „Generalstände der Prekarität“ gestellt und einen entsprechenden Fragebogen erstellt: Koweindl, Daniela und www.scioperoprecario.org: Der prekäre Streik. In Italien experimentieren AktivistInnen mit immer neuen Ideen im Kampf für ein gutes Leben. In: *Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst*. Herbst/Winter 2011. S.19 f. Online unter: www.igbildende-kunst.at/bildpunkt/2011/anarchivieren/koweindl

Der Fragebogen findet sich unter: www.labournet.de/internationales/it/prekaererstreik2.pdf

WAS WILL DIE FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistenInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freier Grundlagede zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Wir sind keine Pazifisten

Des letzten Rätsels Lösung: Piqueteros, militante Erwerbslose blockieren Argentiniens Straßen

Es riecht nach verbranntem Gummi, hunderte vermummte Leute schwingen ihre Holzknüppel, einige legen neue Autoreifen ins Feuer und an einer ruhigeren Stelle wird das Essen für alle gekocht. So sieht eine Straßenblockade der Piqueteros aus. Während der Wirtschaftskrise 2000-2002 gab es tausende von diesen Aktionen. Die Barrikaden standen oft nur einige Stunden, doch manchmal dauerte der Kampf auch mehrere Tage. Mit dieser Protestform haben einige wütende ArbeiterInnen begonnen, die nach der Privatisierung von großen Industrieunternehmen Ende der 90er Jahre ihre Arbeit verloren. Im Norden Argentiniens wurden nach den Entlassungen die Häuser einiger Politiker und der Kommunalverwaltung in Brand gesetzt. Diese Brandzeichen radikalisierten tausende Erwerbslose und sie trugen ihre Wut auf die Straßen.

Bekannt geworden ist die Blockade einer der wichtigsten Erdölraffinerien der Firma Repsol. Das Unternehmen hieß vorher YPF und beschäftigte viele Menschen

in der Stadt Mosconi. Nach der Privatisierung wurde der größte Teil der Belegschaft durch „mitgebrachte“ Fachkräfte von Repsol ersetzt. Daraufhin organisierten sich die Menschen in Stadtteilversammlungen und beschlossen die Zufahrtsstraße der Raffinerie zu besetzen.

Nach einigen Tagen Blockade wurden die Benzinvorräte der Region knapp und die Regierung beschloss die Räumung der Straße. Nachdem es einige gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei gab, konnten die Piqueteros vertrieben werden.

Doch im ganzen Land hatte sich eine militante Erwerbslosenbewegung entwickelt und fast täglich kam es zu Blockaden von größeren Straßen, Autobahnen und sogar Eisenbahnlinien.

Die Piqueteros forderten Arbeit und wenn diese nicht zu bekommen war, dann Geld um zu überleben. Der Staat reagiert mit den sogenannten „planes sociales“. Dabei geben die Kommunalverwaltungen den Organisationen der Piqueteros Geld, welches

für Arbeitsstunden im Stadtteil ausgezahlt wird, beispielsweise für das Unterrichten von Kindern oder der Essensausgabe in einer Suppenküche.

Aber manche Organisationen bekamen überhaupt nichts vom Staat, dennoch bleibt die Kollektivität notwendig um zu überleben. Auf der Straße sind es besonders die Frauen, die sich zusammenschließen und für ein würdiges Leben kämpfen. Die ärmeren Schichten in Argentinien wurden durch die Wirtschaftskrise besonders hart getroffen und ebenso hart war ihre Gegenwehr. Wer auf die Straße geht, um sie zu blockieren, muss damit rechnen, von der Polizei erschossen zu werden. Aber oftmals blieb den Piqueteros nichts anderes übrig, als die Lebensadern des Kapitalismus zu verstopfen, um den Bossen und dem Staat zu zeigen, dass sie auch ohne Arbeit kämpfen können und ein Recht auf ein würdevolles Leben haben.

Ein Kongress der Piqueteros sollte 2001 alle großen Organisationen zusammenbrin-

gen, doch danach verschwand die Bewegung langsam von der Bildfläche. Doch die Erfahrung des kollektiven Widerstands gegen den Sozialabbau ist bei vielen Menschen in Argentinien fest verankert. Und die Flammen können immer wieder auflodern.

Willi Kufalt



Junger Piquetero bei einer Straßenblockade

Foto: Andrew Stern

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 75

1	2			3		4		5		6		7		8		9
10																11
11			12		13		14		5					15		
16																
17		1		18		19									20	
21						22		6	14							
23		24			25						26			27	28	
				29						30				31		3
32			33			34				35						36
		37				38			39	40		41				
					42					43	44					
	45													46		
47									48							
49								12					50			

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	----	----	----	----	----

Waagrecht

- 1. verstaubter Begriff für etwas, das Mitglie-

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

der einer antikapitalistischen Bewegung wohl eint 10. in manchen Ländern ein Symbol für Toilette 11. Vers aus der Internationale: *Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch ~* 14. laut aufstoßen <umgs.> 15. Informationseinheit in der Nachrichtentechnik 16. beispielsweise <Abk.> 17. eine (meist bewaffnete) Gruppe, die einen Aufstand gegen eine (Neo-)Kolonialmacht oder gegen eine diktatorische Regierung organisiert 21. Kfz-Kennzeichen für Recklinghausen 22. Kfz-Kennzeichen für die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts 23. wenn er bei den KollegInnen hoch ist, stärkt er die Kampfkraft im Betrieb 29. was man hat, wenn man eine Zeitung abonniert 30. Spezies 31. Ausruf des Staunens, Ärgers 32. anlocken, mit einem Lockmittel fangen 34. General der Konföderierten im nordamerikanischen Bürgerkrieg: *Robert Edward ~* (1807-70) 35. US-amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1959, der u.a. mit elf(!) Oscars ausgezeichnet wurde und bei dem erstmalig die heute verbreitete Bluescreen-Technik intensiv zum Einsatz kam: *Ben ~* 37. europaweit verkehrender Intercityzug <Abk.> 38. römisch elf 39. „du“

in den südslawischen Sprachen 41. international aktiver britischer Graffiti-Künstler, der sich Taktiken der Kommunikationsguerilla bedient und eine alternative Sichtweise auf politische und wirtschaftliche Themen bietet 43. Befehlsform des Verbs „sehen“ 45. Stadt im Landkreis Osnabrück 46. englischer Männername 47. Kfz-Kennzeichen für Euskirchen 48. trockenes Gras als Tierfutter 49. Gruppe von Führungskräften aus dem linken Flügel der KP Chinas, die vor und kurz nach Maos Tod 1976 große Macht ausübte und maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf der Kulturrevolution hatte 50. Vorname von Karl Marx' Ehefrau.

Senkrecht

1. abstoßender, widerwärtiger Mensch (Guido W.?) 2. immergrüner Baum, dessen Blätter als Gewürz und als Kranz verwendet werden - Sinnbild des Ruhms 3. ausgelassen feiern, Hemmungen ignorieren: *die ~ rauslassen* 4. kleiner afrikanischer Staat, seit 1962 von Belgien unabhängig 5. Sitz der New Yorker Börse und Sinnbild für das amerikanische Kapital

6. auf Kuschelkurs mit einem politischen oder wirtschaftlichen Regime 7. PC-Druckertyp: ~drucker 8. Gemeinde im Landkreis Görlitz, die überregional für ihre Schwarzbierbrauerei bekannt ist 9. erforderlich, unentbehrlich 12. Wappentier u.a. Berlins, Berns und Freisings 13. zwei Zwerge in der nordischen Mythologie: ~ und *Nidi* 18. nordischer Männername 19. vergeblich, erfolglos <nur die ersten vier Buchstaben> 24. französischer Schriftsteller und der siebte aus Frankreich stammende Nobelpreisträger (1947) für Literatur 25. Namensteil in arabischen Männernamen mit der Bedeutung „Sohn (des)“ 26. Bergwerk, Abbauanlage 27. Vers aus „Auf die Barrikaden“: *Auf, auf nun Genossen greift zu den Waffen, wir machen Schluss mit der ~* 33. Liebesknochen <Gebäck> 34. Hauptstadt Portugals <port. Form> 36. in dieser australischen Stadt erkämpften Steinmetze und Bauarbeiter 1855 den achtstündigen Arbeitstag, allerdings mit Lohninbußen; 1856 in Melbourne gab es dann den weltweit ersten offiziell eingeführten Achtstundentag mit vollem Lohnausgleich 40. Mädchen, Frau (vom jungen Mann her gesehen) 42. alter anarchistischer Spruch: *Weder Gott noch ~!* 44. englischer Männername, Kurzform von Isaac 45. erste drei Buchstaben des Namens der ecuadorianischen Hauptstadt 47. Rechtsform für Vereine in der BRD <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Abverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Abverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München). Gewinner#209: Bernd H. aus München

Auflösung # 74

REICHPIETSCH TUZLA
A N F F Y HAAR I K
U S T T E X A S E C H O R O K
S K A P F E I L B A E M
C M Ü D E S A M O A N L A U
H U R R E N H U P E N L
W A R X I S T D E N P R A W D A
E L F F A R E I S O R T T
I L C L I N K S P A R T E I
S K I K A R E L L O M U O
S A K E E K D A O I H N E N
E X A K T K E V R A
R A P S Q U A N T E N S P R U N G

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger:
 Direkte Aktion e.V.,
 c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSDP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 211:
 06. April 2012

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.